

EXTRA

Mai 2024

**CUBA
LIBRE**

ISSN 0178-2460

€ 3,50

EXTRA



Die Anklage gegen
die Vereinigten Staaten von Amerika

Zeugen und Solidaritätsorganisationen
zu den Auswirkungen der Blockade

Das Urteil des internationalen Tribunals
über die Sanktionen der USA

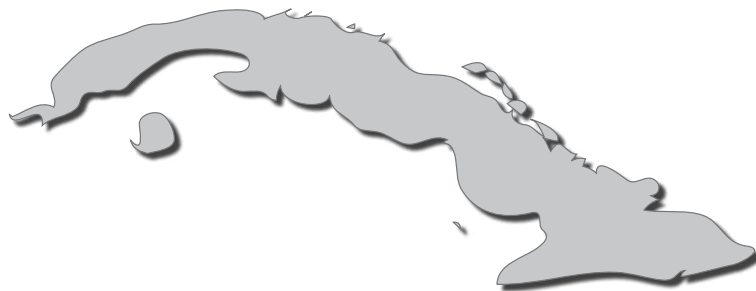
Internationales Tribunal über die Sanktionen der USA gegen die Republik Kuba

6. und 7. November 2023 in Brüssel



INTERNATIONAL TRIBUNAL AGAINST THE BLOCKADE OF CUBA

editorial



Am 6. und 7. November 2023 fand in Brüssel das „Internationale Tribunal gegen die Blockade von Kuba“ statt. Ohne Übertreibung kann dieses Tribunal, mit hochkarätiger Besetzung, als historisches Ereignis und zukünftige Grundlage für den Kampf und die Arbeit gegen die unilateralen Maßnahmen der USA gegen Kuba bezeichnet werden.

Das Tribunal, welches in den Räumen des Europaparlaments stattfand, geht auf eine Initiative von Gewerkschaftern, Juristen, Menschenrechtlern zurück, die im Juli 2023 auf dem Gipfel der Völker in Brüssel ergriffen wurde. Unter dem Vorsitz des Richters und Völkerrechtlers Norman Paech, wurde zwei Tage lang, die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA gegen Kuba, die gegen das Völkerrecht, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, das internationale Vertrags- und Handelsrechts der WTO und EU-Gesetze verstoßen, verhandelt.

Die hier dokumentierte dreiteilige Anklage und die Einführung zu dem juristischen Rahmen dieser Verhandlung, bieten eine Übersicht über den Kontext und die Vorgeschichte der Blockade. Zahlreiche Zeugenaussagen aus den Bereichen Wissenschaft, Forschung, Jugend, Frauen, Gesundheitswesen, Medien, Handel sowie Bildung, Kunst und Kultur belegen exemplarisch die Folgen der US-Maßnahmen für die kubanische Bevölkerung. Darüber hinaus wird aus diesen Aussagen auch der extraterritoriale Charakter der US-Sanktionen und die damit verbundenen Effekte auf andere Länder, die mit Kuba Beziehungen unterhalten, deutlich.

Das fünfseitige Urteil des Tribunals ist ein einzigartiges Dokument über die Grundlagen und Auswirkungen des Wirtschaftskrieges der Vereinigten Staaten gegen das souveräne Kuba, juristisch fundiert und konkret in den Beschreibungen seiner brutalen und barbarischen Auswirkungen.

Michael Quander

Weitere Redebeiträge, Grußadressen, Pressemitteilungen, Berichte und eine vollständige Videodokumentation des Tribunals, können auf der Homepage der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba eingesehen werden:
www.fgbrdkuba.de/infos/internationales-tribunal-gegen-die-blockade-2023.php

**CUBA
LIBRE**

impressum

Herausgeber: Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Maybachstr. 159, 50670 Köln, Tel.: 0221 / 2 40 51 20, Fax: 0221 / 6 06 00 80 Mail: info@fgbrdkuba.de Web: www.fgbrdkuba.de

Konto/Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft, Köln
IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00
BIC: BFSWDE33XXX

Konto: 123 69 00

BLZ: 370 205 00

Redaktion: R. Armbruster, T. Brenner, R. Fausten, U. Fausten, P. Knappe, T. Kriele, M. Leonhardt, W. Mix
Konzeption: Michael Quander

Mail: cuba-libre@fgbrdkuba.de

Bildredaktion: Tom Brenner

V.i.S.d.P.: Marion Leonhardt

Mail: cuba-libre@fgbrdkuba.de

Gestaltung/Satz:

CommPress Verlag GmbH, Tom Brenner

Titelbild: La Proressive, Cubadebate

Printed in the EU

Postvertrieb: CommPress Verlag GmbH, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

CUBA LIBRE erscheint vier Mal im Jahr.
Jahresabo: Inland 12,50 €, Ausland 16,- €, Einzelheft 3,50 € + Porto. Kündigung des Abonnements bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraums.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

ISSN 0178-2460



Begrüßung

- 4 Manuel Pineda, Mitglied des Europaparlaments
- 5 Clare Daly, Mitglied des Europaparlaments
- 6 Homero Acosta Álvarez, Abgeordneter Nationalversammlung Kuba

Einführung

- 10 Einführung des Vorsitzenden Richters Norman Paech

Die Anklage

- 12 Nana Gyamfi, Vertreterin der Anklage
- 14 Antonio Segura, Vertreter der Anklage
- 16 Jan Fermond, Chefankläger

Zeugen und Solidaritätsorganisationen

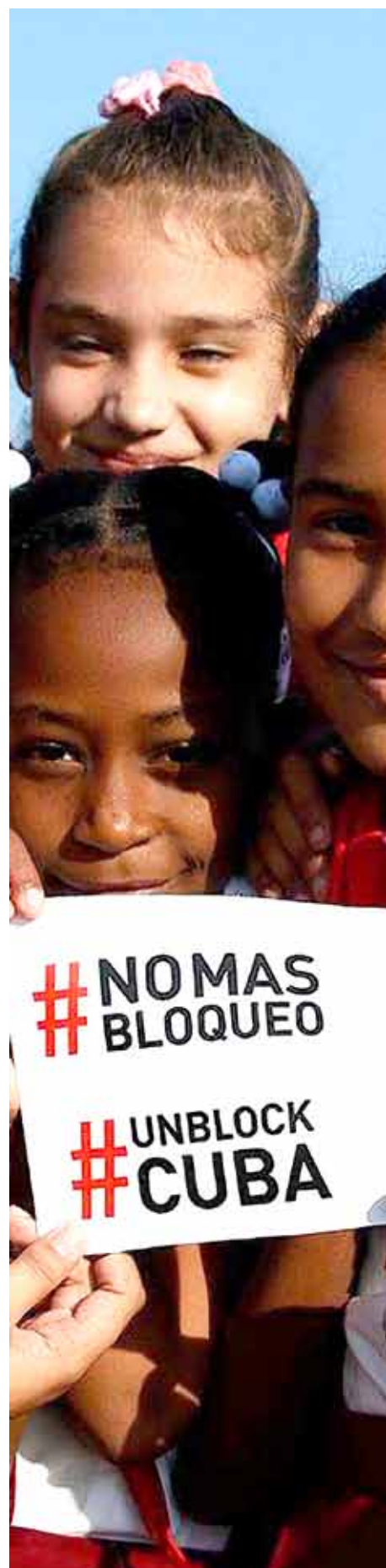
- 20 Yamila González, Vizepräsidentin der Juristischen Vereinigung Kubas
- 22 Yiannis Rachiotis, Rechtsanwalt (Griechenland)
- 23 Belinda Sánchez im Namen der kubanischen Wissenschaft
- 25 Franco Cavalli, Präsident von MediCuba Europa
- 27 Mogens Lykketoft, ehem. Präsident der UNO-Generalversammlung
- 27 Brenda López, Hands of Cuba, USA
- 30 Michele Curto, Kultureller und ökonomischer Austausch Kuba-Italien
- 31 Pascual Serrano, Journalist für Medien und Kommunikation, Spanien
- 33 Skevi Koukoumas, Panzyprische Föderation von Frauenorganisationen
- 35 José Manzaneda, Onlineportal Cubainformación
- 37 Luis Morlote, Kubanischer Künstler- und Schriftstellerverband
- 38 Marco Papacci, Freundschaftsgesellschaft Italien-Kuba
- 40 Angelika Becker, Netzwerk Cuba / Deutschland
- 41 Wim Leysens, Belgische Koordinierung für die Beendigung der Blockade gegen Kuba
- 42 Manolo García, Verein für spanisch-kubanische Freundschaft
- 44 Samuel Wanitsch, Vereinigung Schweiz-Cuba
- 45 Madalena Santos, Vereinigung demokratischer Juristen, Portugal

Das Urteil

- 47 Das Internationale Tribunal über die Sanktionen der USA gegen die Republik Kuba verkündet das Urteil

Abschluss

- 51 Schlussbeitrag von Fernando González Lloret, Präsident des ICAP



★ Begrüßung

„Kuba, du hast alle Unterstützung verdient, die du brauchst“

Begrüßung der Anwesenden durch Manuel Pineda, Mitglied des Europaparlaments

Guten Morgen an Sie alle,

vielen Dank, dass Sie hier sind. Es ist wirklich eine Freude, dieses Parlament voller Würde und Solidarität zu sehen. Sie sind gekommen, um sozusagen das Herz der Bestie zu würdigen. Ihre Anwesenheit und die Tatsache, dass dieses internationale Tribunal gegen die Blockade hier abgehalten wird, ist sehr wichtig für uns und hoffentlich auch für die Menschen in Kuba.



Manuel Pineda

Am 17. April 1961 versuchten die Vereinigten Staaten (...) mit kubanischen Söldnern in Kuba einzumarschieren und erlitten die erste und größte Niederlage, die sie je in Lateinamerika erlitten haben. Dem kubanischen Volk, angeführt vom Oberbefehlshaber Fidel Castro, gelang es, diesen Invasionsversuch nieder zu schlagen oder zu vereiteln. Man könnte meinen, dass der Kampf gegen die Vereinigten Staaten gewonnen sei, dass sie dort bleiben würden, dass sie die Niederlage hinnehmen und sie respektieren würden, aber nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein.

Damals war der Sprecher des US-Außenministers Lester Malory. Er erklärte, dass sie nicht anerkennen würden, dass das kubanische Volk die Revolution unterstütze und dass sie drastische Maßnahmen ergreifen müssten, damit dies nicht länger der Fall sei. Maßnahmen, die Leid, Hunger, Schmerz und Tod über das kubanische Volk bringen würden, damit das kubanische Volk unter Druck gesetzt würde, die Revolution nicht mehr zu unterstützen, und das war keine leere Erklärung. Es war eine Erklärung, die im Februar 1962 Konsequenzen hatte (...) als sie das verordneten, was die Vereinigten Staaten ein Embargo und die Menschheit eine Blockade nennt, eine kriminelle Blockade, die Tote verursacht (...).

Kuba zum Beispiel hat allein für Covid fünf Impfstoffkandidaten entwickelt, von denen drei außerordentlich gut funktionieren. Wir haben Belinda hier, die einen der Soberana-Impfstoffe entwickelt hat. Kuba konnte es sich nicht leisten, die Spritzen zu kaufen, um diese Impfstoffe seinen Bürgern zu verabreichen. Es war auf die Solidarität der Völker angewiesen, um diese Impfstoffe zu erhalten.

Kuba musste die Herstellung dieser Impfstoffe, die nicht nur für Kubaner bestimmt sind, sondern aus Solidarität großzügig verteilt wurden, wie es Kuba immer in der übrigen Welt tut, einschränken und musste Ressourcen für andere Arten von Medikamenten bereitstellen. Bei Kuba müssen wir die Dinge beim Namen nennen und sie klar sagen. Wir könnten sagen: Nein, Kuba kann alles, es ist ein sozialistisches Arkadien und es läuft sehr gut. Nein, nein, in Kuba ist es im Moment schwer, ein Antibiotikum zu finden. Jemand, der in Kuba ein Antibiotikum braucht, das wir hier in jeder Apotheke kiloweise kaufen, kann dort eine Infektion nicht bekämpfen, weil die Blockade den Zugang zu einem Antibiotikum verhindert. Das ist ein Verbrechen.

In Kuba nutzen sie das, was Präsident Díaz-Canel als kreativen Widerstand bezeichnete, um einige der Folgen dieser Situation zu überwinden. Ich habe im kubanischen Zentrum für Immunologie gesehen, dass es Maschinen gibt, die kaputt gehen, die zunehmend beschädigt sind, die ersetzt werden müssen und die wegen der Blockade nicht an Kuba verkauft werden.

Natürlich schaffen sie es am Ende mit ihrem Widerstand, aus einem Gummiband eine Rakete zu machen, aber alles hat seine Grenzen. Wir haben gesehen, wie in Kuba vor zwei Jahren ein Hurrikan zwei Provinzen, Pinar del Rio und Artemisa, mit dramatischen Folgen getroffen hat. In Pinar del Rio wird der gesamte kubanische Tabak produziert, der in die ganze Welt exportiert wird. Nun, die Häuser, die Tabakfabriken, die Generatoren ohne Strom, kein Wasser, das passiert überall, und man geht hin und kauft die Ziegel, die Dächer, die Ge-

neratoren, um den Betrieb wiederherstellen zu können. Man kann nicht nach Kuba verkaufen, weil man vom Imperium sanktioniert wird und das Schlimmste ist, dass das Imperium sagt, es tue dies für das kubanische Volk, um die Menschenrechte des kubanischen Volkes zu verteidigen. Sie quälen und töten das kubanische Volk für die Rechte des kubanischen Volkes.

Donald Trump, den wir für verrückt und töricht halten, (...), hat chirurgische Maßnahmen ergriffen, die sich dramatisch auf die Menschen in Kuba auswirken und zum Abschied hat er Kuba in die berüchtigte Liste der Länder aufgenommen, die den Terrorismus fördern. Kuba, das nur Ärzte, Lehrer und Mediziner exportiert, hat er in diese berüchtigte Liste aufgenommen, aber dieses Land (die Vereinigten Staaten) exportiert nur Bomben, Waffen. (...) Tod und Zerstörung. (...)

Kuba, du hast alle Unterstützung verdient, die du brauchst, die Regierungen oder einige Regierungen mögen kleinlich sein, aber lasst es wissen, dass Kuba nicht allein ist, dass die Völker der Welt mit dir sind. Ihr teilt das Leben, ihr teilt die Liebe, ihr teilt die Kultur, die Geschichte, die Solidarität, und wir werden euch nicht im Stich lassen, wir werden Seite an Seite mit euch sein, bis zum Sieg, immer.

Ich danke Ihnen vielmals. (Beifall)

Manuel Pineda, Mitglied des Europaparlaments, Brüssel, 16.11.2023

„Die US-Blockade gegen Kuba, ein Akt tyrannischer Herrschaft“

Begrüßung der Anwesenden durch Clare Daly, Mitglied des Europaparlaments.

Es ist wirklich eine Ehre für mich, heute hier vor dem Internationalen Gerichtshof zu sprechen, im 61. Jahr der tyrannischen und illegalen Blockade der Vereinigten Staaten gegen Kuba. Wir sind hier gemeinsam in dem Ziel vereint, sie ein für alle Mal zu beenden. Und natürlich ist es ein Skandal, dass dies angesichts der Verschärfung einer ohnehin schon mörderischen Politik durch die Trump-Administration im Jahr 2019 jetzt noch dringlicher und notwendiger ist.

Die Blockade gegen Kuba ist natürlich eines der am längsten bestehenden Beispiele für die sogenannte regelbasierte internationale Ordnung. Dieses Klischee wurde von den Vereinigten Staaten und dem politischen Westen erfunden, damit sie so tun können, als würden sie das Völkerrecht unterstützen, während sie in Wirklichkeit nur die Regeln aufstellen und alle anderen dazu bringen wollen, sie zu befolgen. Und natürlich ist die Krönung der amerikanischen Heuchelei, dass das kubanische Volk, das selbstbestimmt seine eigene Regierungsform wählen kann, seit nunmehr drei Jahrzehnten Opfer eines einseitigen Wirtschaftskrieges geworden ist.

Kuba ist direkt neben den Vereinigten Staaten gelegen, die in eklatanter Weise gegen das Völkerrecht und die grundlegendsten Menschenrechte verstoßen, und warum geschieht das? Weil wir in Kuba sehen können, was es bedeuten würde, eine Gesellschaft zu haben, in der die Menschen, die Gemeinschaften, die Industrie so organisiert sind, dass es möglich ist, die unglaubliche Kraft so vieler Menschen zu mobilisieren, die zusammenarbeiten, um tatsächlich echte Probleme zu lösen.



Clare Daly

Wir können sehen, was möglich ist, wenn viele Menschen, die ein gemeinsames Ziel haben, aufstehen. Wir sehen das ganz im Gegensatz zu unseren eigenen Gesellschaften, in denen man alles Geld der Welt auf ein Problem werfen kann und es trotzdem nicht löst, weil unsere Gesellschaft so organisiert ist, dass die Reichen den Reichtum aus ihr herausziehen, anstatt sie für die Menschen, die dort leben, zum Funktionieren zu bringen. Und wir schauen uns Länder, wie unser eigenes Irland an, wo wir Milliarden ausgeben. Wir haben 18 Jahre lang Milliarden von Euro ausgegeben, um ein einziges Kinderkrankenhaus zu bauen, und in 18 Jahren haben wir das nicht geschafft.

Könnten Sie sich vorstellen, dass so etwas in Kuba passiert? Natürlich nicht, denn das würde in Kuba nie passieren, denn der Unterschied ist, dass die Menschen in Kuba ihre eigene Gesellschaft besitzen. Wir in den westlichen Ländern sind lediglich Mieter in unserer Gesellschaft. Wir kommen also hierher, weil wir genau wissen und verstehen, dass die Menschen in Kuba diese Blockade mit enormen Kosten, mit enormer Grausamkeit und enormer Härte ertragen haben. Wir wissen, dass das Leben dort für die Menschen unglaublich schwierig ist, und dennoch überlebt Kuba trotz aller Widrigkeiten nicht nur. Kuba ist nicht nur ungebrochen, Kuba (...) führt in einigen Bereichen tatsächlich die Welt an, und das ist eine absolut phänomenale Leistung.

Ich möchte sagen, dass kein Land außer Kuba den gesamten Staatsapparat auf die Aufgabe ausgerichtet hat, den Klimawandel zu bekämpfen, wie es jedes Land irgendwann tun muss. Kuba hat dies getan und ist dabei vorangegangen. Als alle Gesellschaften unter der Pandemie litten und die parasitären Pharmakonzerne im Westen die Gewinne aufteilten, die Beute aufteilten und sich um die Rechte am geistigen Eigentum stritten, war es Kuba, das die Patente entwickelte, die zum Allgemeingut und zu einer Ressource für die Menschheit wurden.

Das sind also Wunder. Sie sind besonders wundervoll, weil sie unter einer Belagerung stattfanden. Aber sie geben einen Einblick in eine andere Welt, die möglich ist und die unbedingt überall aufgebaut werden muss. Denn wenn dies das ist, was Kuba erreichen kann, während ihm die Hände auf dem Rücken gefesselt sind, wie viel mehr könnte Kuba dann unbelastet tun. Wie viel mehr können wir alle tun. Die US-Blockade gegen Kuba ist nicht nur ein Akt tyrannischer Herrschaft gegen ein freies Volk, sie ist nicht nur ein grausamer und krimineller Angriff auf die Selbstbestimmung und das Wohlergehen von Millionen von Kubanern. Die Blockade hält tatsächlich die ganze Welt zurück. Sie ist eine allgemeine Bedrohung und ein Angriff auf die Arbeiterklasse und die Bewegungen auf der ganzen Welt, und genau aus diesem Grund sind wir heute Gastgeber dieses Tribunals, um die Beweise zu hören, die es vorlegen wird, und um ein eindeutiges Ende der Blockade zu fordern und darauf zu bestehen.

Clare Daly, Mitglied des Europaparlaments, Brüssel, 16.11.2023

„Eher früher als später wird die Blockade aufgehoben werden müssen“

Begrüßung der Anwesenden durch Homero Acosta Álvarez, im Namen der Nationalversammlung der Volksmacht der Republik Kuba, auf dem Internationalen Tribunal gegen die Blockade Kubas in Brüssel.

Guten Morgen an Sie alle,
liebe Mitglieder des Europäischen Parlaments,
politische Führer und Persönlichkeiten,
Freunde der Solidarität mit Kuba aus anderen Ländern, die an dieser Veranstaltung teilnehmen.
Verehrte Juristen, die als Richter und Ankläger in diesem Tribunal tätig sein werden,
Experten und Zeugen, die zu verschiedenen Fragen im Zusammenhang mit der Blockade gegen Kuba sprechen werden.

Ich danke diesen Freunden, die vor mir gesprochen haben, für ihre Botschaften und ihr Engagement für Kuba.

Compañeras und compañeros,

(...) Im Namen der Nationalversammlung der Volksmacht der Republik Kuba, dem obersten Organ der Staatsmacht, das das gesamte Volk vertritt und seinen souveränen Willen zum Ausdruck bringt, möchte ich allen,

die zur Entwicklung dieser Initiative zugunsten des Kampfes gegen die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der Regierung der Vereinigten Staaten gegen Kuba beigetragen haben, unseren tiefsten Dank aussprechen.

In diesem Saal sind vier unserer Abgeordneten anwesend, von denen einige von unserem Botschafter vorgestellt wurden, und ich möchte unsere Kolleginnen und Kollegen Tamara Valido Benítez, die Vorsitzende des Dienstleistungsausschusses, und Dr. Yamila González Ferrer, die als Sachverständige an dieser Sitzung teilnehmen wird, noch einmal vorstellen. (Beifall).

Der Europäische Gerichtshof und die Kollegen Luis Morlote Rivas (Beifall), stellvertretende Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Kultur, Wissenschaft, Technologie und Umwelt und insbesondere Fernando González Llort, Held der Republik Kuba und Präsident des Instituts für kubanische Völkerfreundschaft. Besondere Anerkennung gebührt den Mitgliedern des Europäischen Parlaments, die (...) dieses Projekt gefördert haben, welches zu einer strategischen Initiative des Europäischen Parlaments geworden ist.

Wir kommen zu diesem Treffen nur wenige Tage, nachdem die Generalversammlung der Vereinten Nationen zum 31. Mal eine Resolution verabschiedet hat, in der die US-Regierung für ihre Blockade gegen Kuba verurteilt wird.

Das überwältigende Ergebnis der Abstimmung mit 187 Stimmen für den Resolutionsentwurf, nur zwei Gegenstimmen – die Vereinigten Staaten und Israel – und nur eine Enthaltung, bestätigen die überwältigende Unterstützung für Kuba und die Isolierung der Vereinigten Staaten. Während der Diskussion in der Generalversammlung der Vereinten Nationen sprachen 44 Staats- und Regierungschefs und andere Würdenträger aus ebenso vielen Ländern für uns, und 21 von ihnen prangerten die ungerechtfertigte Aufnahme Kubas in die vom US-Außenministerium erstellte Liste der Länder an, die den Terrorismus unterstützen.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass diese Frage zu den Themen gehört, die in diesem Forum im Laufe der Jahre den größten Konsens erzielt haben. Der Widerstand gegen die Blockade geht über Ideologien, politische Präferenzen oder politischer Vorzeichen hinaus und ist eine Position zur Verteidigung des internationalen Rechts, der Rechtsordnung unter den Nationen und Ausdruck universeller Gerechtigkeit und Ethik.

Trotz der wiederholten Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für unsere Sache haben die Vereinigten Staaten diese Verurteilungen ignoriert und im Gegenteil ihre Strafmaßnahmen verschärft, insbesondere seit Mitte 2019, mit noch größeren Auswirkungen, während und nach der Covid-19-Pandemie. Hinter den Milliarden von Dollar an Schäden, die als Ergebnis dieser ungerechten und unrechtmäßigen Politik entstanden sind, stehen die objektiven und greifbaren Schäden für das tägliche Leben des kubanischen Volkes.

Es gibt keinen sozialen, wirtschaftlichen, Produktions- oder Dienstleistungssektor, der nicht von der US-Blockade betroffen ist. Medikamente, Lebensmittel, Verkehr, Wohnraum, Stromerzeugung und das allgemeine Wohlergehen der Kubaner sind ernsthaft betroffen.

Was beabsichtigen die Vereinigten Staaten und was haben sie mit dieser unmenschlichen Politik vor, außer ein humanistisches Projekt der Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit zu stürzen und zu untergraben, das von einem Volk demokratisch und souverän aufgebaut wurde. Welches ernsthafte Argument oder welche Rechtfertigung können die Vereinigten Staaten für die Aufrechterhaltung dieser feindlichen Maßnahmen gegen Kuba vorbringen? Keine!

Die Vereinigten Staaten haben im Laufe der Jahre versucht, verschiedene Rechtfertigungen vorzubringen. Sie waren allesamt falsch und die Welt glaubt ihnen nicht. Heute argumentieren sie, dass sie die Menschenrechte des kubanischen Volkes verteidigen, obwohl die Blockade an sich eine eklatante und systematische Verletzung dieser Rechte darstellt und die Ausübung dieser Rechte behindert oder bedingt.



Homero Acosta Álvarez



Fotos: Prensa Latina

Wie unser Außenminister Bruno Rodriguez bei der Vorstellung des Resolutionsentwurfs in der UNO-Generalversammlung am 2. November sagte, und ich zitiere, „ist die Blockade ein Akt der wirtschaftlichen Kriegsführung in Friedenszeiten, der auf die Fähigkeit der Regierung abzielt, sich um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu kümmern, eine Situation der Unregierbarkeit schafft und die verfassungsmäßige Ordnung zerstören soll.“ Ende des Zitats.

Die abscheuliche und böswillige Absicht, das kubanische Volk der lebensnotwendigen Ressourcen zu berauben, kennzeichnet das Verbrechen des Völkermordes, gemäß der internationalen Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes von 1948.

Die extraterritorialen Auswirkungen der Blockade erstrecken sich auf die ganze Welt und zeigen, dass es sich nicht nur um Maßnahmen in den bilateralen Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern handelt. Diese grausame Politik ist seit mehr als sechs Jahrzehnten in Kraft, so dass heute mehr als 80 % der Kubanerinnen und Kubaner nur ein Kuba unter der Blockade kennen.

In der innerstaatlichen Rechtsordnung der Vereinigten Staaten besteht die Blockade aus einer Vielzahl von Bestimmungen, von denen einige vom Kongress gebilligt und andere durch Entscheidungen der Exekutive umgesetzt werden, wobei der Präsident das Vorrecht hat, die Auswirkungen dieser Maßnahmen abzuschwächen oder zu verschärfen. Es liegt auf der Hand, dass sich die US-Regierung in den letzten Jahren für eine Verschärfung dieser Maßnahmen entschieden hat. Während der Amtszeit von Donald Trump wurden 243 Maßnahmen zur Verschärfung der Belagerung und zur Erhöhung des Drucks auf Kuba beschlossen. Einige von ihnen wurden zum ersten Mal angewandt und zielten darauf ab, unserer Wirtschaft den größten Schaden zuzufügen. Sie entziehen uns noch mehr finanzielle Mittel und verursachen noch mehr Engpässe und Leid für die Bevölkerung.

Zu den wichtigsten gehört die Aktivierung von Titel III des Helms-Burton-Gesetzes. Ziel ist es, potenzielle ausländische Investoren in unserem Land zu bremsen, indem sie eingeschüchtert werden. Gleichzeitig wurde Kuba in die bereits erwähnte Liste der Länder aufgenommen, die „den Terrorismus fördern“, und deren Richtlinien haben weitere Folgen

für unsere Wirtschaft. Vor allem im Bankensektor, wo sich zahlreiche Unternehmen und Finanzinstitute weigern, mit Kuba Geschäfte zu machen. Ebenso haben viele Banken ihre Verbindungen zu unseren Institutionen ausgesetzt. Dies schränkt den Zugang zu Krediten ein und erschwert die Beschaffung von Lebensmitteln, Medikamenten, Treibstoff, Rohstoffen und anderen Waren und Dienstleistungen.

Mit millimetergenauer Schärfe haben sie Maßnahmen ergriffen, um uns den Erwerb von Treibstoff zu verwehren, indem sie Reeder, Finanzinstitute und Versicherungsgesellschaften mit Sanktionen verfolgten und erpressten. Die Kampagne gegen die medizinische Zusammenarbeit Kubas, sowie die Verhinderung des Anlegens von Kreuzfahrtschiffen amerikanischer Unternehmen in unseren Häfen, können zudem nicht außer acht gelassen werden.

Das Perverseste daran ist, dass keine dieser Strafmaßnahmen ausgesetzt wurde, wie es bei anderen Ländern der Fall war, im Gegenteil. Während der Covid-19-Pandemie verhinderten sie die Anschaffung von Beatmungsgeräten und den Kauf von medizinischem Sauerstoff, als unsere Hauptproduktionsanlage auf dem Höhepunkt der Pandemie einen Defekt erlitt. Dies sind nur einige Beispiele.

Präsident Joe Biden hat all diese Entscheidungen unverändert beibehalten und setzt sie mit unnachgiebiger Härte um. Er hat sich damit die Entscheidungen seines Vorgängers zu eigen gemacht, so dass, wie unser Außenminister sagte, und ich zitiere, „die extrem verschärfte Blockade weiterhin das zentrale Element der US-Politik gegenüber Kuba ist“.

Eher früher als später wird die Blockade aufgehoben werden müssen. An diesem Tag wird die Geschichte das Heldentum und den Widerstand des kubanischen Volkes anerkennen müssen. Auch die Solidarität von Millionen von Menschen guten Willens, die uns in diesem langen Kampf begleitet haben, einige von ihnen sind hier anwesend.

Eine der zu schreibenden Seiten, wird die Abhaltung dieses internationalen Tribunals hier in Europa in diesem Parlament hervorheben müssen, wo die Blockade auch negative Auswirkungen auf die Wirtschafts-, Handels- und Kooperationsbeziehungen mit Kuba hat und die Unternehmen, Institutionen und Bürger seiner 27 Mitgliedstaaten betrifft.

Trotz der Widrigkeiten und Einschränkungen, mit denen das kubanische Volk ständig konfrontiert ist, beharrt es auf seinem Entschluss, eine zunehmend gerechtere, integrative, solidarische, demokratische und wirklich partizipatorische Gesellschaft mit mehr Wohlstand für alle aufzubauen.

Wie der historische Führer der kubanischen Revolution, Oberbefehlshaber Fidel Castro Ruz, einmal sagte, und ich zitiere: „Die Verschärfung der Blockade gegen Kuba vervielfacht den Ruhm und die Ehre unseres Volkes.“

Wir werden nicht kapitulieren.

Ich danke Ihnen vielmals.



Foto: Siempre con Cuba

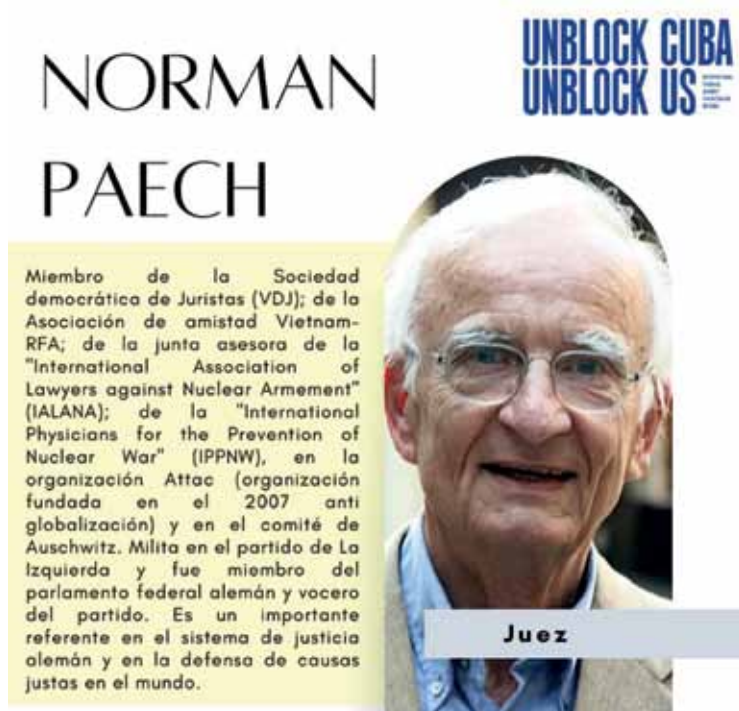
Homero Acosta Álvarez, Rechtsanwalt und Abgeordneter der Nationalversammlung Kubas, Brüssel, 16.11.2023



★ Einführung

Internationales Tribunal über die Sanktionen der USA gegen die Republik Cuba

Einführung des Vorsitzenden Richters Norman Paech.



Wir leben in finsternen Zeiten, die Welt ist in Unordnung. Zwei furchtbare Kriege lähmen den menschlichen Fortschritt und werfen uns in unserem gesellschaftlichen Fortschritt um Jahrzehnte zurück. Die beiden großen Kriege in der Ukraine und Palästina sind nicht nur Kriege zwischen einzelnen Staaten, sondern Kriege, in die die ganze Welt gezogen wird und deren Verbrechen die Grenze zu den Kapitalverbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord bereits überschritten haben. Dabei droht in Vergessenheit zu geraten, dass die Welt bis dahin nicht friedlich gewesen ist. Wir erleben Kriege, die nicht mit militärischer Gewalt sondern mit ökonomischen Zwangsmitteln unzählige Opfer an Menschen hinterlassen und ganze Völker an den Rand der Existenz treiben.

Wer erinnert sich nicht der zynischen Antwort der ehemaligen Außenministerin Madeleine Albright auf die Frage, ob der Tod von 500.000 Kindern als Folge der Sanktionen gegen den Irak es wert gewesen war? Sie antwortete, „den Preis war es wert“. Ökonomische und finanzielle Sanktionen sind zu einem immer häufiger eingesetzten Instrument des Krieges gegen abweichende Regierungen geworden, deren

Folgen, Zerstörungen und Schäden den Opfern militärischer Auseinandersetzungen vergleichbar sind.

Die wohl ältesten, längsten und in ihrer Dauer schmerzhaftesten Sanktionen haben die USA gegen ihren Nachbarn Kuba verhängt. Seit Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts haben sie bis heute mit einem Bündel von Sanktionen und Blockaden versucht, die Politik in Havanna zu ändern und auf den liberal-kapitalistischen Weg zu zwingen – vergebens. Um die Sanktionen und die rechtliche Analyse, das heißt die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahmen geht es in den nächsten zwei Tagen.

Lassen sie mich noch einige Worte zu diesen Tribunalen anfügen. Sie gehen auf den großen Philosophen Sir Bertrand Russel und das erste vielleicht auch berühmteste zurück, das Vietnam War Crime Tribunal von 1966 in Stockholm. Ihm folgten zahlreiche weitere Tribunale wie z. B. gegen die Diktatur in Chile, gegen die US-Invasion in Irak 2003 oder zur Lage der Menschenrechte in Palästina.

Der Philosoph Jean Paul Sartre, damals geschäftsführender Präsident des Vietnamtribunals, antwortete auf die Kritik an dem Tribunal: „Das sind die Grenzen und der Sinn dessen, was sich unser Gericht zu tun vorgenommen hat: Es handelt sich für uns nicht darum, darüber zu urteilen, ob die amerikanische Politik in Vietnam verhängnisvoll ist oder nicht –was für die meisten unter uns außer Frage steht –, sondern darum, zu sehen, ob sie unter die Bestimmungen der internationalen Gesetzgebung über Kriegsverbrechen fällt oder nicht...Es geht nicht darum, eine Politik zu verurteilen im Namen der Geschichte, es geht nicht darum, zu beurteilen, ob sie den Interessen der Menschheit zuwiderläuft oder nicht: es geht nur darum, festzustellen, ob sie unter die Kompetenz bestehender Gesetze fällt oder nicht.“

Diese Sätze gelten für dieses Tribunal ebenso. Wir haben nicht über den Imperialismus der USA – über den sich die meisten von uns wohl einig sind –, die Schädlichkeit und Amoralität ihrer Politik gegenüber Kuba zu verhandeln. Unsere Kriterien sind das Recht, welches die Staaten selbst – und mit ihnen die USA – in Verträgen, Covenants und Deklarationen beschlossen haben. Wir prüfen nur, ob sich die USA an das von ihnen selbst geschaffene Recht halten und ob sie dagegen verstoßen. Dieses Tribunal hat nicht die Legitimation und Macht,

ein Urteil durchzusetzen, es ist aber mehr als ein Schauspiel. Es ist der Spiegel der Legalität oder Illegalität, in den die Staaten schauen, um zu erkennen, dass ihr Handeln einzig den Prinzipien und Gesetzen verpflichtet ist, die die friedlichen Beziehungen der Staaten garantieren können – das heißt, die Welt zusammenhalten.

Unsere Kriterien sind klar. Sie sind die der offiziellen internationalen Gerichtsbarkeit:

1. das internationale öffentliche Recht wie es in der UN-Charta und dem Gewohnheitsrecht verankert ist,
2. die Menschenrechte, wie sie in den beiden internationalen Covenants von 1966 zusammengefasst sind,
3. das internationale Vertrags- und Handelsrecht der WTO und
4. die Gesetze der EU.

Vor ein paar Tagen, am 4. November 2023 forderte die überwältigende Mehrheit der Mitgliedstaaten der UNO die USA mit 187 Stimmen bei zwei Gegenstimmen (USA, Israel) und einer Enthaltung (Ukraine) auf, das Wirtschafts-, Handels- und Finanzembargo aufzuheben. Sie ermahnt die Beachtung der UNO-Charta und des internationalen Rechts, insbesondere die Freiheit des Handels und der Schifffahrt. Wir haben auch diese eindeutige Verurteilung der Sanktions- und Blockadepolitik in unseren Verhandlungen zu berücksichtigen.

Wir haben uns zwei Fragen gestellt:

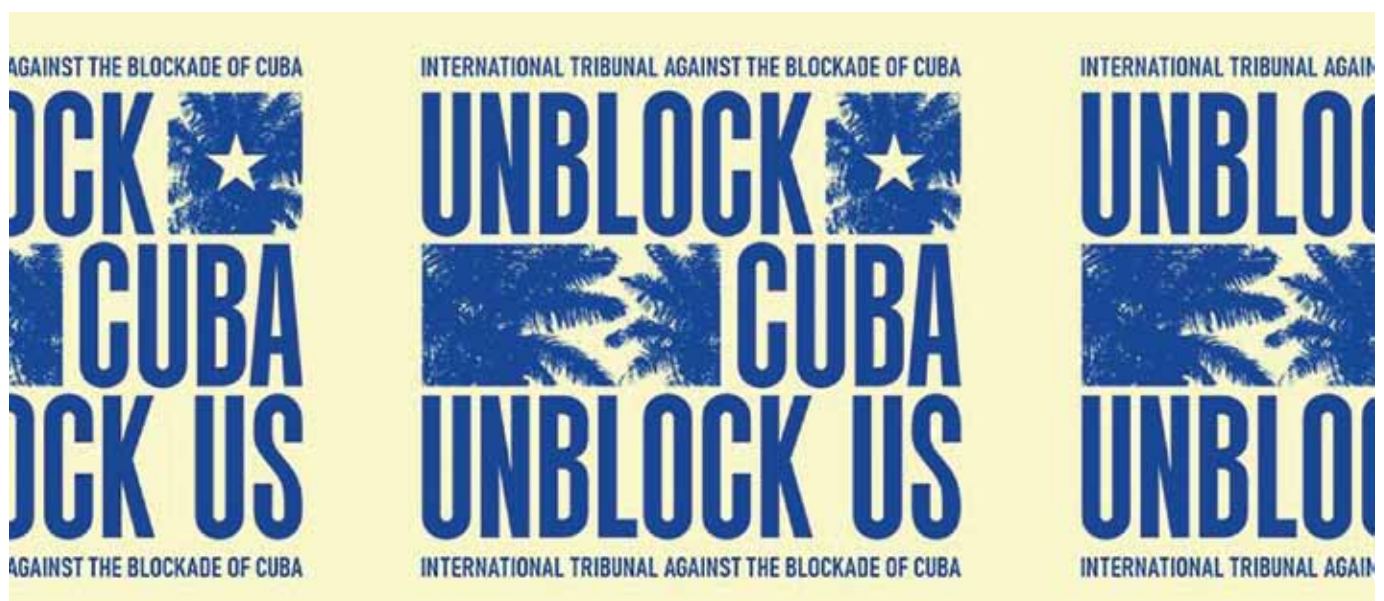
1. Gegen welches internationales Recht verstoßen die direkt gegen Kuba gerichteten Sanktionen, und
2. Gegen welches internationales Recht verstoßen die extraterritorialen, die sog. Drittwirkungen der Sanktionen auf fremde Staaten und Unternehmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Prof. Dr. Norman Paech, Vorsitzender Richter, Brüssel, 16.11.2023



**INTERNATIONAL
TRIBUNAL AGAINST
THE BLOCKADE
OF CUBA**



★ Die Anklage

„Die Vereinigten Staaten müssen für den schweren Schaden verantwortlich gemacht werden“

Nana Gyamfi, als Vertreterin der Anklage,
auf dem Internationalen Tribunal gegen die Blockade

Wir, die Ankläger dieses Tribunals, treten heute vor Sie und bitten Sie respektvoll, die Vereinigten Staaten für mehrfache Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts bei der Entstehung und Aufrechterhaltung ihrer rachsüchtigen Blockade gegen Kuba von 1962 bis heute verantwortlich zu machen.

Die illegale Blockade der USA hat sich auf jeden Bereich des kubanischen Lebens ausgewirkt, einschließlich, aber nicht beschränkt, auf den medizinischen, industriellen, bildungspolitischen und kulturellen Sektor Kubas, was Kuba und seiner Bevölkerung schweren Schaden zufügt und einen Angriff auf die Souveränität anderer Länder darstellt, deren Regierungen und Bürger durch die einseitige Entscheidung der USA, sich einer Blockade gegen Kuba zu widersetzen und Kuba auf die Liste der staatlichen Sponsoren des Terrors zu setzen, selbst eingeschränkt sind.

Euer Ehren, wir werden sowohl mündliche als auch schriftliche Beweise zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Blockade vorlegen. Es ist jedoch von entscheidender Bedeutung festzustellen, dass jedes wirtschaftliche Hindernis, jede Zugangsverweigerung, jede exorbitante Gebühr und Ausgabe, jeder Angriff auf Kubas Ruf, als Folge der US-Blockade grausam und unrechtmäßig vom kubanischen Volk, mit seinem Leid, seinem Leben, seinen Familien, seinen Gemeinschaften sowie denen anderer bezahlt wird, die von kubanischer Innovation, Kreativität und humanitärer Unterstützung profitieren.

Die reale und dauerhafte Einschränkung der Bedürfnisse, Rechte und Bestrebungen Kubas und des kubanischen Volkes ist die Wirtschaftsblockade. Die Beschränkungen der Blockade sind einseitig auferlegt und beeinträchtigen die Souveränität anderer Nationen und die persönliche Autonomie von Menschen auf der ganzen Welt, auch in der Europäischen Union.

Infolge des US-Embargos sind die Kosten für Exporte aus Kuba und Importe nach Kuba exorbitant hoch, was sich auf das Wachstum und die Entwicklung Kubas auswirkt. Die Blockade hat zu erheblichen Schwierigkeiten bei einfachen Banküberweisungen und anderen Arten von Geldtransfers geführt. Für Unternehmen, die mit oder in Kuba arbeiten, besteht die Gefahr von Vergeltungsmaßnahmen der Vereinigten Staaten. Darüber hinaus hat die Blockade dazu geführt, dass das ESTA-Verfahren für diejenigen, die nach Kuba gereist sind, einseitig ausgesetzt wurde, um in die Vereinigten Staaten zu reisen.

In diesem Tribunal werden Sie auch Zeugenaussagen über den enormen Schaden hören, den das US-Embargo gegen Kuba in den Bereichen Medizin und Wissenschaft zum Nachteil der, in und außerhalb Kubas lebenden, Menschen verursacht. Die Blockade hat die medizinischen und wissenschaftlichen Kapazitäten Kubas in mehrfacher Hinsicht beeinträchtigt, u. a. durch die starke Einschränkung der Möglichkeit, die für die Herstellung von Medikamenten erforderlichen Geräte und Zutaten zu kaufen.

Des weiteren, die ungerechtfertigte Beeinträchtigung der Fähigkeit Kubas, seine Patente und die Glaubwürdigkeit seiner Forschung durch Veröffentlichungen in wissenschaftlichen Zeitschriften aufrechtzuerhalten, und ungerechtfertigte Beeinträchtigung des Rufs der kubanischen medizinischen Produkte und Forschung. Infolge dieser und anderer Beschränkungen, die sich aus der Blockade der Vereinigten Staaten gegen Kuba im medizinischen Bereich ergeben, wurde Kubas Fähigkeit, den Menschen innerhalb und außerhalb Kubas wissenschaftliche und medizinische Unterstützung zukommen zu lassen, in unmenschlicher Weise eingeschränkt. Die Tatsache, dass Kuba keinen Zugang zu Arzneimitteln und Ausrüstungen hat, die für die Herstellung von Medikamenten, einschließlich des einzigartigen kubanischen Impfstoffs gegen Lungenkrebs, benötigt werden, und die Beschränkung der Möglichkeiten Kubas, seine Forschungsergebnisse weiterzugeben, hat dazu geführt, dass das kubanische Volk und die potenziellen Nutznießer der kubanischen wissenschaftlichen Innovation, einschließlich Krebspatienten und Kinder, vermeidbare Krankheiten und Todesfälle erleiden.

Die Blockade hat sich auch auf die Fähigkeit Kubas ausgewirkt, seiner langen Tradition der weltweiten humanitären medizinischen Hilfe und Beratung in vollem Umfang gerecht zu werden. Auf dem Höhepunkt der Pandemie hat Kuba 4.000 Ärzte zu den 28.000 medizinischen Mitarbeitern ergänzt, die in über 40 Ländern auf fünf Kontinenten im Einsatz sind. Kubas interne Covid-Reaktion diente auch als Modell für die Welt.

Die Aussagen, die Sie hören werden, zeigen, dass die USA durch ihr ungerechtes und illegales Embargo gegen Kuba, die Welt auch des vollen Potenzials der humanitären medizinischen Unterstützung und wissenschaftlichen Zusammenarbeit Kubas berauben.

Der Diebstahl von Chancen und der Verlust von Menschen, durch die US-Blockade setzt sich im Bereich der Bildung fort. Zu den Folgen der US-Blockade gegen Kuba gehört, dass Universitäten in Europa, die Programme mit Kuba haben, nicht in der Lage

sind, die Plattformen „Zoom“, „Teams“ und „Canvas“ zu nutzen, um Sitzungen abzuhalten und Informationen auszutauschen. Professoren, die Kuba besuchen, dürfen ein Jahr lang nicht in die Vereinigten Staaten reisen, weil sie ein Land besucht haben, das die USA erneut einseitig auf die Liste der staatlichen Terrorismusförderer gesetzt haben.

Die Kubaner leiden täglich unter den Folgen der US-Blockade. Die Blockade bringt zusätzliche Belastungen mit sich und schränkt den Zugang zu den grundlegenden Gütern des täglichen Lebens ein, darunter Lebensmittel, Treibstoff, Haushaltswaren und Medikamente. Die Blockade hat sich besonders auf kubanische Frauen und Menschen mit Behinderungen unverhältnismäßig negativ ausgewirkt. Die Blockade hat die Kluft zwischen den Geschlechtern verschärft und die Frauen daran gehindert, ihre Ziele für sich und ihre Familien zu erreichen. Und Frauen, als primäre Pflegekräfte und Fachkräfte im Gesundheitswesen, sind von den Auswirkungen des Embargos auf den kubanischen Gesundheitssektor betroffen.

Auch Kubanerinnen und Kubaner mit Behinderungen, sind von diesem unverhältnismäßigen Schaden betroffen, da die Blockade den Zugang zu Geräten und Software verhindert, die es ihnen ermöglichen, an der sozialen Integration mit persönlicher Autonomie teilzuhaben und ihre Lebensqualität zu verbessern.

Die US-Blockade gegen Kuba wirkt sich auch auf die kulturelle Entwicklung Kubas sowie auf weltweite Kulturausstellungen und kulturellen Austausch aus. Die Einfuhr von Materialien und Ausrüstungen, die für die einheimische kulturelle Bildung und Kunst benötigt werden, war schwierig.

Aufgrund ihrer enormen Reichweite und ihrer Rolle im Unterhaltungs- und Kulturbereich waren die Vereinigten Staaten in der Lage, ihre Blockade als Schwert gegen kubanische Künstler und den Austausch kubanischer Kultur mit Menschen außerhalb Kubas, einschließlich der Länder der Europäischen Union, zu führen.

Die Blockade hat auch dazu geführt, dass kubanische Künstler und Autoren schikaniert, tätlich angegriffen und verunglimpft wurden. Kuba hat diese Schikanen und Übergriffe gegen kubanische Kulturschaffende und Kuratoren als von den USA geförderte Medienangriffe auf Kuba angeklagt. Diese Medien sind direkt an der Umsetzung der Blockade beteiligt, indem sie falsche Geschichten und Fake News über Kuba verbreiten und damit die Blockade legitimieren und Zwietracht und Konterrevolution schüren.

„Euer Ehren, der große afrikanisch-amerikanische Bürgerrechts- und Menschenrechtsführer Martin Luther King Jr. lehrte, dass aufgeschobene Gerechtigkeit verweigerter Gerechtigkeit ist. Die verheerenden Kosten der illegalen Blockade Kubas durch die USA, sind weitreichend und systemisch, und die Blockade muss beendet werden.“

Die Vereinigten Staaten müssen für den schweren Schaden verantwortlich gemacht werden, den ihre Blockade Kuba, dem kubanischen Volk und den anderen Ländern und Völkern der Welt in den letzten 60 Jahren zugefügt hat.



Nana Gyamfi

Nana Gyamfi, als Vertreterin der Anklage, Brüssel. 16. November 2023

„Die Vereinigten Staaten können in ihrer Gesetzgebung alles tun. Aber alles muss auch den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen unterworfen sein.“

Antonio Segura für die Anklage auf dem Internationalen Tribunal gegen die Blockade Kubas in Brüssel

ANTONIO SEGURA

UNBLOCK CUBA
UNBLOCK US



Fiscal

Abogado colegiado en el Ilustre Colegio de la Abogacía de Madrid. Licenciado en derecho por la Universidad Complutense de Madrid, en 1994. Especialista en derecho penal. Formó parte de numerosos procesos en los tribunales ordinarios defendiendo a activistas políticos y sindicales, como en la Audiencia Nacional y el Tribunal Supremo. Fue miembro de colectivo de abogados de lo que fue la Asociación Contra la Tortura, a la Asociación Argentina Proderechos Humanos, y participó en el procedimiento de la Causa de los crímenes de Guatemala. Miembro de la Asociación Libre de Abogados ALA, del Foro de Abogados de Izquierdas FAI RADE, también es el responsable de la secretaría de Justicia del PCE

Gestatten Sie mir, Eure Exzellenz, nach dem brillanten Beitrag meines Kollegen den berühmten Philosophen und Politikwissenschaftler Konfuzius zu erwähnen, der in den Gesprächen von einem seiner Schüler gefragt wurde, ob er ein Söldner sei, der sich anbiete, Länder für die Kaiser zu regieren, und sie ihn anheuert. Der Schüler fragte ihn: „Meister: Was ist das Erste, was wir tun müssen, wenn wir die Regierung übernehmen?“ Konfuzius antwortete direkt und schnell: „Ändere die Bedeutung der Worte.“

Das, was wir jetzt die Erzählung nennen. Meine erste Bitte an dieses Gericht ist, sie nicht als „einseitige Sanktionen“ zu bezeichnen, sondern als „einseitige Zwangsmaßnahmen“. Sanktionen sind dafür da, wenn jemand etwas falsch macht. Kuba hat nichts Falsches getan, folglich wäre das, was die Vereinigten Staaten mit all diesen Gesetzen tun, ihr gutes Recht. Und jetzt werden wir sehen, dass es sich nicht um eine Sanktionierung des kubanischen Verhaltens handelt, sondern um eine Be-

strafung aus einem Grund, den wir später auch im Helms-Burton-Gesetz sehen werden.

Da es sich also um einseitige Zwangsmaßnahmen handelt, muss man als erstes sagen, dass die USA das Recht haben, mit jedem Land der Welt zu verhandeln, nicht aber irgendwelche Sanktionen zu verhängen. Nein, denn nach internationalem Recht können Sanktionen nur vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhängt werden, und dies ist ein weiterer Punkt, um den wir das Gericht ebenfalls bitten, wenn Sie es für angemessen halten, darauf hinzuweisen, dass ein Urteil über Sanktionen nur durch den Sicherheitsrat zu fällen ist.

Die Vereinigten Staaten können in ihrer Gesetzgebung alles tun. Aber alles muss auch den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen unterworfen sein. Dies werden wir während dieser ganzen Intervention sehen, weil es einige Leute gibt, die Spezialisten in der Sache sind und dann andere Leute, die auch Spezialisten in den Gesetzen sind, die in anderen Ländern verabschiedet worden sind, um die Blockade zu stoppen. (...) Wir als Staatsanwälte müssen die Mordwaffe auf den Tisch legen, die Mordwaffe, von der wir wissen, dass Sie sie kennen. Wir müssen dies in dieser Anhörung tun, mit der Vorlage von mehr als 30 Gesetzen und Ausführungsbestimmungen und anderen juristischen Dokumenten, die die Vereinigten Staaten verwendet haben, um Kuba anzugreifen. Ich werde nur einige von ihnen erwähnen, weil ich nicht über alle 30 sprechen werde. Sie kennen sie, aber ich werde sie erwähnen.

Das erste von 1917, der „Trading with the Enemy Act“, wurde als Kriegsmaßnahme verabschiedet, um den Handel mit Nationen einzuschränken, die von den Vereinigten Staaten als feindlich angesehen wurden.

Das zweite Gesetz war der „Foreign Aid“ oder „Foreign Assistance Act“ von 1961. Der Kongress ermächtigte den Präsidenten, ein vollständiges Embargo über Abkommen zwischen den USA und Kuba zu verhängen.

Die dritte ist die „Präsidialverfügung 3447“ von 1962. Sie wurde von Präsident Kennedy unterzeichnet und legitimierte die totale Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade gegen Kuba. Diese Exekutivanordnung wurde im Rahmen der Operation Mongoose und aller Interventionen, nicht nur legaler Art, wie in diesem Fall,

sondern auch anderer Art, die zudem gegen Kuba stattfanden und die in rechtlicher Hinsicht ebenfalls zu diesen Rechtssubjekten gezählt werden müssen, erlassen.

Das nächste ist der „Trade Activities Act“ von 1979, der es der US-Regierung erleichterte, Kuba an der Aufrechterhaltung normaler Handelsbeziehungen zu hindern.

Als nächstes folgt der „Caribbean Basin Economic Recovery Act“ von 1984, der es dem Präsidenten der Vereinigten Staaten untersagt, ein Land als Begünstigten eines Handelsprogramms zu benennen, wenn es kommunistisch ist oder Amerikaner von diesem Land enteignet wurden oder werden.

Das vorletzte Gesetz, das ich ankündigen werde, ist der „Cuban Democracy Act“, bekannt als Toricelli-Gesetz, aus dem Jahr 1992, das Kubas Handel mit US-Unternehmen verbietet. Dieses Gesetz ist ein Kompendium all dieser rechtlichen Grausamkeiten.

Des Weiteren das Helms-Burton-Gesetz, das, sagen wir mal, das letzte Kompendium all dieser Maßnahmen ist, die wir als Mordwaffe betrachten.

Wir werden sie durchgehen und dann werden die Zeugen, die sich melden werden, analysieren, warum es sich um Mordwaffen handelt und gegen welche Normen des internationalen Rechts sie verstoßen.

Der erste Verstoß gegen diese Normen ist die Charta der Vereinten Nationen und auch der Verstoß gegen die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, wobei ich kurz auf die spezifische Frage des Völkermordes eingehen und diese Verbrechen mit einigen Besonderheiten in den Rahmen des Völkermordes einordnen möchte.

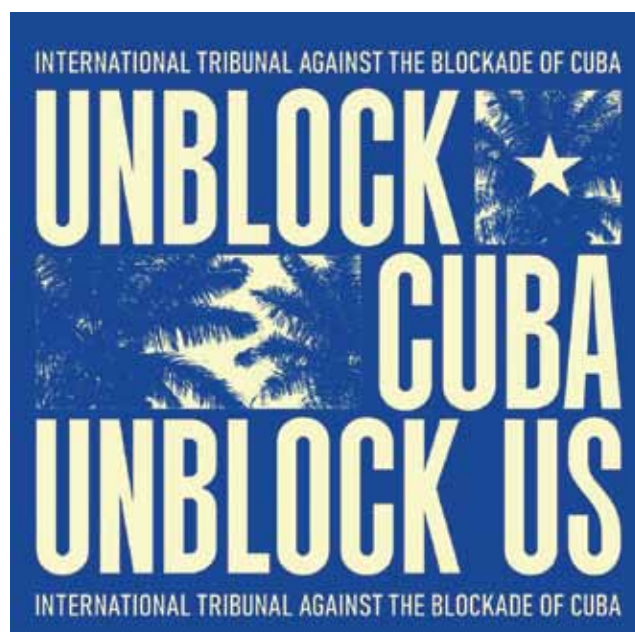
Ein weiterer Punkt, auf den wir hinweisen möchten, ist, dass die Vereinigten Staaten Rechtsvorschriften missachten (...). Sie ignorieren die „Allgemeine Erklärung der bürgerlichen und politischen Rechte“, sie ignorieren den „Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ und sie ignorieren, wie wir bereits gesagt haben, die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“.

Wir werden ihnen die „Mordwaffe“ vorlegen, wie wir hier gesagt haben. Wir sagen ihnen, was sie nicht einhalten und was sie verletzen und warum dies ein Verbrechen gegen die Menschheit ist. Wir sagen das nicht nur wegen der konkreten Rechte, die es auch gibt und die wir formulieren werden, sondern ganz allgemein, weil es die souveräne Gleichheit angreift, nicht nur die Gleichheit, sondern auch die Souveränität Kubas. (...) Das ist sehr wichtig und einige Zeugen werden darüber sprechen, über die Souveränität Europas, die Souveränität Frankreichs, die Souveränität Spaniens und die Souveränität anderer Länder.

Auch deshalb wollen darüber sprechen, und es gibt Zeugen, die für das Prinzip der Unabhängigkeit, d.h. bezogen auf die Unterwerfung unter das Helms-Burton-Gesetz, eintreten. Wie Sie alle wissen, haben diese Bereiche zugenommen und sie besagen es auch wörtlich, dass es nicht ihr Ziel ist, Kubaner zu töten, sondern die kubanische Regierung zu stürzen. Ihr Ziel ist es jedoch nicht nur, die kubanische Regierung zu stürzen, sondern auch eine Regierung in Kuba einzusetzen, die sie gerne hätten und von der sie wollen, dass sie Kuba regiert. Deshalb ist der Grundsatz der Unabhängigkeit, wie auch der Grundsatz der Nichteinmischung verletzt, betroffen. Wir werden das mit den Zeugen vertiefen, die es sicher besser machen werden.

Es gibt zahlreiche Beschlüsse über den Grundsatz der Intervention, Resolution 2625, Resolution 2131, 3281. Außerdem verstoßen sie nicht nur gegen das, was wir über den Grundsatz der Nichteinmischung gesagt haben, sondern auch gegen die Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofs, im Fall des Korfu-Kanal-Zwischenfall und im Fall Nicaraguas gegen die Vereinigten Staaten, in dem vom Grundsatz der Nichteinmischung die Rede ist, und gegen die Charta der Organisation Amerikanischer Staaten verstößt. Dies ist wichtig zu erwähnen, weil wir keine Zeit haben werden, diese grundsätzliche Debatte über diese verbrecherische Aggression zu führen. Diese Verbrechen, die unserer Meinung nach gegen Kuba begangen werden.

Laut der Beschlüsse der Vereinten Nationen, muss es sich nicht unbedingt um einen bewaffneten Angriff handeln, sondern es kann sich auch um eine andere Art von Angriff handeln, und wir glauben, dass man bei der Ausarbeitung dieser Texte genau an Kuba gedacht hat.



Es gibt 28 UN-Resolutionen, die einseitige Zwangsmaßnahmen verbieten, und es ist wichtig, dass wir sehen, dass dies alles die Mordwaffen sind, die wir auf den Tisch gelegt haben. Das ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte und es sind völlig illegitime Gesetze.

Es ist so, dass die Europäische Union selbst – und hier ist ein weiterer Sachverständiger zu diesem Thema – eine Verordnung gegen die Blockade ausgearbeitet hat, um die europäischen Bürger vor diesem Angriff auf die Souveränität der Europäischen Union zu schützen. Nicht wir als Staatsanwälte sagen, dass es diesen Eingriff in die Souveränität gibt, sondern die Europäische Union selbst sagt es, wenn sie Verordnungen erlässt, um diese Blockade zu beenden.

Es gibt einige sehr interessante Zeugen. Wir werden sie sehen. Wir haben die Möglichkeit, ihnen Fragen zu stellen (...). Aber es gibt eine Sache, die auch meine Aufmerksamkeit erregt, und sie bezieht sich auch auf diesen Versuch, die Souveränität anzugreifen oder die Aggression der Souveränität gegen andere Länder durchzuführen. Nicht nur gegen Kuba, sondern einer der Zeugen, und wir werden ihn konkret fragen, berichtet, wie der französische Unternehmerverband selbst ein Kommuniqué herausgegeben hat, in dem er sich über die einseitigen Zwangsmaßnahmen beschwert und die Aggression gegen die Souveränität Frankreichs anprangert. Und es gibt viele solche Beispiele (...).

Ich möchte Sie darauf hinweisen, meine Damen und Herren, dass es ein Dokument gibt, das Ihnen vorliegt, ein Bericht kubanischer Juristen aus dem Jahr 2022/23, der das, was ich Ihnen gesagt habe, viel besser wiedergibt. Es handelt sich um ein Dokument, das sich im Verfahren befindet. Es gibt auch ein Dokument, welches eine Erklärung eines kubanischen Anwalts, Alexis Ginarte, ist, der nicht kommen konnte. Aber dieses Dokument liegt vor, und ich gebe es als Dokument mit denselben Argumenten weiter (...).

Danke

Antonio Segura, als Vertreter der Anklage, Brüssel, 16.11.2023

Zum rechtlichen Rahmen, zum Rahmen des internationalen Rechts

Jan Fermond, Chefankläger auf dem Internationalen Tribunal gegen die Blockade Kubas



Jan Fermond

Foto: The Peoples Forum

Vielen Dank, Herr Vorsitzender, verehrte Richter.

(...) Ich möchte ein paar Bemerkungen zum rechtlichen Rahmen, zum Rahmen des internationalen Rechts machen.

Die erste Frage mag für diejenigen, die sich nicht mit internationalem Recht befassen, seltsam klingen, aber sie ist für Ihr Gericht wichtig: Können Staaten für unrechtmäßige Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden?

Und natürlich ist die Grundlage, auf der wir diese Strafverfolgung durchführen, die im Jahr 2001 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommene Resolution 56/83, die den Ent-

wurf eines Artikels über die Verantwortung von Staaten für international rechtswidrige Handlungen enthält. Und diese Resolution der UNO, der Generalversammlung, die internationales Recht ist, besagt in ihrem

Artikel 1, dass jede internationale unrechtmäßige Handlung eines Staates die internationale Verantwortung dieses Staates nach sich zieht.

Sie gilt als völkerrechtswidrige Handlung, ich zitiere: „Jede Handlung oder Mission, die gegen das Völkerrecht verstößt und einem Staat oder einem internationalen Rechtssubjekt zuzurechnen ist“, in diesem Fall natürlich einem Staat, den Vereinigten Staaten von Amerika. Daher bitten wir Ihr Tribunal auf der Grundlage dieser Resolution, die Vereinigten Staaten wegen Verstößen gegen das Völkerrecht zur Rechenschaft zu ziehen. Und es gibt tatsächlich zwei Familien oder zwei Gruppen von internationalen Normen, die durch die Blockade verletzt werden.

Die erste Gruppe geht wirklich an den Kern, zur strukturellen Grundlage des heutigen Völkerrechts, und wir beziehen uns dabei natürlich in erster Linie auf die Charta der Vereinten Nationen, aber auch auf die 1970 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete Resolution 2625 mit dem Titel „Grundsätze des Völkerrechts zur Regelung der Beziehungen der Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten“. Diese beiden Resolutionen, diese beiden Instrumente, die Charta und diese Resolution und andere, die auf derselben Grundlage angenommen wurden, formulieren in der Tat eine Reihe äußerst wichtiger Grundsätze des Völkerrechts, die alle, einer nach dem anderen, von der Blockade gegen Kuba verletzt werden. Das wichtigste ist meiner Meinung nach der Grundsatz der Selbstbestimmung. Ich denke, das ist der Kern der Diskussion, und ich werde gleich darauf zurückkommen.

Die zweite ist auch die souveräne Gleichheit, was bedeutet, dass es keine Staaten mit mehr und andere Staaten mit weniger Rechten gibt. Es gibt kein Volk, das über ein anderes Volk regieren kann, das für ein anderes Volk entscheiden kann. Völker und Staaten sind gleichberechtigt. Es gibt natürlich ein Verbot der Anwendung von Gewalt und ein Verbot von Zwang, und die Blockade wird als Anwendung von Gewalt oder als Anwendung von Zwang eingestuft. Ich denke, das ist nicht die wichtigste Frage. Es ist offensichtlich, dass die Blockade eine Form von Gewalt und Zwang ist, die gegen die Menschen in Kuba angewandt wird.

Ich möchte noch einmal auf das Prinzip der Selbstbestimmung zurückkommen. Natürlich weiß das Gericht das, aber ich denke, für diejenigen, die zuhören, ist es wichtig, genau zu wissen, was es bedeutet, denn sehr oft hat man die Vorstellung, dass es bei der Selbstbestimmung um den eigenen Staat geht. In Wirklichkeit ist es viel mehr als das.

Der gemeinsame Artikel 1 der beiden UN-Pakte, auf den auch Sie, Herr Präsident, in Ihrer Einleitung Bezug genommen haben, definiert das Selbstbestimmungsrecht tatsächlich wie folgt. Er sagt, es ist die Mutter aller Menschenrechte. Es ist die Mutter der Rechte, es ist ein Rahmen, in dem die Menschen dann ihr Recht ausüben können. Artikel 1 besagt, dass alle Völker das Recht auf Selbstbestimmung haben. Aufgrund dieses Rechts können sie ihren politischen Status frei bestimmen und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung frei verfolgen. Die Völker haben das Recht, ihren eigenen Weg zu gehen. Alle Völker können zu ihrem eigenen Nutzen frei über ihre natürlichen Reichtümer und Ressourcen verfügen, unbeschadet der Verpflichtungen, die sich aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit ergeben. Die Völker haben das Recht, über ihre eigenen Ressourcen zu verfügen, sind aber auch an eine Reihe von Regeln des internationalen Austauschs, der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit gebunden, die in unserer heutigen Welt natürlich absolut notwendig ist.

Der Artikel basiert auf dem Prinzip des gegenseitigen Nutzens und des Völkerrechts, und alle Staaten, das ist der dritte Teil des Artikels, müssen natürlich die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts fördern und dieses Recht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen achten. Die Völker haben also das Recht, ihren eigenen Weg zu wählen. Das ist ein Grundprinzip des Kerns des modernen internationalen Völkerrechts.

Nehmen wir nun einige der Titel der Artikel des Helms-Burton-Gesetzes.

Bei dem ersten geht es um den Schutz der Eigentumsrechte von US-Bürgern. Natürlich steht dieser Teil im Helms-Burton-Gesetz, denn das kubanische Volk hat sich dafür entschieden, die Wirtschaft geplant zu organisieren und die wirtschaftliche Ebene der Produktionsmittel in Kuba in Besitz zu nehmen, und ja, in diesem Rahmen wurden einige amerikanische multinationale Unternehmen enteignet, aber das kubanische Volk hat das Recht, dies zu tun. Das kubanische Volk hat nach internationalem Recht durchaus das Recht, eine solche Entscheidung zu treffen.

Im Helms-Burton-Gesetz ist dies jedoch einer der Punkte, die im Namen der Vereinigten Staaten als Rechtfertigung für die Blockade angeführt werden. Ein anderer Titel, Titel 2, besagt „Hilfe für ein freies und unabhängiges Kuba“. Aber wer entscheidet darüber, was ein freies und unabhängiges Kuba ist? Ist es das kubanische Volk oder ist es die US-Regierung? Nach dem Helms-Burton-Gesetz ist es die US-Regierung, was eine eklatante Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes darstellt.

Und es kommt noch schlimmer: Abschnitt 205: „Voraussetzungen und Faktoren für die Bestimmung der Existenz einer Übergangsregierung“. Die USA entscheiden also nicht nur darüber, welche Art von Wirtschaft oder Wirtschaftssystem die internationalen Beziehungen Kubas organisieren sollte, sie entscheiden sogar, dass Kuba eine Übergangsregierung haben sollte und natürlich über die Voraussetzungen für das Vorhandensein einer demokratisch gewählten Regierung. Die USA entscheiden also, was eine demokratische, demokratisch gewählte Regierung ist, und nicht das kubanische Volk. Ich denke, die Lektüre dieser Titel des Helms-Burton-Gesetzes reicht völlig aus, um zu verstehen, daß wir es mit einer unverhohlenen Verletzung des Selbstbestimmungsrechts zu tun haben, das meiner Meinung nach im Mittelpunkt unserer Diskussionen stehen sollte.

Zweitens verstößt die Blockade natürlich auch gegen eine ganze Reihe anderer Instrumente, und ich werde nicht die ganze Liste aufzählen, denn das würde uns viel zu weit führen, aber die Blockade verletzt natürlich auch das Recht Kubas und seiner Bevölkerung, eine Gesundheitsversorgung zu bieten, ein soziales Versorgungssystem. Die Gesundheitsfürsorge wird, denke ich, von den Zeugen, die Sie heute hören werden, ausführlich dargestellt werden.

Aber es verstößt auch gegen die Freihandelsabkommen, auf die sich die Vereinigten Staaten so sehr berufen. Das allgemeine Zoll- und Handelsabkommen, das WTO-Abkommen usw., die den internationalen Freihandel organisieren. Nur die Vereinigten Staaten erlauben sich, von diesen Regeln in Bezug auf Kuba eine Ausnahme zu machen.

Es gibt viele andere internationale Instrumente, gegen die verstoßen wird. Ihrem Ausschuss wurde ein Dokument vorgelegt, in dem diese Verstöße genauer aufgeführt sind.

Das letzte, was ich sagen möchte, ist, dass die Blockade Kubas nicht nur eine Frage der Rechte des kubanischen Volkes ist. Es geht um die Rechte der Völker der Welt, denn jedes Volk der Welt sollte nach dem Prinzip der Selbstbestimmung und der souveränen Gleichheit frei sein. Jedes Volk in der Welt sollte die Freiheit haben, Beziehungen zu Kuba zu knüpfen oder nicht, und eigentlich wissen wir, und wir werden es in einer Reihe von Zeugenaussagen hören, dass die Blockade eine extraterritoriale Wirkung hat. Wenn beispielsweise Transaktionen in Dollar abgewickelt werden, erlauben sich die Vereinigten Staaten, diese Transaktionen zu stoppen und die Beziehungen zu Drittländern zu behindern.

Und ich denke, unter diesem Gesichtspunkt ist es interessant, wir sind hier im Europäischen Parlament. Ich möchte Ihnen etwas vorlesen, und damit möchte ich schließen. In den Berichten, die der Generalsekretär dem Sicherheitsrat vorgelegt hat, der Bericht des „Sonderberichterstatters über die negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf die Ausübung der Menschenrechte“, hat dieser eine Mitteilung des Sonderberichterstatters der EU erhalten. Und was sagt die EU über ihre eigenen Interessen?

Der Sonderberichterstatter Sánchez selbst hat die verheerenden Auswirkungen des Embargos der Vereinigten Staaten gegen Kuba auf die europäischen Wirtschaftsinteressen und die wirtschaftlichen und kommerziellen Beziehungen der Bürger und Unternehmen der Europäischen Union zu Kuba hervorgehoben, da die extraterritoriale Anwendung des Embargos gegen die allgemein anerkannten Regeln des internationalen Handels verstößt. Dies ist der Standpunkt der Europäischen Union, wie er dem Sonderberichterstatter mitgeteilt wurde.

Es geht also nicht nur um die Rechte, natürlich hauptsächlich um die Rechte des kubanischen Volkes, sondern auch um die Rechte der europäischen Völker, der Völker in der ganzen Welt, die mit Kuba Handel treiben wollen, die Beziehungen aufbauen wollen, wirtschaftliche Beziehungen, politische Beziehungen, kulturelle Beziehungen, akademische Beziehungen, und denen dies aufgrund der Blockade nicht möglich ist.

Ich danke Ihnen

Jan Fermond, Chefankläger auf dem Internationalen Tribunal gegen die Blockade Kubas.

Jan Fermon ist Rechtsanwalt in Brüssel, Belgien, und hat sich auf Strafrecht, internationales (humanitäres) Recht und Menschenrechtsfragen spezialisiert. Seit 2005 ist Fermon Vorstandsmitglied der International Association of Democratic Lawyers (IADL). Brüssel. 16. November 2023

Granma Internacional bestellen!

Monatlich authentische Informationen aus Kuba – in deutscher Sprache



- unter www.jungewelt.de/granma
- per Abotelefon: 0 30/53 63 55-80/-81/-82
- oder nutzen Sie untenstehenden Coupon

Einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH/Granma, Torstraße 6,
10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-48.

Ja, ich bestelle die deutschsprachige Ausgabe der Zeitung *Granma Internacional* für mindestens ein Jahr.

Das Abo verlängert sich um ein weiteres Jahr, wenn ich es nicht sechs Wochen vor Ende des jeweiligen Liefer-/Rechnungsjahres (Poststempel) bei Ihnen kündige. Für Lieferungen ins Ausland werden 5,00€/Jahr Zusatzporto berechnet.

☐ Frau ☐ Herr

Cuba libre

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Land

Telefon/E-Mail

Ich bestelle das ☐ Normalabo (18 €/Jahr) ☐ Förderabo (33 €/Jahr)

Das Abo bezahle ich per Rechnungslegung

Datum/Unterschrift

★ Zeugenaussagen

„Die Blockade der USA gegen Kuba verstößt gegen die wichtigsten zwingenden Normen, die im heutigen Völkerrecht anerkannt sind.“

Zeugenaussage von Yamila González, Vizepräsidentin der Juristischen Vereinigung Kubas und Mitglied des Nationalen Komitees der Föderation der kubanischen Frauen.

Vielen Dank, Herr Präsident, die Nationale Juristenvereinigung Kubas kommt zu dieser Veranstaltung, um die Unrechtmäßigkeit der von der Regierung der Vereinigten Staaten gegen Kuba verhängten Blockade anzuprangern. Die Blockade wird durch eine Reihe einseitiger Zwangsmaßnahmen der US-Regierung gekennzeichnet, die darauf abzielen, die kubanische Revolution zu zerstören und folglich die Kontrolle über Kuba unter ähnlichen Bedingungen wie vor dem revolutionären Triumph im Januar 1959 wiederzuerlangen.



Yamila González

Foto: Radio Habana

Um dieses Ziel zu erreichen, besteht ihr Hauptziel darin, den Kubanern den Zugang zu den grundlegenden Mitteln für ihr Überleben und ihre weitere Entwicklung zu verwehren. Die Verzweiflung in einer Situation zu provozieren, die derjenigen von belagerten Orten ähnelt, wie sie von feindlichen Truppen in früheren Epochen der Menschheitsgeschichte und in Kriegen häufig genutzt wurde.

Es sind Familien, Frauen, Kinder, ältere Menschen, Behinderte und Kranke, die am meisten von der Blockade betroffen sind. Zur Umsetzung der Blockade gegen Kuba, die in wenigen Tagen 63 Jahre alt wird, haben sich die Vereinigten Staaten eine Rechtsgrundlage von mehr als dreißig Gesetzen gegeben, Durchführungsverordnungen und andere Rechtsdokumente, die mit der Anwendung des „Trade with the Enemy Act“ von 1917 begannen und unter denen der „Trade Activities Act“ von 1974, der „Cuban Democracy Act“ von 1992, bekannt als Toricelli-Gesetz, der die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Kuba verstärkte und die Extraterritorialität der Blockade normativ untermauerte, hervorzuheben sind.

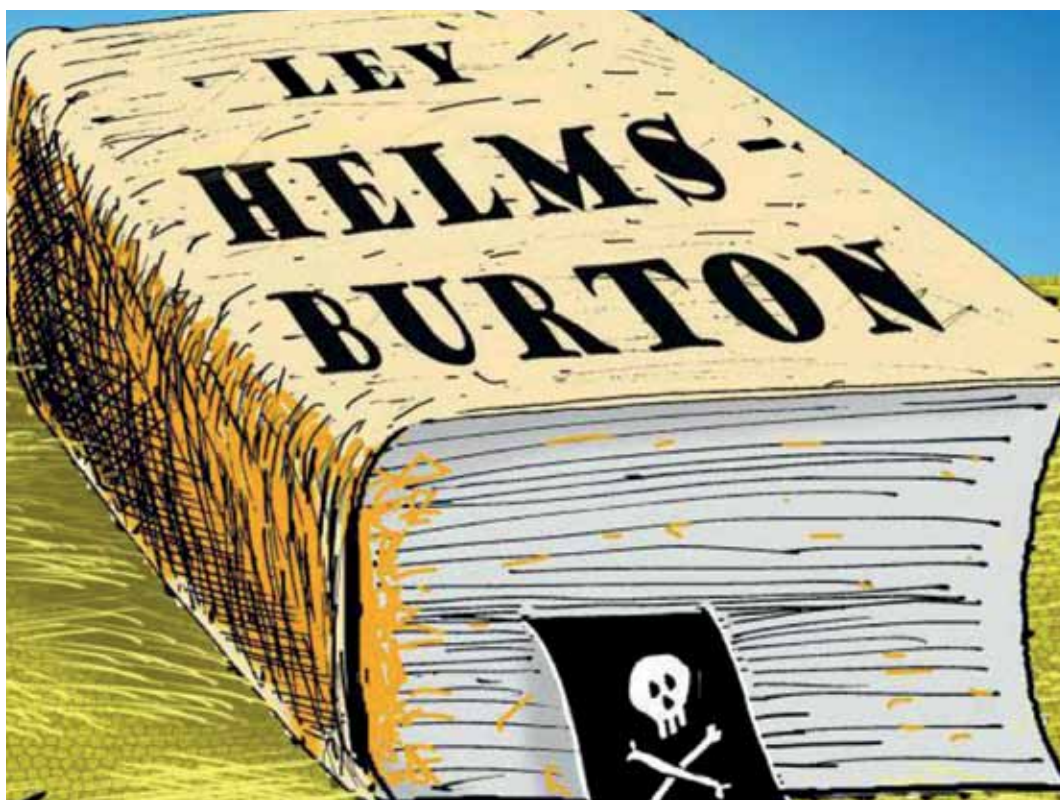
Der „Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act“ von 1996, bekannt als Helms-Burton-Gesetz, das darauf abzielt, ausländische Investitionen zu verhindern und die Blockade Kubas zu internationalisieren. Mit der Verweigerung der Einreise in die Vereinigten Staaten für ausländische Führungskräfte und ihre Familien, die in auf Kuba konfisziertes Eigentum investieren, und der Einführung der Möglichkeit, vor US-Gerichten Klage gegen sie zu erheben, wurde die extraterritoriale Reichweite weiter ausgebaut.

Die Blockade gegen Kuba ist keine bilaterale Angelegenheit zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten, wie sie oft dargestellt wird. Unter dem Deckmantel dieser Politik werden weiterhin Sanktionen gegen amerikanische und europäische Unternehmen verhängt, die mit Kuba Geschäfte machen. Die wiederholte extraterritoriale Anwendung von US-Gesetzen und die Verfolgung der legitimen Interessen von Unternehmen und Bürgern aus Drittländern beeinträchtigen die Souveränität vieler anderer Staaten erheblich.

Das Ausmaß der oben genannten Gesetze und Verordnungen zeigt außerdem, dass keine Blockade jemals so umfassend und brutal gegen ein Volk war, wie diejenige, die die Vereinigten Staaten gegen Kuba aufrechterhalten haben. Sie ist daher als Völkermord im Sinne von Artikel 2 Absatz 6 der Genfer Konvention von 1984 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes und als Wirtschaftskrieg einzustufen. (...)

In diesem Zusammenhang wurden zwei Gruppen internationaler Normen identifiziert, die durch das Verhalten der USA verletzt wurden.

Zur ersten Gruppe gehören die Normen, die als strukturelle Grundlage des heutigen Völkerrechts anerkannt sind, darunter die Charta der Vereinten Nationen und die 1970 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommene Resolution 2625 mit dem Titel „Grundsätze des Völkerrechts für die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten“. Beide völkerrechtlichen Instrumente enthalten eine Reihe von zwingenden Normen oder völkerrechtlichen Regelungen und machen jede Handlung oder jedes Rechtsgeschäft, das gegen diese Normen verstößt, nichtig.



Zur zweiten Gruppe gehören andere internationale Rechtsinstrumente, darunter die „Allgemeine Erklärung der bürgerlichen und politischen Rechte“, der „Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ und die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“. Diese werden allgemein anerkannt und sind Ausdruck des gemeinsamen Willens der Mitglieder der heutigen internationalen Gemeinschaft.

Das heißt, dass die von der Regierung der Vereinigten Staaten gegen Kuba verhängten einseitigen Maßnahmen, ungeachtet der verwendeten Bezeichnung, in Anbetracht ihrer Intention und ihres anhaltenden Charakters, gegen das Völkerrecht verstoßen. Diese Maßnahmen haben sich verschärft und sollten daher als normwidriger Akt und als Verstoß gegen das gegenwärtige Völkerrecht eingestuft werden.

Die Resolution 5683 der Generalversammlung der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2001, die den Entwurf eines Artikels über die Verantwortlichkeit von Staaten für völkerrechtswidrige Handlungen enthält, erkennt in Artikel 1 an, dass jede völkerrechtswidrige Handlung eines Staates die internationale Verantwortlichkeit dieses Staates auslöst, und in Artikel 3, als Element einer völkerrechtswidrigen Handlung, dass diese aus einer Handlung oder Unterlassung oder beidem resultieren kann und dass ein solches Verhalten die internationale Rechtsordnung verletzt. Das Vorgehen der US-Regierung gegen Kuba ist ein eindeutiges Beispiel für internationales Fehlverhalten.

Herr Präsident!

die Blockade der USA gegen Kuba verstößt gegen die wichtigsten zwingenden Normen, die im heutigen Völkerrecht anerkannt sind, und beeinträchtigt die volle Wahrnehmung der Menschenrechte des kubanischen Volkes, der Bürger von Drittländern und der Amerikaner selbst. Diese Politik zielt darauf ab, die Souveränität unseres Landes und der anderen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen zu untergraben. Das Geflecht von Verordnungen, Vorschriften und Gesetzen aller Art, aus dem die Blockade besteht, wird von weiten Teilen der internationalen Gemeinschaft abgelehnt und angeprangert – als juristischer Irrweg und als Affront gegen unsere Selbstbestimmung, unsere Souveränität und Unabhängigkeit. Wegen ihres extraterritorialen, einmischenden und völkermörderischen Charakters.

Ich danke Ihnen sehr

Yamila González. Brüssel. 16. November 2023

Die Beziehungen zwischen Kuba und der EU und die so genannten EU-Antisanktionsgesetze

Yiannis Rachiotis auf dem Internationalen Tribunal gegen die Blockade Kubas über die Beziehungen zwischen Kuba und der Europäischen Union und die so genannten EU-Antisanktionsgesetze.



Yiannis Rachotis

Vielen Dank, Herr Vorsitzender, mein Beitrag bezieht sich auf die Beziehungen zwischen Kuba und der EU und die so genannten EU-Antisanktionsgesetze. Anfang der 90er Jahre sprach sich die Europäische Union gegen die US-Blockade gegen Kuba sowie gegen die Sanktionen gegen den Iran und Libyen aus, da diese einen schweren Verstoß gegen Artikel 41 der UN darstellen. Dementsprechend wendet sich die Charta gegen die extraterritoriale Umsetzung der US-Sanktionsgesetze als Verstoß gegen die staatliche Souveränität zunächst aller ihrer Mitgliedstaaten.

Am 22. November 1996 verabschiedete die EU die Verordnung Nr. 2071 des Rates, die so genannte Blocking-Verordnung, die darauf abzielt, EU-Bürger und Unternehmen, die in der Verordnung als Wirtschaftsbeteiligte bezeichnet werden, die rechtmäßigen internationalen Handel betreiben, vor extraterritorialen Maßnahmen zu schützen und Transaktionen vor der extraterritorialen Anwendung bestimmter US-Sanktionsgesetze gegen Kuba und den Iran zu schützen.

Die Verordnung enthielt diese Gesetze in einem Anhang, der Kuba betraf, d. h. erstens den

„Toricelli Act“ von 1992, zweitens den „National Defense Authorization Act“ des Jahres 1993 und drittens den „Cuban Liberty and Democratic Solidarity“, von 1996, der auch als „Helms-Burton-Act“ bekannt ist. Um nur auf den letzten zu verweisen, der ein totales Handels- und Finanzverbot mit Kuba vorsieht und auch das Einfrieren kubanischen Vermögens und das Verbot des Warentransports von und nach Kuba umfasst. Es verbietet auch jede Art von rechtlichem oder physischem Zugriff auf Eigentum in Kuba, das vor der Revolution von 1959 US-Personen gehörte, einschließlich Kubanern, die später die US-Staatsbürgerschaft erhielten.

Die EU hat das so genannte ESTA von 2015, das elektronische Reisegenehmigungssystem der USA, das jeden, der in Kuba auch nur zu touristischen Zwecken gereist ist, vom US-Programm für visumfreies Reisen ausschließt, nicht in den Anhang aufgenommen, unabhängig von der Staatsangehörigkeit des Landes. ESTA ist dazu gedacht, der kubanischen Tourismusindustrie einen schweren Schlag zu versetzen.

Wir sollten auch beachten, dass das Instrument der Blockade auch die Einstufung Kubas als „Förderer des Terrorismus“ ist, weil es den USA und ihren Vasallenstaaten erlaubt, zusätzliche einseitige Zwangsmaßnahmen gegen Kuba zu verhängen. Die Blockadeverordnung verbietet der EU die Einhaltung jeglicher Anforderungen oder Verbote, die auf den im Anhang aufgeführten Gesetzen beruhen, und sieht zunächst eine neue Bußgeldwirkung der EU und in der EU jeglicher ausländischer Gerichtsentscheidungen vor, die auf den oben genannten Verordnungen beruhen, sowie das Recht der Betreiber auf Entschädigung für Schäden oder Verluste, die durch die extraterritoriale Anwendung, der im Anhang aufgeführten ausländischen Gesetze verursacht wurden.

Im Gegenteil, dieselbe Verordnung gibt den Betreibern das Recht, eine Befreiung von der Anwendung der Sperrungsverordnung zu beantragen, d. h. die Erlaubnis, die Bestimmungen der Verordnung zu befolgen, falls die Einhaltung der Verordnung einen unverhältnismäßigen Schaden verursachen sollte. Die Verordnung hat

sich positiv auf die Beziehungen zwischen der EU und Kuba ausgewirkt, und zwar nicht wegen ihrer breiten Anwendung, die nie stattgefunden hat, sondern als Ausdruck der Differenzierung gegenüber der aggressiven Haltung der USA gegenüber Kuba.

Die Umsetzung der Verordnung war zunächst aufgrund eines 1998 unterzeichneten Memorandums zwischen der EU und den USA begrenzt, das vorsah, dass die USA die EU-Akteure von der extraterritorialen Umsetzung ihrer Blockadegesetze ausschließen und die EU im Gegenzug eigene Maßnahmen zur Förderung der Demokratie in Kuba ergreifen würde. Mit anderen Worten, die Ziele der US-Blockade zu fördern.

Trotz des Memorandums gab es in letzter Zeit verschiedene Vorfälle der extraterritorialen Umsetzung der US-Blockade gegen Kuba und natürlich auch gegen den Iran. Klagen auf Entschädigung aufgrund der Blockadeverordnung wurden vor verschiedenen nationalen Gerichten in der EU und schließlich vor dem Europäischen Gerichtshof eingereicht. Leider fand die große Mehrheit der Gerichte verschiedene Wege, um die Umsetzung der Verordnung zu verhindern.

Wir sollten beachten, dass die EU selbst von 2003 bis 2005 eine Art weicher Sanktionen gegen Kuba verhängt hat. Jetzt hat die EU bekanntlich eine große Anzahl von Sanktionen gegen Russland, Weißrussland und verschiedene Sanktionen gegen andere Länder des globalen Südens verhängt, die praktisch eine Blockade darstellen. Es ist offensichtlich, dass eine solche Politik die Haltung der EU gegen die Blockade Kubas delegitimiert.

Abschließend möchten wir auch auf die Annahme einer sehr aggressiven Anti-Ban-Resolution durch das EU-Parlament am 12. Juli 2023 hinweisen, die voll von neokolonialen Diktaten gegenüber Kuba ist und die bekannte arrogante und unbegründete westliche Rhetorik gegen den globalen Süden wiederholt. Das ist mit Sicherheit nicht der richtige Weg für die Beziehungen zwischen der EU und Kuba und auch nicht im Interesse der EU-Mitgliedstaaten.

Danke

Yiannis Rachotis. Brüssel, 16. November 2023

Zeugenaussage von Belinda Sánchez im Namen der kubanischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Ich bin hier, um im Namen der kubanischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu sprechen, die in den Bereichen Wissenschaft und Arzneimittelproduktion unter den Auswirkungen der US-Wirtschaftsblockade gegen unser Land zu leiden haben. Ich arbeite seit mehr als 30 Jahren im Zentrum für Molekulare Immunologie, einer Einrichtung, die sich der Entwicklung und Herstellung innovativer Arzneimittel und Biosimilars für die Behandlung von Krebspatienten widmet. Wir sind Teil der Unternehmensgruppe BioCubaFarma, in der 33 Biotechnologie- und Pharmaunternehmen zusammengeschlossen sind, die Hightech-Arzneimittel, -Ausrüstung und -Dienstleistungen herstellen, um die Gesundheit unserer Bevölkerung zu verbessern und exportfähige Produkte zu erzeugen, die zur wirtschaftlichen Entwicklung Kubas beitragen.

Die völkermörderische Blockade durch die Regierung der Vereinigten Staaten hat unsere wissenschaftliche Arbeit seit Dutzenden von Jahren in verschiedenen Bereichen beeinträchtigt, die ich im Folgenden zusammenfassen möchte:

1. Das Logistikmanagement war gezwungen, die für die wissenschaftliche Forschung und die Produktion erforderlichen Reagenzien und Importe von Dritten zu beziehen, die zum Teil geografisch weit entfernt sind und aus den USA stammen, was den Beschaffungsprozess um bis zu 20 % verteuert hat und zu Verzögerungen bei der Beschaffung von Ressourcen geführt hat. Infolgedessen wurde der Forschungs- und Produktionsumfang sowohl für neuartige als auch für generische Arzneimittel reduziert und verlangsamt. Für einige unserer Unternehmen bedeutete dies zusätzliche Kosten von bis zu 1 Mio. USD in einem Jahr, die über die Kosten hinausgingen, die bei einer direkten Beschaffung angefallen wären.

2. Wir können keine Forschungs- und Produktionsanlagen kaufen, die 10 Prozent oder mehr nordamerikanische Komponenten enthalten. Wenn wir dies über Dritte tun könnten, waren wir nicht in der Lage, diese Ge-



Belinda Sánchez

räte zu reparieren, weil wir keinen Zugang zu Ersatzteilen hatten, was sich negativ auf die Effizienz unserer Prozesse auswirkte.

3. Die Bezahlung von Patenten und wissenschaftlichen Veröffentlichungen ist in die Jahre gekommen, weil US-amerikanische und andere Banken keine Überweisungen von kubanischen Banken akzeptieren. Die Nichtbezahlung eines Patents hat die unmittelbare Folge, dass das Patent in diesem Gebiet verloren geht, was bedeutet, dass es kopiert werden kann, was für Kuba den Verlust von Märkten bedeuten kann. Die Nichtzahlung für eine wissenschaftliche Veröffentlichung hat die unmittelbare Folge, dass die Publikation aus der Zeitschrift zurückgezogen wird und die Autoren nicht mehr in der Zeitschrift veröffentlichen dürfen. Jahrelange Forschungsarbeit, die der menschlichen Gesundheit diene, wird weggeworfen. Allein in meiner Einrichtung haben wir derzeit einen Rückstand von 24 Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Krebsimmuntherapie, von denen einige mehr als 4 Jahre alt sind.

4. Das Risiko für US-amerikanische und andere Unternehmen, mit Kuba Geschäfte zu machen, nimmt zu. Dies hat sich auf die Ausfuhr hochwertiger kubanischer Biotechnologieprodukte ausgewirkt, die die Gesundheitsprobleme von Millionen von Menschen in der Welt, einschließlich der USA, lindern könnten. Gleichzeitig beeinträchtigt es unseren Beitrag zur Wirtschaft des Landes, die sie so dringend benötigt. Diese wachsende Risikowahrnehmung wirkt sich aber auch negativ auf die klinische Entwicklung innovativer kubanischer Biotechnologieprodukte aus, die für die Zulassung in den Industrieländern erforderlich ist, da es schwierig ist, kommerzielle Partner für Investitionen in diese Entwicklung zu finden. Kuba verfügt über einzigartige Produkte wie den Lungenkrebsimpfstoff CimaVaxEGF und Heberprot-P für diabetische Fußpatienten, die die Menschen, die sie heute brauchen, nicht erreichen, nur weil sie kubanischen Ursprungs sind.

5. Die verstärkte Überwachung des Verbots von Reisen nach Kuba, außerhalb der 12 nach US-Recht zulässigen Kategorien, hat die Zahl der Patienten, die nach Kuba reisen, um medizinische Leistungen mit Produkten aus der kubanischen Wissenschaft zu erhalten, verringert.

6. Renommierten kubanischen Wissenschaftlern wurden Visa für die Einreise in die USA verweigert, was sie an der Teilnahme an Kongressen wie dem ASCO-Treffen, dem wichtigsten internationalen Krebskongress, hinderte. Und auch die Anmeldung zu anderen Kongressen wurde uns mit der „Begründung“ verwehrt, dass Kuba von den USA sanktioniert sei.

7. Die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit, die für die Entwicklung der Weltwissenschaft von wesentlicher Bedeutung ist, ist heute zwar mit Europa, Asien und Lateinamerika Realität, mit den USA jedoch nur sehr begrenzt möglich.

8. Im letzten Jahr war zudem das elektronische System für Reisegenehmigungen, das Bürgern aus vielen Ländern der Welt die Einreise in die USA ermöglicht, für Bürger, die nach Kuba reisen, über einen längeren Zeitraum nicht zugänglich. Davon betroffen sind u. a. Wissenschaftler, die oft nicht an Konferenzen in Kuba teilnehmen können, wenn sie anschließend an Konferenzen in den USA teilnehmen müssen.

All diese Probleme wurden durch die weltweite Wirtschaftskrise, die durch die COVID-19-Pandemie ausgelöst wurde, noch verschärft. Während der Pandemie wuchs die Zahl der kubanischen Wissenschaftler, was das Ergebnis der Geschichte unseres Volkes des Widerstands und des Willens zur Überwindung von Schwierigkeiten ist. Dank der Zuversicht von Fidel und der Revolution, dass die Zukunft Kubas eine Zukunft von Wissenschaftlern sein sollte, verfügten wir im Jahr 2020 über eine ausgereifte Biotechnologie mit mehr als 30 Jahren Erfahrung in der Herstellung von Impfstoffen und einem vorbereiteten Humanpotenzial. Wir haben die menschlichen Talente und die technologischen Stärken jeder wissenschaftlichen Einrichtung vereint, und deshalb konnten wir, obwohl Kuba nicht rechtzeitig über alle für die Forschungsphase notwendigen Reagenzien verfügen konnte, obwohl der Zugang zu den für die Produktion wesentlichen Importen und Reagenzien

blockiert war, drei Impfstoffe und zwei Impfstoffkandidaten gegen Covid-19 entwickeln, die es uns ermöglichen, unsere gesamte erwachsene Bevölkerung und alle unsere Kinder ab dem zweiten Lebensjahr zu schützen. Und auch dank der Solidarität der Völker. Aber auch wenn wir gewonnen haben, hätten wir es ohne Blockade früher schaffen und mehr Leben retten können. Und für uns ist jedes einzige Leben wert.

Belinda Sánchez, Mitglied des Vorstands der Immunologischen Gesellschaft von Kuba.
Brüssel, 16. November 2023

Franco Cavalli, Onkologe, Honorarprofessor an der Universität Bern, Präsident von MediCuba Europa

„Das kubanische Gesundheitssystem, das von der Weltgesundheitsorganisation oft als das Beispiel definiert wurde, dem alle Länder, die Entwicklungsländer, folgen sollten, um ihre Gesundheitsprobleme zu lösen.“

Vielen Dank, ich bin Professor für Onkologie und ehemaliger Direktor eines umfassenden Krebszentrums in der Schweiz. Ich arbeite seit 1985 mit dem kubanischen Gesundheitssystem und Forschungssystem zusammen. Ich war viele Male in Kuba, ich weiß nicht genau wie viele, aber ich denke 30 Mal oder mehr. Keine dieser Reisen wurde von der kubanischen Regierung oder einer kubanischen Organisation bezahlt.

Im Jahr 1991 gründeten wir während der „Sonderperiode“ (...) MediCuba Schweiz, weil wir genau wussten, wie gut das humanitäre Gesundheitssystem war und wie wichtig dieses Gesundheitssystem für viele Länder in der Welt war. Wegen des Verschwindens der Sowjetunion und der Unmöglichkeit für das kubanische Gesundheitssystem, Ausrüstung anderswo zu kaufen, haben wir beschlossen, diese Organisation zu gründen, um dem kubanischen Gesundheitssystem zu helfen, das von der Weltgesundheitsorganisation oft als das Beispiel definiert wurde, dem alle Länder, die Entwicklungsländer, folgen sollten, um ihre Gesundheitsprobleme zu lösen.

Später haben wir die Organisation erweitert. Heute gibt es MediCuba Europa und vergleichbare Organisationen in 14 europäischen Ländern. Es ist schwer abzuschätzen, wie viel wir genau bereitgestellt haben, aber ich schätze, dass es in diesen 30 Jahren mehr als 30 Millionen Euro waren.

Es ist wichtig zu wissen, dass wir unsere Hilfe zwar mit den kubanischen Ministerien koordinieren, unsere Projekte aber direkt mit den Krankenhäusern und den Forschungszentren zusammenarbeiten, zum Beispiel mit dem Zentrum für Molekularimmunologie. Wir kennen also die Situation vor Ort genau, und ich denke, dass wir viele Zeugen über die Vorgänge in Kuba und die Folgen des Embargos für Kuba benennen können.

Nun, ich werde mich auf einige wenige Beispiele beschränken. Ich habe hier acht Fälle mit Namen, bei denen es ganz klar ist. Fünf waren krebskranke Kinder. (...) Sie haben das Video gesehen: der erste Fall, wo es kein Etoposid gab. Wir haben (dem Krankenhaus) William Soler das Etoposid zur Verfügung gestellt, also wissen wir genau, was los ist. Fünf krebskranke Kinder und drei mit psychiatrischen Problemen, bei denen die Behandlung nicht so durchgeführt werden konnte, wie sie hätte durchgeführt werden sollen, weil es wegen der Blockade an Medikamenten fehlte.

Wir haben ein systemisches Beispiel: (...) Das Medikament Antinomycin D, das für die Behandlung von krebskranken Kindern sehr wichtig ist, wurde bis 2009 von einer Firma in Mexiko hergestellt. Ein amerikanisches Unternehmen kaufte diese Firma auf und diese US-Firma war von da an die einzige Firma, die dieses Medikament herstellte, so dass die Kubaner das Medikament nicht mehr bekommen konnten und wir zehn Jahre lang



Foto: „X“ @francocavalli6



verpflichtet waren, es an Kuba zu liefern, da Kuba nicht in der Lage war, es zu kaufen. Jetzt können sie Generika aus China kaufen, aber 10 Jahre lang mussten wir das Medikament bereitstellen, weil es sonst unmöglich war, es zu bekommen.

Ich war bis vor kurzem Mitglied des Komitees der Weltgesundheitsorganisation, das festlegt, welches die Medikamente sind, die unverzichtbar sind. Das sind Medikamente, die jedes Land seinen Bürgern zur Verfügung stellen sollte. Nun, in dieser Liste gibt es eine ganze Reihe von Medikamenten, die Kuba nicht bekommt, entweder weil sie in den Vereinigten Staaten hergestellt werden und sie sie nicht kaufen können, oder weil sie jetzt so teuer sind, dass sie sie aufgrund der wirtschaftlichen Situation, die durch die Blockade verursacht wurde, nicht kaufen können.

Wir haben mit dem Institut Pedro Kourí (IPK) über einen sehr langen Zeitraum hinweg zusammengearbeitet, einem sehr wichtigen Institut in Kuba, das alles überwacht, was mit Infektionskrankheiten in Kuba zu tun hat. Alle Testproben mussten in ein Labor des IPK in Havanna geschickt werden, was nicht gut war, denn um die Proben von Santiago nach Havanna zu schicken, kam das Material oft erst an, als es schon zu spät war und manchmal gab es auch Transportprobleme in Kuba. Wir mussten also Wege finden. Als wir diese gefunden hatten, war es oft sehr schwierig, die finanziellen Transaktionen zu tätigen, um dafür zu bezahlen. So hat sich dieses sehr wichtige Projekt wegen der Blockade um Jahre verzögert.

Und das letzte Beispiel hat mit Covid zu tun. Im November 2020 war ich in Havanna, weil wir vor allem dem Finlay-Institut bei der Entwicklung der drei Soberana(-Impfstoffe), geholfen haben. Wir sollten einige Ausrüstungen liefern, die sie brauchten. Um es kurz zu machen, ich bin mir absolut sicher, dass Kuba ohne die Blockade und ohne die mit der Blockade verbundenen Schwierigkeiten in der Lage gewesen wäre, die Impfstoffe gegen Covid, die meiner Meinung nach fast so gut sind wie die, die wir in Europa hatten, wahrscheinlich sogar besser, mit weniger Nebenwirkungen, (...) viel schneller zu produzieren und auch die Impfkampagne viel schneller zu starten. Wir mussten Millionen von Spritzen und Nadeln zur Verfügung stellen, weil sie diese nicht hatten. Ich glaube also, dass Tausende von Menschen nicht an Covid gestorben wären, wenn sie das schneller hätten herstellen können,

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Franco Cavalli, Präsident von MediCuba Europa, Brüssel, 16.11.2023

Anzeige

FAIRPLAY FOR CUBA

Wirtschaftskrieg gegen Kuba beenden!

Schluss mit der kriminellen Drangsalierung
des kubanischen Volkes!

Es gelte Völkerrecht statt US-Faustrecht.

USA take Cuba off your Terror-List

UnblockCuba

Vereinigung Schweiz-Cuba

www.cuba-si.ch

IBAN: CH97 0900 0000 3003 6190 7



„Kuba, ein wichtiger Akteur bei der Friedenssicherung in Lateinamerika“

Mogens Lykketoft, ehemaliger Vorsitzender der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Mein Name ist Mogens Lykketoft, ich bin seit vielen Jahren in der dänischen Politik tätig und war von 2015 bis 2016 Präsident der UN-Generalversammlung. In dieser Zeit erlebte ich den sehr starken Widerstand aus der ganzen Welt gegen die amerikanische Blockade der kubanischen Wirtschaft, mit ihren exterritorialen Folgen.

Schiffe, die nach Kuba fahren, können nicht in Amerika landen und so weiter, und all dies hat natürlich im Laufe der Jahre die wirtschaftliche Entwicklung Kubas beeinträchtigt. Aber es wird auch als ein sehr schwerer Verstoß gegen jede Art von internationalen Normen verurteilt.

Wir hatten erwartet, dass diese jahrzehntelange Blockade endlich ein Ende finden würde, als sich Präsident Obama in seinen letzten Jahren als Präsident gegenüber Kuba öffnete und das Land im Frühjahr 2016 tatsächlich besuchte.

Kuba war zu dieser Zeit auch als wichtiger Akteur bei der Friedenssicherung in Lateinamerika anerkannt. Kuba und Norwegen waren die beiden Länder, die die Verhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-Widerstandsbewegung über einen Friedensschluss förderten. Ich war im Juni 2016 in Havanna auf Kuba, um mich mit denjenigen zu treffen, die über den Frieden verhandelten, darunter fast alle Präsidenten Lateinamerikas und auch der Generalsekretär der UNO und man erkannte, dass es sich (bei Kuba) nicht um einen „terroristischen Staat“ handelt, wie die Amerikaner sagen, sondern um einen Staat, der versucht, den Frieden in der Region zu fördern.

Ich habe mich auch mit dem kubanischen Außenminister Bruno Rodríguez getroffen, als ich Havanna besuchte. Es war ein sehr gutes Gespräch, und wir beide erwarteten, dass diese verrückte Blockadepolitik endlich ein Ende haben würde. Wir alle wissen, dass das nicht geschehen ist. Ich denke, die meisten Menschen, die die Entwicklung verfolgt haben, haben auch erkannt, dass es nicht passiert ist, weil Präsident Trump gewählt wurde, der die amerikanische Politik umgedreht hat, aber auch, dass die kubanischen Exilwähler, besonders im Staat Florida, in dem sehr heiklen Spiel um die amerikanische Präsidentschaft so wichtig geworden sind, dass selbst der jetzige Präsident nichts unternommen hat, um die unerträgliche Blockade gegen Kuba aufzuheben, trotz der Meinung der gesamten globalen Gemeinschaft.



Foto: General Assembly of the United Nations

Mogens Lykketoft, ehemaliger Vorsitzender der Generalversammlung der Vereinten Nationen, Brüssel, 16.11.2023

„Die Jugend hilft dabei, alternative Wege sozialer und politischer Systeme zu erlernen.“

Zeugenaussage von Brenda López vor dem Internationalen Tribunal gegen die US-Blockade

Zunächst möchte ich dem Internationalen Strafgerichtshof für die Gelegenheit danken, heute auszusagen.

In den USA wird uns vorgegaukelt, wir hätten gleichen Zugang zu Chancen und die Möglichkeit, mit der ganzen Welt in Kontakt zu treten und Ideen auszutauschen. Aber die Realität sieht ganz anders aus. Hier sind einige Beispiele dafür, was die US-Jugend aufgrund der 243 Sanktionen, die die USA gegen Kuba wegen „staatlich geförderten Terrorismus“ verhängt haben, verliert.



Brenda Lopez

Erstens: Die US-Blockade gegen Kuba verhindert einen wichtigen Austausch von Ideen und Erfahrungen zwischen jungen amerikanischen Studenten und Jugendlichen aus kubanischen und amerikanischen Bildungseinrichtungen. Insbesondere aufgrund der Aufnahme Kubas in die US-Liste der „Staaten die den Terrorismus fördern“, decken die Versicherungen von Hochschulen und Universitäten keine Reisen nach Kuba ab. Dies hat den Reise- und Bildungsaustausch zwischen den akademischen Einrichtungen auf der Insel und den USA erheblich eingeschränkt.

Wenn man kein Student ist, gibt es nur sehr begrenzte legale Genehmigungen, die es jungen US-Bürgern ermöglichen, nach Kuba zu reisen, ohne sich einer möglichen Strafverfolgung auszusetzen. Dies schränkt die Zahl der jungen Menschen, die nach Kuba reisen, stark ein und hat eine abschreckende Wirkung auf Menschen, die die Kultur, Kunst, Natur und alle anderen Aspekte des kubanischen Lebens kennenlernen wollen.

Zweitens: Die Arbeitsbedingungen und Löhne in den USA kommen seit jeher den Arbeitgebern und nicht den Arbeiterinnen und Arbeitern zugute. Mehr

als ein Viertel der Beschäftigten in der US-Landwirtschaft sind überwiegend junge Einwanderer, oft ohne Papiere. Sie arbeiten in der extrem ausbeuterischen und gesundheitsgefährdenden Landwirtschaft. Ohne Papiere oder Gesundheitsleistungen, droht den Organisatoren von Gewerkschaftsrechten und sichereren Arbeitsbedingungen, in diesen lebenswichtigen, aber geringwertigen Jobs, die die amerikanische Jugend ausüben muss, die Gefahr von Krankheit und/oder Abschiebung.

Die Blockade ist ein Versuch, den Gedankenaustausch und die Solidarität im Handeln, zwischen den Gewerkschaftsmitgliedern hier und unseren Kollegen in Kuba, zu verhindern. Ein Ende der Blockade würde mehr menschenwürdige Arbeitsplätze mit besseren Arbeitsbedingungen für die amerikanische und kubanische Jugend bedeuten.

Drittens: In den Vereinigten Staaten sind weniger als 6 Prozent der Medizinabsolventen schwarz oder braun. Junge Menschen, die davon träumen, in den USA Arzt zu werden, müssen im Durchschnitt 215.000 Dollar oder mehr an Schulden für die Ausbildung aufbringen. Im Bewusstsein der klassenbedingten und rassistischen Hindernisse auf dem Weg zu einer gleichberechtigten Teilhabe an der medizinischen Wissenschaft, hat Kuba die Lateinamerikanische Medizinschule ELAM gegründet, in der 47 Prozent der ausgebildeten Amerikaner schwarz und 29 Prozent lateinamerikanisch sind und nach ihrer Rückkehr in die USA in Gebieten arbeiten, in denen es an medizinischer Versorgung fehlt. Sie arbeiten dort, wo sich die meisten amerikanisch ausgebildeten Ärzte weigern, zu arbeiten.

Viertens: Die Blockade hat auch riesige Hindernisse für die Zusammenarbeit zwischen der kubanischen biotechnischen Industrie (...) und Wissenschaftlern in den Vereinigten Staaten geschaffen. Aufgrund der Blockade, der Reisebeschränkungen und des fehlenden Internetzugangs ist die Zusammenarbeit extrem schwierig. Amerikanische Fachzeitschriften veröffentlichen nur selten die Arbeiten kubanischer Forscher, und wenn sie es tun, haben kubanische Forscher wegen der Internetbeschränkungen keinen Zugang dazu. Damit wird einmal mehr eine Gelegenheit für Wissenschaftler und Forscher zunichte gemacht, sich zu vernetzen und gemeinsam an dringenden Problemen zu arbeiten, wie etwa der Covid-Pandemie, von der Menschen weltweit betroffen sind.

Fünftens: Die US-Landwirte würden gerne mehr landwirtschaftliche Erzeugnisse an Kuba verkaufen, können dies aber aufgrund der Blockade nicht. In Cleveland, wo ich derzeit lebe, hat der Stadtrat eine Resolution verabschiedet, in der ein Ende der Blockade gefordert wird. In der Entschließung heißt es, man sei besonders besorgt über die durch die Blockade verursachten Einbußen für die Landwirte und Hersteller in Ohio, die Produkte zu verkaufen haben, die Kuba kaufen möchte. Es wird geschätzt, dass die USA wegen der Blockade jedes Jahr eine Milliarde Dollar an Einnahmen über verhinderte Agrarexporte verlieren. (...) Ein Anstieg der US-Exporte nach Kuba würde mehr junge Menschen in den Betrieben, Fabriken und Einzelhandelsgeschäften fördern. Exporte in die USA würden sowohl der kubanischen als auch der amerikanischen Wirtschaft helfen.



Eine der größten US-Jugenddelegationen in Kubas jüngster Geschichte
Foto: Zoe Alexandra / Peoples dispatch

Sechstens. Die US-Jugend interessiert sich eindeutig für den Zustand unserer Umwelt, wie man an den aktuellen Klimastreiks sehen kann, bei denen Zehntausende von Jugendlichen auf die Straße gegangen sind, um ihre Ängste und Befürchtungen über die Untätigkeit der Verantwortlichen bei der Bewältigung unserer Klimakrise zum Ausdruck zu bringen. Anders in Kuba, das die aktuellen Umweltprobleme mit seinem Umweltplan „Tarea vida“ angeht. Schon der Name deutet auf den humanitären Ansatz hin, den die Kubaner gegenüber dem Klimawandel verfolgen.

Dies hat sich bei den Unterschieden in der Reaktion auf Hurrikane gezeigt. Nehmen wir zum Beispiel den Hurrikan „Isabel“, bei dem 2003 mehr Amerikaner starben, als Kubaner bei sechs großen Wirbelstürmen im Zeitraum von 1996 bis 2002. Aus diesem Grund hat die UNO das Land wiederholt als globales Modell für die Risikominderung und die Vorbereitung auf den Klimawandel angeführt. Infolge der Blockade kann die Jugend weltweit nicht bei der Bekämpfung des Klimawandels zusammenarbeiten und Präventivmaßnahmen ergreifen, so wie wir bereits gegen die durch Gier verursachten Klimakatastrophen kämpfen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass junge Menschen in den USA nach Alternativen und Lösungen für ein System suchen, das immer wieder zeigt, dass es nicht unser bestes Interesse im Sinn hat. In der Tat unterstützen die meisten amerikanischen Jugendlichen die Blockade nicht. Wenn die US-Regierung uns daran hindert, mit anderen in Kontakt zu treten und gemeinsam eine bessere Zukunft aufzubauen, stellt sich die Frage: Was ist es eigentlich, das sie vor uns verbergen wollen? Denn was ich gesehen habe, als ich Kuba besuchte und erlebte, unterscheidet sich sehr von dem, was mir die wichtigsten englischen und spanischen Medien, einschließlich der Unterhaltungsmedien, schon beim Aufwachsen erzählt hatten. Und deshalb fordere ich die USA respektvoll auf, die Blockade zu beenden und Kuba von der Liste der „staatlichen Förderung des Terrorismus“ zu streichen.

Die Jugend hilft dabei, alternative Wege sozialer und politischer Systeme zu erlernen und zu erfahren, um uns allen zu helfen, ein System zu schaffen, das humanitärer und kooperativer ist.

Danke

Zeugenaussage von Brenda López, Hands of Cuba, USA, Brüssel, 16.11.2023

„Wenn es in der Welt eine Krise gibt, dann ist das für Kuba eine Katastrophe, denn die Blockade versucht, eine Katastrophe herbeizuführen.“

Zeugenaussage von Michele Curto vor dem Internationalen Tribunal gegen die US-Blockade

Wie der Welthandel funktioniert, wurde vorher erklärt, das wissen Sie sehr gut. Der Welthandel verwendet normalerweise eine Bilanz, um sich darzustellen. Export, Import, paradoxerweise etwas sehr Ähnliches wie das, was das Justizsystem verwendet. Normalerweise exportieren und importieren alle Länder, insbesondere um ihre Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Fast jedes Land der Welt, jedes Entwicklungsland, muss importieren und natürlich seine Exporte steigern.

Kuba ist eines der wenigen Beispiele, von denen ich weiß, dass sie es nicht wie alle anderen machen können. Ich spreche von unserer Erfahrung. Wir sind heute der Hauptexporteur von Kaffee, Kakao, Zucker, Kokosnuss und Bioprodukten in die ganze Welt.

Und ich habe auch die entsprechenden Kompetenzen. Ich werde ein Beispiel aus der Dominikanischen Republik geben. (...) Wenn ich einen Container aus der Dominikanischen Republik anbiete, ist ein 20-Fuß-Container heute 1.300 Dollar wert. In Santiago de Cuba, wohin ich für unsere Produkte transportiere, habe ich keine 20-Fuß-Container. Weil diese nicht verfügbar sind, muss ich in 40-Fuß-Containern exportieren, und sie kosten mich heute 4.000 Euro. Das ist fast dreimal so viel. Nein, nein, nein, die Blockade ist ein Multiplikator, denn bei jedem Schritt in der Welthandelskette kommt die Blockade hinzu und erhöht die Kosten. Es ist also nicht ein Plus, es ist das Dreifache für denselben Wert. Noch vor ein paar Monaten, als die Logistik zunahm, war es das Vierfache.

Wenn es in der Welt eine Krise gibt, dann ist das für Kuba eine Katastrophe, denn die Blockade versucht, eine Katastrophe herbeizuführen, und das ist nicht nur eine Frage des Preises, sondern eine Frage der Verfüg-

barkeit. Ich habe zwei Schiffe pro Monat aus Santiago de Cuba. Mein Konkurrent aus Dominica 4 oder 5 pro Woche. Ich brauche 40 Tage länger als mein Konkurrent aus der Dominikanischen Republik, 15 bis 18 Tage. Und ich muss über Halifax, über Kingston und über Cartagena de los Indios gehen. Ich muss zwei- oder dreimal Container hin und zurück fahren und zusätzlich eine Versicherung bezahlen. Mein Konkurrent braucht das nicht zu tun, er geht direkt zum europäischen Hafen. Ich kann das nicht. Glauben Sie jetzt, dass wir das gleiche Spiel spielen? Nein, nein, nein, wenn sie mich fragen, und ich sage: „sie können die Hand im Spiel haben, aber uns treten sie mit dem Fuß“. (...)

Danke, der eigenen Wettbewerbsfähigkeit Kubas, denn ich erinnere mich immer daran, dass Kuba 1 % der Bevölkerung Amerikas stellt, aber 12 % der Hochschulabsolventen. Wie können wir also unsere Wettbewerbsfähigkeit durch die Anwendung von Wissenschaft und Technologie wie-

derherstellen? (...) In diesem Gleichgewicht von Geben und Nehmen, Verdienen und Bezahlen, ist es etwas, das von der Exportpalette genommen wird und das schließe ich von der Möglichkeit des Handels zwischen den Wirtschaftsbranchen aus.

Lassen Sie mich Ihnen ein sehr konkretes Beispiel geben. Die europäische Politik des ökologischen Umbaus sieht die Umrüstung der Häuser vor. Das sogenannte „grüne Haus“. Eine der besten Naturfasern ist die Kokosfaser zur Isolierung. Kuba ist ein großer Produzent von Fasern sehr guter Qualität. Sie konkurriert nicht mit der Lebensmittelsicherheit und wir werden einen Auftrag für mindestens 300 Container haben. Wir können sie aber nicht exportieren, weil die Gründe, die ich zuvor erläutert habe, es unwirtschaftlich machen, diese Produkte zu exportieren.



Michele Curto

Und es ist nicht nur eine Frage des Exports. Es ist eine Frage des Imports, denn wenn mir jemand einen schweren Rucksack aufsetzt, was kann er dann tun, um mich zu einem unbeschwerten Exporteur zu machen? Wenn ich Technologie importiere, verbessert das den Mehrwert des Produkts, das ich exportiere.

Was kann unser Landwirt machen, wenn eine Wasserpumpe in Kuba doppelt so teuer ist. (...). Ich habe die Daten und ich möchte sie vorstellen, weil ich denke, dass sie sehr wichtig sind: Ein System mit einem Risiko von plus 120 % verglichen mit den anderen Ländern der Region, motorisierte Aussaat plus 150 % verglichen mit den Ländern der Region, Dünger und Herbizide plus 220 % im Vergleich mit den Ländern der Region. Und den Kubanern geht es gut, sehr gut, denn trotz dieser enormen Belastung haben sie versucht, Lösungen zu finden. Deshalb sind sie auch führend bei ökologischen Produkten. (...) Ein Vorgang zur Bezahlung eines Produkts, das wir kaufen, sieht so aus: Ich habe drei Leute im Büro, nur um die Zahlungen zu organisieren. Das ist nicht normal für ein Unternehmen.

Lassen Sie mich noch eine letzte Sache sagen. Normalerweise bringt man vor Gericht Beweise und Fakten vor, wie wir es versucht haben, aber auch eine Meinung über den kriminellen Charakter der Blockade. Als Covid zuschlug, schien es nicht schwierig zu sein, Kuba in seiner Situation zu unterstützen, wegen der medizinischen Hilfe, die wir in meiner Stadt Turin durch Kuba erhielten. Wir hatten bereits zusammen mit vielen Organisationen fast 300.000 Euro gesammelt. Sie fragten nach Atracurium nach, einer der Muskelrelaxantien, die für die Patienten bei Operationen und in der Intensivmedizin notwendig waren, und wir stellten die Geschäftskapazitäten von Exporteuren und Importeuren für diesen Dienst zur Verfügung. Wir stellten mehrere Apotheker ein, wir schlossen mehrere Verträge, als wir endlich alle Grundlagen hatten, als wir schließlich als Krankenhausarzneimittel den Bestimmungsort deklarierten, „verschwand“ plötzlich das Atracurium.

Es ist Gewalt, wenn ein Arzt einen Patienten ohne ein Muskelrelaxans intubiert. Als Geschäftsmann und als Europäer erkläre ich dies nicht nur für ungerecht. Ich erkläre es für kriminell.

Vielen Dank

Michele Curto, Agentur für kulturellen und ökonomischen Austausch mit Kuba, Italien.
Brüssel, 16.11.2023

„Wir leben in Zeiten, in denen die Macht auf die Komplizenschaft der öffentlichen Meinung oder zumindest auf deren stille Resignation angewiesen ist.“

Zeugenaussage von Pascual Serrano vor dem Internationalen Tribunal gegen die US-Blockade

Mitglieder des Gerichts, Staatsanwälte und die breite Öffentlichkeit, wir leben in Zeiten, in denen die Macht auf die Komplizenschaft der öffentlichen Meinung oder zumindest auf deren stille Resignation angewiesen ist. In diesem Fall müssen die Vereinigten Staaten ein hohes Maß an öffentlicher Zustimmung erreichen, um ihre extraterritorialen und damit illegalen Maßnahmen auf der Insel Kuba zu rechtfertigen. Sie müssen ständig auf ihren Behauptungen beharren, auch wenn sie falsch sind, und sie müssen den Diskurs der Gegenpositionen unterdrücken, um zu verhindern, dass ihre Lügen aufgedeckt werden. Und dafür steht ihnen ein wichtiges Instrument zur Verfügung: die Medien.

Im Strafrecht ist ein notwendiger Mittäter eine Person, die, ohne Täter einer Straftat zu sein, an deren Ausführung mit einer Handlung mitwirkt, ohne die die Straftat nicht begangen worden wäre. Wenn also eine Regierung eine Straftat begeht, indem sie beispielsweise ein Land blockiert, um es daran zu hindern, seine Handelsbeziehungen mit dem Rest der Welt zu entwickeln, seine Kultur oder Wissenschaft zu teilen oder Zugang zu denselben Ressourcen wie der Rest der Menschheit zu haben. Es ist logisch, dass die Medien, die es ihm ermöglichen, die öffentliche Meinung zu überzeugen oder zu manipulieren, damit sie sich nicht gegen dieses Unrecht auflehnt, zu notwendigen Mittätern werden. Der notwendige Mittäter greift insofern grundlegend ein, als ohne ihn das Verbrechen nicht hätte begangen werden können. Es bleibt uns also, die Handlungen und Interventionen der Medien zu definieren, die sie zu notwendigen Mitwirkenden an dem Verbrechen der Blockade gegen das kubanische Volk machen. Mit ihren Interventionen gelingt es diesen Medien, die Tricks der



Pascual Serrano

USA, die Blockade gegen Kuba zu rechtfertigen und ihr durch Antagonismus und Desinformation, Konsens und gesellschaftliche Legitimität zu verleihen, und dies in die Köpfe ihres Publikums einzupflanzen.

Wenden wir uns nun diesen Maßnahmen zu.

Erstens, die Verbrechen der Blockade zu verschweigen, d. h. die Öffentlichkeit nicht über den Schaden zu informieren, den die Blockade dem kubanischen Volk zugefügt hat.

Zweitens, die Verbreitung der Behauptung aus den Vereinigten Staaten, dass „Kuba den Terrorismus unterstützt“, um die Blockade zu rechtfertigen; zunächst in Afrika, wo die Geschichte gezeigt hat, dass Kuba gegen die Apartheid gekämpft hat, dann in Lateinamerika, wo wie bekannt, Kuba gegen die von den Vereinigten Staaten unterstützten Diktatoren gekämpft hat.

Der Vorwurf der Menschenrechtsverletzungen stützt sich auf die „Existenz politischer Gefangener“, die „Unterdrückung oder die Verfolgung der Meinungsfreiheit“. Es genügt, die Kriterien der Rechte und Freiheiten in den mit den Vereinigten Staaten befreundeten Ländern wie Saudi-Arabien, Marokko oder Israel oder in den Vereinigten Staaten selbst zu vergleichen, um festzustellen, dass in all diesen Ländern mehr Rechte fehlen, mehr Gefangene existieren und mehr Unterdrückung herrscht als in Kuba.

Die Unwahrheit aufrechtzuerhalten, dass es in Kuba keine Wahlen gibt oder dass die kommunistische Partei die Parlamentsabgeordneten bestimmt, wie auch auf der Unwahrheit über das Vermögen ihrer Führer zu beharren, wie im Fall über Fidel Castro.

Drittens wird die kubanische Regierung immer wieder für viele Probleme verantwortlich gemacht, die eine Folge der Blockade sind. Für sie ist jedes Problem in Kuba die Schuld ihrer Revolution und ein Zeichen für das Scheitern des Sozialismus. Es ist merkwürdig, dass sie bei einem wirksamen Generalstreik oder einer Revolte in kapitalistischen Ländern nie die gleichen Kriterien anwenden, um zu sagen, dass dies ein Versagen des Kapitalismus ist.

Viertens, verhindern, dass die Stimme der kubanischen Regierung und des kubanischen Volkes gehört wird. Jeden Tag und jede Stunde erheben sich aus Kuba die Stimmen der Bürger, die unter der Blockade leiden und den Mangel an Medikamenten, den Mangel an Computertechnologie sowie den Mangel an Bildungsmaterial anprangern.

Fünftens, die Stimme der Gruppen, die sich mit dem kubanischen Volk solidarisch zeigen und die Blockade anprangern, zum Schweigen zu bringen. Bereits jetzt, ohne weiter darauf einzugehen, wird die notwendige Zusammenarbeit in einem Maße stattfinden, das dieses Gericht mit Sicherheit zum Schweigen gebracht wird.

Sechstens, die Geschichte der Aggressionen der US-Regierungen gegen Kuba vertuschen. Das heißt, der öffentlichen Meinung genügend an Kontext und Geschichte vorzuenthalten, welche die Schwierigkeiten verstehen ließen, mit denen Kuba und seine Revolution seit Jahrzehnten konfrontiert sind – Invasionsversuche, Bombardierungen, chemische und biologische Aggressionen.

Siebtens, und ich schließe damit, dass die Errungenschaften der kubanischen Revolution geleugnet werden, um zu verhindern, dass sie ein Beispiel für andere Völker werden. Dies ist ein Verbrechen, dem nicht nur Kuba, sondern alle Völker der Welt zum Opfer fallen, die diese Fortschritte weder kennen noch genießen können. Fortschritte wie die verschiedenen Impfstoffe gegen Covid, andere Medikamente und die Behandlung anderer Krankheiten wie Lungenkrebs, kulturelle Fortschritte in der Musik oder im Kino, die der Menschheit vorenthalten oder verschwiegen werden.

All diese Beispiele zeigen, dass die US-Regierung, ihre westlichen Verbündeten und die großen Medienkonzerne vorsätzlich und konspirativ ein Verbrechen begehen. Letztere greifen nicht nur das Recht des Volkes an, ohne Blockade zu leben, sondern auch das Recht der Bürger außerhalb Kubas, genaue Informationen zu erhalten.

Vielen Dank

Pascual Serrano, Journalist für Medien und Kommunikation, Spanien
Brüssel, 16.11.2023

Die tiefgreifenden Folgen der US-Blockade für die kubanischen Frauen

Skevi Koukoumas, Vorsitzende der Panzyprischen Föderation von Frauenorganisationen

Ich bin im Namen der Internationalen Demokratischen Frauenföderation hier, und wir halten es für unsere Pflicht, die Auswirkungen der Blockade der Vereinigten Staaten gegen Kuba zu erörtern, wobei wir uns besonders auf die tiefgreifenden Folgen für die kubanischen Frauen konzentrieren.

Wir sollten nicht vergessen, dass es sich hier um eine geopolitische Frage handelt, aber wir müssen berücksichtigen, dass dies eine wichtige Menschenrechtsfrage aufwirft. Die Statistiken verdeutlichen das Ausmaß des Problems, aber es liegt in unserer Verantwortung, diese Zahlen in sinnvolle Maßnahmen umzusetzen. Wir müssen uns für eine Politik einsetzen, die das Wohlergehen der kubanischen Frauen in den Vordergrund stellt und die Hindernisse beseitigt, die ihren Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung, Beschäftigung und unternehmerischen Möglichkeiten behindern. Die Hindernisse sind nicht Kubas sozioökonomisches System, sondern die Politik, die politischen und wirtschaftlichen einseitigen Sanktionen, die die Vereinigten Staaten verhängt haben.

Kuba ist ein Land, das seit vielen Jahren eine schreckliche Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade und harte diplomatische Vergeltungsmaßnahmen gegen seine politische Haltung ertragen muss. Dennoch ist es Kuba gelungen, die Gleichstellung der Geschlechter trotz der wirtschaftlichen Auswirkungen der Blockade auf bewundernswerte Weise voranzutreiben. Kuba hat die Mehrheit der Industriestaaten bei der politischen Ermächtigung der Frauen überholt. Der Frauenanteil im Parlament liegt bei über 55 Prozent, in Staats- und Regierungsämtern bei 51,5 Prozent bei den Mitgliedern des Staatsrats bei 52,3 Prozent, in Ministerämtern bei 48,5 Prozent und bei den gewählten Gouverneuren und stellvertretenden Gouverneuren bei 53,5 Prozent.

Ich werde mich auf den Oxfam-Bericht aus dem Jahr 2021 und die Statistiken konzentrieren, die durch eine detaillierte Analyse und die vorgestellten Beispiele dazu dienen, die Situation zu belegen, die auf soliden Beweisen basiert und die direkten Auswirkungen der Blockade auf das tägliche Leben der Frauen verurteilt, welche die Folgen der feindseligen Politik ertragen, die ihre Chancen auf Autonomie und Entwicklung schmälert. Die unterschiedlichen Auswirkungen der Blockade auf Frauen hat die Kluft zwischen den Geschlechtern fortbestehen lassen und die Frauen daran gehindert, ihre Ziele zu verwirklichen.

Der Bericht beschreibt, wie die Wirtschaftsblockade zu einem schwindelerregenden Rückgang des kubanischen BIP geführt hat, wobei sich die Verluste Schätzungen zufolge jährlich auf mehrere Milliarden belaufen. Diese Zahlen mögen zwar abstrakt erscheinen, haben aber konkrete Auswirkungen auf das Leben der kubanischen Frauen. Der Bericht enthält viele Statistiken, aber wir sollten dahinter sehen. Es handelt sich nicht um einfache Datenpunkte, sondern um Individuen mit Hoffnungen, Träumen und einem angeborenen Recht, auf ein Leben frei von den Erschütterungen wirtschaftlicher Widrigkeiten. Aus den Statistiken geht hervor, dass die Blockade den Zugang Kubas zu lebenswichtigen medizinischen Ressourcen und Technologien einschränkt.

Frauen, die in vielen Haushalten die Hauptsorgenden sind, sind unmittelbar von der Knappheit an Medikamenten und medizinischer Ausrüstung betroffen. Die mütterliche und reproduktive Gesundheit ist gefährdet, was zu wachsenden Herausforderungen für werdende Mütter und ihre Familien führt. Im Jahr 2019 gab es fast eine halbe Million Fachkräfte im Gesundheitswesen, 71 Prozent davon waren Frauen. Frauen stellen auch die Mehrheit der medizinischen Fachkräfte in Kubas medizinischen Missionen in über 60 Ländern.

Frauen in der Wissenschaft machen 53 % der Beschäftigten in diesem Sektor aus, und viele dieser Wissenschaftler, die an den klinischen Versuchen für Kubas Covid-19-Impfstoffkandidaten arbeiten, sind Frauen. Für kubanische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bedeuten die praktischen Beschränkungen der Blockade, die unermüdliche innovative Anstrengungen erfordern, oft lange Arbeitszeiten, die das Gleichgewicht zwischen Arbeit, Familienleben und persönlicher Zeit stören. Trotz der Fortschritte bei der Verbesserung des Zugangs zur Informationstechnologie hat die Blockade den Einsatz neuer Technologien gebremst und die kubanischen Bildungsbehörden gezwungen, auf ältere Methoden zurückzugreifen.



Skevi Koukoumas
Foto: AKEL

Kubanerinnen und Kubaner mit Behinderungen haben aufgrund der Blockade (...) keinen Zugang zu Geräten und Software, die für die soziale Eingliederung und persönliche Autonomie sehr wichtig sind und ihre Lebensqualität und Gesundheit verbessern.

Die Blockade führt zu wirtschaftlicher Not und beeinträchtigt die unternehmerischen Möglichkeiten der Frauen und verschärft die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in der Arbeitswelt. Dies behindert nicht nur die wirtschaftliche Teilhabe, sondern verfestigt auch den Kreislauf der Abhängigkeit. Statistische Analysen der Haushaltseinkommen und -ausgaben unterstreichen die Schwierigkeiten, mit denen kubanische Frauen konfrontiert sind, wenn sie sich bemühen, die Grundbedürfnisse ihrer Angehörigen zu erfüllen.

Kuba unternimmt besondere Anstrengungen, um Menschen zu unterstützen und in den Entwicklungsprozess einzubeziehen, die aufgrund ihres Alters, ihrer sexuellen Orientierung oder Identität, ihres Wohnorts, ihres Bildungsniveaus, ihrer Hautfarbe oder ihres körperlichen oder geistigen Zustands oder ihrer Fähigkeiten benachteiligt sind, da sie von der Blockade besonders stark betroffen sind.

Indem wir die negativen Auswirkungen der ungerechten Blockade auf die kubanischen Frauen ansprechen, stehen wir nicht nur für das Prinzip der Fairness und Menschlichkeit, sondern tragen auch zum Aufbau einer Welt bei, in der jede Frau, unabhängig von ihrer Nationalität, ihre Träume und Wünsche verwirklichen kann: durch die Abschaffung der wirtschaftlichen Ungerechtigkeit, die nur den Interessen der USA und ihrer Verbündeten dient, die sich als mächtige globale Torwächter des Planeten aufführen.

Vielen Dank

Skevi Koukoumas, Vorsitzende der Panzyprischen Föderation von Frauenorganisationen (POGO),
Brüssel, 16.11.2023

Anzeige

#UnblockCuba

Wirtschaftskrieg gegen Kuba beenden!

Jedes Jahr verurteilt die
UN-Vollversammlung mit großer
Mehrheit die US-Blockade gegen Kuba.

Dennoch unterstützen europäische
Länder weiterhin die völkerrechts-
widrige Blockade. Schluss mit der
Komplizenschaft!

Worten müssen endlich Taten folgen:
Wirtschafts-, Handels- und
Finanzblockade aufheben!

*Informiere Dich!
Werde aktiv!*

www.unblock-cuba.org

**WERDE MITGLIED DER ÖSTERREICHISCH-KUBANISCHEN
GESELLSCHAFT UND UNTERSTÜTZE DAS SOZIALISTISCHE KUBA!**


www.cuba.or.at

„Dies ist die traurige Rolle der Medien bei der Blockade gegen Kuba und bei der Kriminalisierung von Journalisten“

Zeugenaussage von José Manzaneda, Journalist und Betreiber des Onlineportals Cubainformación, über den Medienkrieg gegen Kuba und Versuche kubasolidarische Publikationen zum Schweigen zu bringen.

Der Zeuge Pascual hat dargelegt, wie die Medien die US-Blockade gegen Kuba in den Augen der öffentlichen Meinung legitimieren, und ich stimme seinen Argumenten zu. Aber neben der Legitimierung gibt es viele Medien, die direkt an der Umsetzung dieser Blockade mitwirken, und darauf werde ich mich konzentrieren.

Die zivilen Organisationen der so genannten Anti-Castro-Bewegung sind eine mächtige Lobby, die in Abstimmung mit Washington, die Zerstörung jeder Einnahmequelle der kubanischen Wirtschaft anstrebt (...). Zu diesem Zweck werden sie von den Medien in Form eines dreifachen Rings unterstützt.

- Der eine besteht aus Dutzenden von digitalen Medien, die von der US-Regierung finanziert werden und das Wort Kuba in ihrem Namen tragen.

- Der zweite, der sich aus Zeitungen, Radio- und Fernsehsendern im Bundesstaat Florida zusammensetzt (...).

- der dritte sind wichtige internationale Medienkonzerne in den Vereinigten Staaten, Lateinamerika und Europa.

Diese Medienstruktur dient nicht nur der Rechtfertigung der Blockade, sondern auch der Aktivierung ihrer Umsetzung.

Vier wichtige Sektoren der kubanischen Wirtschaft sind auf diese Weise betroffen.

- Ein Beispiel ist der Tourismus. Gerüchte und aus dem Zusammenhang gerissene Informationen werden von bestimmten Medien in alarmierende Nachrichten verwandelt, um von Besuchen in Kuba abzuschrecken. Gleichzeitig wird jedes neue Reiseverbot, das vom Weißen Haus erlassen wird, von den Anti-Castro-Medien bejubelt, während die internationalen Konzernmedien, einschließlich der europäischen Medien, ohne jede kritische Analyse darüber berichten. Besonders auffällig ist das Schweigen der europäischen Medien angesichts einer der jüngsten Maßnahmen der US-Regierung, die den europäischen Tourismus nach Kuba erschweren soll. Die Visumpflicht für jeden, der Kuba schon einmal besucht hat.

- Eine zweite Linie sind ausländische Investitionen. Anti-Castro-Organisationen informieren die Medien über Handels- und Investitionsabkommen zwischen dem kubanischen Staat und ausländischen Unternehmen mit dem Ziel, Washington dazu zu bringen, das Helms-Burton-Gesetz auf sie anzuwenden.

- Drittens werden die pharmazeutische Industrie, die Impfstoffe, die Produkte der kubanischen biopharmazeutischen Industrie in der Presse diffamiert, was die Einnahmen für ihre Vermarktung verringert. Ein Beispiel dafür war die heftige Lügenkampagne über die Anti-Covid-Impfstoffe oder die Kampagne, deren Epizentrum derzeit in Mexiko ist, mit genau dem gleichen Thema und

- Viertens, die internationalen medizinischen Abkommen mit einigen Ländern und zwar in den ärmsten Ländern. Kuba trägt dort alle Kosten der Zusammenarbeit. Das Gesundheitsministerium der Insel erhält einige Einnahmen, die zur Unterstützung des öffentlichen Gesundheitssystems der Insel beitragen. Wir können Hunderte von Nachrichtenberichten lesen, die uns weismachen wollen, dass diese medizinischen Abkommen ein Geschäft des kubanischen Regimes seien, das auf Arbeitssklaverei beruhe.

Nun, dieser letzte Punkt dient mir dazu, darüber zu sprechen, wie sich die Berichterstattung über die Blockade auf mich als Journalist ausgewirkt hat. Denn gerade wegen eines Berichts im Jahr 2020, in dem ich die gemeinsame Arbeit der Organisation „Prisoner Defenders“ und des Außenministeriums, bei der Zerstörung der erwähnten kubanischen medizinischen Vereinbarungen dargelegt habe, sehe ich mich heute mit einer Strafanzeige wegen Verleumdung und Hassverbrechen konfrontiert, in der eine Haftstrafe von sechs Jahren und eine Entschädigung von 50.000 Euro gefordert wird. Sie wird vom Präsidenten von „Prisoner defenders“ gegen mich und gegen die Rechtsvertretung der Vereinigung Euskadi-Cuba vorgelegt, die damals Eigentümerin der Website Cubainformación war. Das journalistische Material entlarvt die Lügen über die kubanische medizinische Zusammen-



José Manzaneda
Foto: Cubaperiodistas

arbeit und erklärt, dass das Ziel dieser Angriffe darin besteht, Kuba die wirtschaftlichen Ressourcen zur Aufrechterhaltung seines Gesundheitssystems zu entziehen. Die Arbeit hat offensichtlich die Glaubwürdigkeit und die Lobbyarbeit von „Prisoner Defenders“ beschädigt, die beschlossen, gegen den Journalisten vorzugehen (...).



Was nach Meinung vieler Quellen eine Kriegshandlung oder ein Teil des asymmetrischen Krieges gegen die Insel ist, sollte als Kriegsverbrechen betrachtet werden. Dies ist der Kern der Beschwerde, eine journalistische Übertreibung, die sich klar auf die „Kriegsverbrecher“ gegen die kubanische medizinische Zusammenarbeit bezieht.

Diese Klage ist ein Angriff auf die Pressefreiheit, der darauf abzielt, mich zum Schweigen zu bringen und die Medien von Cubainformación zu schließen. Aber das ist nicht die einzige Möglichkeit, uns zu kriminalisieren. Den „Prisoner defenders“ ist es gelungen, wichtige Zeitungen dazu zu bringen, ohne das geringste Recht auf Gegendarstellung notorische Unwahrheiten gegen die Organisation Euskadi-Cuba und Cubainformación zu verbreiten.

Ungeachtet des Motivs der Klage in einer eklatanten Ausnutzung des Gerichtsverfahrens, in dem wir sogar beschuldigt wurden, europäische Kooperationsgelder für kubanische Geheimdienstarbeit zu erhalten und Europa und Spanien zu destabilisieren. Aus benanntem Artikel geht klar hervor, dass es sich bei diesen Geldern um Subventionen für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit handelt, die von Kuba verwendet wurden, um Genossenschaften mit Bewässerungsanlagen, Gewächshäusern oder Traktoren auszustatten. Dies ist die traurige Rolle der Medien bei der Blockade gegen Kuba und bei der Kriminalisierung von Journalisten und Vereinigungen, die gegen diese Politik des Krieges gegen ein unschuldiges Volk kämpfen.

Vielen Dank

José Manzaneda, Brüssel. 16. November 2023

Anzeige



Sevim Dağdelen/Annette Groth/Norman Paech (Hg.)

Erkämpft das Menschenrecht!

Für Frieden, Antifaschismus, Internationalismus und Kultur

ISBN 978-3-89438-830-0 | 163 Seiten | € 16,-

Ob mit Bezug auf das Erbe antikolonialer Befreiung oder auf das Los Kubas; ob in der Sorge, wie die UNO zuungunsten der NATO zu stärken ist; ob gedrängt von den Signalen des Globalen Südens oder auf der Suche nach Konturen einer tragfähigen Friedenslösung für die Ukraine oder in Nahost: Geleitet ist der Band von der Idee, das Menschen- und Völkerrecht möge international »zum Durchbruch dringen«.

Mit Beiträgen u. a. von Susanna Böhme-Kuby, Sevim Dağdelen, Daniela Dahn, Annette Groth, Luc Jochimsen, Norman Paech und Nirit Sommerfeld. Mit Grußworten von Juana Martínez González, Botschafterin der Republik Kuba, und Fernando González Llort vom Kubanischen Institut für Völkerfreundschaft (ICAP).

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de

„Wir leben in Zeiten, in denen die Macht auf die Komplizenschaft der öffentlichen Meinung oder zumindest auf deren stille Resignation angewiesen ist.“

Zeugenaussage von Luis Morlote vor dem Internationalen Tribunal gegen die US-Blockade

Ich danke Ihnen, Herr Präsident,

zunächst einmal für die Gelegenheit, im Namen der kubanischen Schriftsteller und Künstler hier zu sein. Kuba und sein Volk sind zutiefst dankbar für die Solidaritätsbekundungen und die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für ihre legitime Forderung, dieses ungerechte, illegale und grausame System von Zwangsmaßnahmen, wie es heute hier zum Ausdruck gebracht wurde, die einseitig gegen das kubanische Volk verhängt werden und auch die Kultur und ihre Schöpfer betreffen, wieder und ohne Bedingungen zu beenden.

Im Bereich der Kultur behindert die Blockade die Suche nach Marktnischen und Geschäftsmöglichkeiten,

erzwingt zahlreiche technologische und materielle Hindernisse, verhindert die Förderung und Verbreitung und drückt die minimale Kommerzialisierung von Talenten auf minimale Werte. Die Verkaufspreise und der Genuss unserer Kunst durch breite Bevölkerungsschichten in der ganzen Welt sind stark eingeschränkt und auch die Möglichkeit für

"El Bloqueo dificulta la búsqueda de nichos de mercados y oportunidades de negocios; obliga a lidiar con numerosos obstáculos tecnológicos y materiales; impide la promoción, difusión y comercialización mínima de los talentos; deprime a valores ínfimos los precios de venta y limita enormemente el disfrute de nuestro arte por las amplias masas poblacionales de todos los continentes del planeta, desde hace varias décadas".

Testigo: Luis Morlote

Presidente de la Unión de Escritores y Artistas de Cuba

UNBLOCK CUBA
UNBLOCK US



Luis Morlote

viele internationale Künstler, Kuba zu besuchen, wird behindert.

Die Vereinigten Staaten sind einer der wichtigsten Märkte für die Kommerzialisierung von Kulturprodukten. Es ist unmöglich, unsere Waren und Dienstleistungen direkt in diesem Bereich anzubieten, da die wichtigsten und repräsentativsten transnationalen Unternehmen weltweit vom US-Kapital beherrscht werden und ihre Interessen nicht im Widerspruch zu den Diktaten der völkermörderischen Blockade stehen können.

Der extraterritoriale Charakter dieser Sanktionen erschwert und verhindert zuweilen die Aufnahme normaler Handelsbeziehungen zwischen unseren Unternehmern und ihren Partnern in anderen Ländern. So müssen kubanische Kreative in Bereichen wie der bildenden und angewandten Kunst, deren Waren auf den internationalen Märkten gefragt sind, von weit her eingekauft werden. Da der nordamerikanische Markt sehr nahe liegt, dauert es in der Regel zwischen zwei und zweieinhalb Monaten, bis die von unseren Künstlern benötigten Waren eintreffen. Und das liegt natürlich an den diskriminierenden Kontrollen im Ausland, an den Umladevorgängen, an den Schwierigkeiten beim Zugang zu den Verschiffungshäfen und an der Notwendigkeit, auf Märkte zurückzugreifen, die, wie gesagt, sehr weit entfernt sind, um die von uns benötigten Materialien zu erhalten. Im Falle der Kultur bis zum Vierfachen des Anschaffungspreises.

Unsere Kunstschulen, die auch international für die hohe Anerkennung der kubanischen Kunsterziehung bekannt und geschätzt sind, die von der Grundschule bis zur Universität kostenlos ist, und die sich im ganzen Land befinden, sind von der Blockadepolitik stark betroffen. Der Kauf und der Transport von Materialien und Hilfsmitteln, um die künstlerische Ausbildung unserer Studenten am anderen Ende der Welt zu gewährleisten, bedeutet hohe Kosten. Es gibt auch eine anhaltende Blockade der persönlichen Konten der mit der Kultur verbundenen Institutionen.

Es muss gesagt werden, dass mehrere der Zeugen über die Bedeutung der kubafeindlichen Propaganda gesprochen haben, die versucht, die Errungenschaften und Werte der Gesellschaft in den digitalen Medien und in den amerikanischen Medien zu untergraben.

Es muss gesagt werden, dass in dieser Phase, der Kultursektor, besonders im letzten Jahr betroffen wurde, wie in dem Bericht aufgezeigt ist, den Kuba den Vereinten Nationen vorgelegt hat. In diesem Bericht an die Vereinten Nationen wurde deutlich, wie der Kultursektor das Ziel der subversiven Politik der Regierung der Vereinigten Staaten gegen Kuba ist. Es wurden beträchtliche Mittel aufgewendet, um Unzufriedenheit zu schüren, zur Migration anzustiften, eine heftige Medienkampagne gegen kubanische Kunstschafter und Künstler zu führen, die weiterhin im Land arbeiten, ihre Auftritte im Ausland zu behindern – auch durch Schikanen und physische Gewalt, sowie den Bruch mit den kulturellen Institutionen unseres Landes in anderen Ländern zu fördern, um zwei sehr wichtige Beispiele zu nennen.

Im Mai 2023 wurde das kubanische Duo Buena Fe, eines der derzeit populärsten Duos in der kubanischen Musik, während eines Konzerts in der „Sala Galileo Galilei“ in Madrid im Rahmen einer Europatournee Opfer einer brutalen Verleumdungskampagne, die darauf abzielte, ihren Auftritt durch das Werfen von Gegenständen und Beschimpfungen zu verhindern. Die Medienschikanen gegen die Veranstalter und Eigentümer des Konzertsaals führten zur Absage weiterer geplanter Auftritte in Salamanca und Zamora.

Die Intellektuelle Nancy Morejón, eine unserer großen Dichterinnen, Trägerin des Nationalen Literaturpreises, Mitglied der Organisation, die ich hier vertrete, des Verbands der Schriftsteller und Künstler Kubas, einer Organisation unserer Zivilgesellschaft, war ebenfalls Ziel des Kultur- und Kommunikationskriegs gegen Kuba. Ende Mai 2023 zogen die Organisatoren des Poesiemarktes, der vom 7. bis 12. Juni 2023 in Paris stattfand, die Ehrenpräsidentschaft der Veranstaltung zurück, die sie gerade wegen der internationalen Wirkung ihres Werkes erhalten hatte, indem sie dem Druck derjenigen nachgaben, die Hassreden und Verfolgung gegen kubanische Künstler fördern.

Es gibt viele andere Beispiele, es gibt andere Künstler, die gerade in Kuba angekommen sind, die angegriffen wurden, wie im Fall von Van Van Van, (...) Unsere kubanische Musik wird sehr stark angegriffen. Aber ich weiß, dass wir dafür keine Zeit haben. Wir haben die Öffentlichkeit informiert, wir haben die Daten für die Entwicklung dieses Prozesses zur Verfügung gestellt, und es bleibt mir nur, vor diesem Gericht die Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, dass die kubanischen Künstler trotz dieser ungerechten und kriminellen Politik weiterhin in Kuba schaffen werden. Wir werden weiterhin in Kuba schaffen, wir werden weiterhin der Blockade trotzen, weil wir der Meinung sind, dass die Kultur, ebenso wie die Bildung, ein geistiges Gut ist, das zur Verbesserung der Lebensqualität unseres Volkes beiträgt, und wir werden dies auch weiterhin tun.

Ich danke Ihnen für diese Unterstützung, die wir auch heute hier im Namen der kubanischen Schriftsteller und Künstler erhalten.

Luis Morlote, Präsident des kubanischen Künstler- und Schriftstellerverbands (UNEAC)
Zeuge vor dem Internationalen Tribunal gegen die Blockade Kubas

„Auf eine Verschärfung der Blockade werden wir immer mit mehr Solidarität reagieren.“

Zeugenaussage von Marco Papacci, Präsident der Freundschaftsgesellschaft Italien-Kuba

Guten Morgen, Herr Präsident,
Richter, kubanische Delegation,
Freundinnen und Freunde der Solidarität.

Zur Frage der Schäden, die durch die Blockade gegen Kuba entstanden sind, möchten wir Folgendes anmerken.

Punkt 1: Am 29. Juli 2021 hat Freundschaftsgesellschaft Italien-Kuba eine Überweisung von 10.000 Euro an ein Kreditinstitut mit dem Ziel einer Sofortspende getätigt. Die für diese Überweisung verwendete Bank ist die Banca Etica, bei der der Verein sein Konto unterhält.

Dieses Mal war das erste Mal, dass die Banca Etica unserem Kunden eine Mitteilung zukommen ließ, in der mitgeteilt wurde, dass die Bank aus Compliance-Gründen nicht zuständig ist. Dieser Begriff bezieht sich auf die interne Risikokontrolle des Bankinstituts und ist ein integraler Bestandteil des internen Kontrollsystems des Bankensystems. Es ist zu prüfen, ob das interne Verfahren mit dem Ziel vereinbar ist, Verstöße gegen die für die Zielperson geltenden Rechts- und Ver-

waltungsvorschriften sowie gegen den Verhaltens- oder Ethikkodex der Selbstregulierung zu verhindern. Im Wesentlichen hat sich das Verfahren nicht an die Vorgaben des erpresserischen Drucks zu halten, dem die Banken aufgrund der von den Vereinigten Staaten auferlegten willkürlichen Maßnahmen ausgesetzt sind.

Welche Bank hat nun die Überweisung blockiert, es handelt sich nicht um die Banca Etica, sondern um eine zwischengeschaltete Bank, ein Zedent (Gläubiger, der seine Forderung an einen Dritten abtritt) der Banca Etica hat die Ebene eines zwischengeschalteten Bankinstituts erreicht, und einer von ihnen hat sich geweigert, die Vereinbarung auszuführen, weil sie zu einem Verstoß gegen ein nationales Gesetz oder einen internen Verhaltenskodex geführt hätte. Wir baten die Banca Etica um eine Erklärung, die uns daraufhin eine Kopie der Bewegungen zwischen den zwischengeschalteten Banken übermittelte, welche nachwies, dass es sich um die Deutsche Bank handelte. Die Überweisung wurde am 4. August 2021 wieder gutgeschrieben. Man kann davon ausgehen, dass die ausländische (Deutsche) Bank die Bearbeitung der Überweisung verweigert hat, um einen von außen auferlegten „Regelverstoß“ zu vermeiden und ihren eigenen Ethikkodex zu retten, der ebenfalls durch von außen auferlegte Zwangsvorschriften beeinträchtigt wird.

Punkt 2: Am 8. August 2022 überwies die Freundschaftsgesellschaft Italien-Kuba 11.000 Euro an die Internationale Finanzbank von Kuba. Auf ein Konto, das vom Ministerium für Außenhandel als Reaktion auf den tragischen Unfall in der Stadt Matanzas eingerichtet wurde. Solche Überweisungen wurden immer über die Banca Etica abgewickelt. Am nächsten Tag teilte uns die Bank mit, dass es nicht möglich sei, die Überweisung durchzuführen, da die Internationale Finanzbank Kubas auf der Liste der vom US-Außenministerium sanktionierten Banken stehe und keine europäische Vermittlungsbank Zahlungen an Kunden mit Konten bei der internationalen Finanzbank tätige.

Punkt 3: Am 21. Mai 2018 überwies die italienische Staatsbürgerin Valeria Lucia Milesi 620 Euro an die Freundschaftsgesellschaft Italien-Kuba, um an einer Bildungsreise nach Kuba teilzunehmen, für die die Vereinigung selbst warb. Der Grund für die Überweisung, war die Anmeldung für die Teilnahme an der Brigade José Martí im Juli 2018. Der Grund für die Zahlung enthielt keinen ausdrücklichen Hinweis auf Kuba. Kuba war überhaupt nicht der Begünstigte dieser Transaktion. Der Name der Insel tauchte nur im Namen des Begünstigten auf, d. h. der Freundschaftsgesellschaft Italien-Kuba. Die Bank von Frau Milesi, einer einfachen italienischen Staatsbürgerin, war die ING-Bank, ein niederländisches Kreditinstitut mit mehreren Filialen in Italien. Die ING-Bank blockierte und widerrief die Überweisung am nächsten Tag ohne ersichtliche Erklärung. Als Frau Milesi sich telefonisch nach dem Vorfall erkundigte, begründeten die Mitarbeiter die Nichtüberweisung mit der Unternehmenspolitik, da Kuba als Risikoland gelte. Frau Milesi wandte sich an „Altroconsumo“, eine italienische Verbraucherschutzorganisation, und klagte gegen den Versuch der ING-Bank, die rechtmäßige Verwendung ihres Geldes zu beurteilen.

Zusätzlich zu dem unkorrekten Verhalten und geschäftlicher Einhaltung der Bestimmungen, die sich aus der Unterzeichnung der Vereinbarung ergeben, besteht ein Vertrag mit der Bank, der diese dazu verpflichtet, die Anweisungen der Kontoinhaber auszuführen. Des Weiteren erfolgte der Hinweis darauf, dass die Überweisung nicht



Marco Papacci



direkt zugunsten von Kuba getätigt wurde, sondern von einer italienischen Bank an eine anerkannte italienische Vereinigung erfolgte. Im Juli 2019 legte Frau Milesi gegen Vorgehensweise der ING Direkt Bank vor dem Schiedsgericht für das Finanzwesen in Mailand Berufung ein. Dieses stimmte ihr zu und bescheinigte ihr, dass die Bank die Zahlung ohne berechtigten Grund verweigert und das Recht von Frau Milesi zu einer Überweisung mit diesen Kriterien, verletzt hat. Die ING Bank war daher verpflichtet, Frau Milesi nach ihrem Widerspruch zu entschädigen.

Am 13. Juni dieses Jahres hat die Veroneser Regionalorganisation der Freundschaftsgesellschaft Italien-Cuba eine Spende für Kuba getätigt, die für eine Obsttrocknungsanlage sowie eine Photovoltaikanlage vorgesehen war. Der Hersteller aus Österreich hielt es für sicherer, diese Ausstattung über 3 Ecken an unsere Vereinigung zu spenden, um Repressalien seitens der Vereinigten Staaten wegen der Blockade zu vermeiden.

Am 5. Oktober dieses Jahres erhielt die Freundschaftsgesellschaft einen Antrag auf Eintragung in die Liste der Organisationen, die eine Spende in Form eines (...) angebotenen Toshiba-Ultraschallgeräts nach Kuba schicken. Dies war notwendig, um mögliche Vergeltungsmaßnahmen der Vereinigten Staaten gegen das spendende Unternehmen aufgrund der Blockademaßnahmen zu vermeiden.

Dies sind einige der direkten Auswirkungen der Blockade, die uns als Vereinigung der Solidarität mit Kuba betreffen. Ich möchte diesen Beitrag abschließen, indem ich auf zwei Dinge hinweise. Erstens haben wir vor kurzem die US-Blockade durchbrochen, indem wir den Grundstein zwischen der kubanischen Zentralbank CCB und einem wichtigen italienischen Forschungszentrum gelegt haben. (...)

Auf eine Verschärfung der Blockade werden wir immer mit mehr Solidarität reagieren. Kuba ist nicht allein und dieses Tribunal beweist es.

Vielen Dank

Marco Papacci, Präsident der Freundschaftsgesellschaft Italien-Kuba. Brüssel, 16.11.2023



Angelika Becker

„Wir wissen seit langem, dass es kaum möglich ist, Geld nach Kuba zu überweisen oder mit Kuba Geschäfte zu machen.“

Zeugenaussage von Angelika Becker im Namen des Netzwerk Cuba/Deutschland

Wir wissen seit langem, dass es kaum möglich ist, Geld nach Kuba zu überweisen oder mit Kuba Geschäfte zu machen. Schon 2014, also vor fast 10 Jahren, mussten wir erkennen, dass es unmöglich ist, Geld innerhalb Europas, also von

Deutschland nach Großbritannien, damals Mitglied der Europäischen Union, zu überweisen, wenn im Namen des Empfängers oder im „Betreff“ „Kuba“ steht.

2014 wollten wir das Tribunal für die Freilassung der Cuban Five in London unterstützen, Empfänger CSC – Cuba Solidarity Campaign – und hatten 4.000 € über die Postbank überwiesen. Es kam eine kurze E-Mail, ohne Angabe von Gründen, dass eine Überweisung nicht möglich sei. In einem Telefonat wurde uns mitgeteilt, dass die US-Gesetze das Hindernis darstellen.

Der Vorstand des Netzwerks bat die Postbank um eine schriftliche Erklärung für die Ablehnung des Transfers. Ich zitiere aus der Antwort vom 13. Februar 2014: „Solche Überweisungen werden aus verfahrenstech-

nischen Gründen in Zusammenarbeit mit einer Bank in den USA getätigt. Dort werden Zahlungen mit Bezug zu Kuba sehr kritisch bewertet, weshalb wir davon ausgehen müssen, dass diese Zahlungen eingefroren werden. Dabei spielt es keine Rolle, was der Bezug zu Kuba, der Bestimmungsort oder der „Gegenstand“ ist. Deshalb überweisen wir solche Zahlungen im Interesse unserer Kunden nicht“. Postbank Saarbrücken.



Unser nächster Schritt: eine Intervention bei der staatlichen Aufsichtsbehörde, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin). Ich zitiere aus der Antwort vom September 2014: „Es ist offensichtlich, dass Kreditinstitute verpflichtet sind, Überweisungen für ihre Kunden vorzunehmen. Aber wenn ein Kreditinstitut im Einzelfall die Maßnahme mit nachvollziehbaren Gründen ablehnt, gibt es keine Möglichkeit, auf das Institut Einfluss zu nehmen“.

Wir waren der Meinung, dass dies eine Verletzung der europäischen Rechte darstellt, und hatten deshalb einen Brief an die Europäische Kommission geschrieben, um zu prüfen, ob dies eine Verletzung der europäischen Verordnung Nr. 2271/96 darstellt. Die Antwort: Der Fall ist angenommen und in der Zuständigkeit der Europäischen Kommission registriert, aber die Entscheidung liegt in den Händen der deutschen Institutionen. Und von diesen gab es nie eine Entscheidung. Es ist klar, dass wir versucht hatten, den Fall rechtlich zu klären, aber ohne Erfolg. Wir hatten das Postbank-Konto geschlossen, aber das Problem beeinflusst weiterhin unsere Solidaritätsarbeit.

Einer der jüngsten Fälle: eine Spende auf ein belgisches Konto für die Kosten des Volksgipfels in Brüssel im Juli dieses Jahres wurde von der belgischen Bank abgelehnt. Auch wenn wir medizinische Hilfsgüter oder Lebensmittel für Kuba kaufen wollen, kommt es immer wieder vor, dass europäische Unternehmen oder Banken den Kauf oder die Zahlung aus „Compliance“-Gründen verweigern. Das behindert zwar unsere immer ehrenamtliche Solidaritätsarbeit, aber wir haben bis heute immer eine Lösung gefunden.

Angelika Becker, Netzwerk Cuba/Deutschland. Brüssel. 17. November 2023

Zum rechtlichen Rahmen, zum Rahmen des internationalen Rechts

Zeugenaussage von Wim Leysens, Belgische Koordination für die Beendigung der Blockade gegen Kuba

Sehr geehrte Mitglieder des Gerichts, die belgische Koordination für die Aufhebung der Blockade hat in den letzten drei Jahren Beweise für Überweisungen nach Kuba oder mit dem Wort Kuba im Namen des Empfängers oder in der Mitteilung gesammelt, die von den meisten belgischen Banken abgelehnt werden. Ich bin mir bewusst, dass wir denselben Fall wiederholen, aber ich beschränke mich auf einige wenige Fälle aus Belgien.



Wim Leysens

Im Januar letzten Jahres wollte ein Unterstützer in Deutschland seinen Beitrag an eine belgische NGO (Nichtregierungsorganisation), eine NGO für Kuba-Solidarität, von seiner Bank in Deutschland überweisen. Doch die belgische Bank ING blockierte die Zahlung und forderte von der deutschen Bank Informationen darüber an, ob diese Zahlung einen direkten oder indirekten Bezug zu Kuba hat.

Ein weiterer Fall ist die Triodos Bank. Dank einer Solidaritätskampagne Anfang 2022 war ein Container mit medizinischem Material bereit, nach Kuba verschifft zu werden. Die Bank verweigerte die Zahlung an die Reederei. Die Triodos Bank, die sich als eine ethische Bank versteht, entschuldigte sich damit, dass sie für ihre internationalen Überweisungen auf das ING-Bankennetz angewiesen sei.

Ein weiterer Fall ist ein Fall der KBC-Bank. Eine Kuba-Solidaritätsgruppe hat seit 2000 über eine belgische NGO Geld an eine religiöse Gemeinschaft in Kuba geschickt. Doch dieses Jahr, im Mai 2023, erhielt die NGO einen Anruf von der KBC-Bank, in dem ihr mitgeteilt wurde, dass die italienische Vermittlungsbank wegen des Embargos kein Geld mehr nach Kuba schicken wolle. Diese Haltung der Banken steht im Widerspruch zu den Richtlinien der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA), die in ihrem Bericht 2022 über die Prävention von Risiken im Zusammenhang mit Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung feststellt, dass die Banken in Bezug auf die Risikoprävention ineffizient sind und zu schnell Kundengruppen ausschließen.

Auch die belgische Nationalbank kam auch zu dem Schluss, dass Banken Kunden oder frühere Transaktionen mit der Begründung ablehnen, dass sie kein wirkliches Risiko der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung darstellen.

Ich möchte einen weiteren Fall von BNP Paribas Fortis erwähnen, einen Fall aus diesem Jahr, denn normalerweise sind die Banken sehr verschwiegen, wenn es darum geht, den Grund für die Ablehnung zu erklären. Im März dieses Jahres tätigte ein belgischer Herr eine Überweisung mit dem Vermerk für Kuba, und zwei Monate später, im Mai 2023, erhielt dieser Herr eine E-Mail von BNP Paribas Fortis mit der folgenden Erklärung, und ich zitiere, „dass Fortis diese Transaktion nicht durchführen darf, weil die Bank finanzielle, wirtschaftliche oder kommerzielle Sanktionen berücksichtigt, die von Belgien, der Europäischen Union, dem Rat der Vereinten Nationen, dem Office of Foreign Assets Control (OFAC) oder dem US-Ministerium der Vereinigten Staaten verhängt oder in Kraft gesetzt wurden“.

In Anbetracht der Tatsache, dass weder der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, noch die Europäische Union oder Belgien Sanktionen gegen Kuba verhängt haben, können wir daraus schließen, dass BNP Paribas Fortis indirekt anerkennt, dass sie die Transaktion in Übereinstimmung mit den Richtlinien des Office of Foreign Assets Control (OFAC) oder des US-Außenministeriums abgelehnt hat. Mit anderen Worten: Die Bank hält sich an die US-Sanktionsgesetze gegen Kuba. Unserer Meinung nach stellt diese Praxis einen Verstoß gegen die EU-Verordnung 2217 von 1996 dar. Diese als „Blocking Statute“ bekannte Verordnung verbietet es europäischen Akteuren und damit auch einer Bank wie BNP Paribas Fortis, sich an die Gesetze von Drittländern zu halten.

Ich danke Ihnen

Wim Leysens, Belgische Koordinierung für die Beendigung der Blockade gegen Kuba
Brüssel. 17. November 2023

„Die Einberufung dieses Tribunals ist ein weiterer Nagel im Sarg der Blockade, den der Kampf des kubanischen Volkes eher früher als später begraben wird.“

Zeugenaussage von Manolo García,
Präsident des Vereins für spanisch-kubanische Freundschaft in Málaga.

Guten Morgen,

ich möchte den Genossinnen und Genossen der Solidarität mit Kuba dafür danken, dass ich diese Zeugenaussage machen kann, die die Erfahrungen der Bemühungen von Tausenden von Aktivisten aus ganz Spanien sind. Es ist auch eine große Ehre, an diesem Forum der Würde und Wahrheit zur Verteidigung der Revolution und ihres Volkes teilzunehmen, das seit mehr als 60 Jahren unter den Schikanen und der Gnade des mächtigsten Landes der Welt leidet. Es handelt sich um konkrete Erfahrungen verschiedener Verbände und Gebiete in Spanien. Ich führe sie ganz kurz auf, weil diese dem Gericht bereits Unterlagen vorgelegt haben.

Der Plattform der Solidarität mit dem kubanischen Volk in Granada wurde anlässlich des Hurrikans Irma im Jahr 2017 verweigert 7.238 Euro nach Kuba zu überweisen. Verweigerung der Überweisung von 84 Euro aus der Spendensammlung in Luzon, an die Freundschaftsgesellschaft Frankreich-Kuba in Málaga, für die Bezahlung des Verkaufs von kubanischem Rum, unter dem Begriff „Freundschaft mit Kuba“.

Freundschaftsgesellschaft mit Kuba, Miguel Hernández de Alicante: Weigerung der Bank, nach dem Tornado vom Januar 2019 in Havanna, Geld nach Kuba zu überweisen. Administratives Schweigen zu den Forderungen bei der Bank und bei der Banco de Espana.

Sitz der Freundschaftsgesellschaft mit Kuba in Badalona: Weigerung der Banco Triodos, nach dem Brand im Hotel Zaragota, Geld nach Kuba zu überweisen.

Freundschaftsgesellschaft Euskadi-Cuba: Weigerung der City Bank, Zahlungen an Hilfskräfte in Kuba zur Deckung von Kranken- und Lebensversicherungen, zu bearbeiten.

Freundschaftsgesellschaft Euskadi-Cuba: Mehrere Banken haben sich 2018 dreimal geweigert, Überweisungen an ein Solidaritätsprojekt in einem Drittland, Argentinien, vorzunehmen, in dem die kubanische medizinische Zusammenarbeit aktiv ist. Erste Verweigerung einer Überweisung der Bank, in Höhe von 6.800 Euro. Zweite Ablehnung einer Überweisung von Unicredit aus Italien, die sich weigerte, 3.500 Euro zu transferieren. Dritte Überweisung, diesmal über 7.000 Euro und mit der Weigerung der Deutschen Bank.

Sodepaz im Jahr 2014: Eine britische Bank verweigert eine Überweisung von 7.250 Euro, die an das Bio-Zucker-Unternehmen in Kuba erfolgen sollte. Sodepaz wollte auch ein Überwachungskontrollsystem für die kubanische biotechnologische Industrie kaufen, konnte aber die drei vorgeschriebenen Angebote vor dem Kauf nicht einholen und erhielt nur ein Angebot. Die übrigen Hersteller haben sich aus Angst vor möglichen Sanktionen der Vereinigten Staaten nicht gemeldet.

Einige Schlußfolgerungen

a) Die Blockade wird angesichts von Naturkatastrophen, schweren Unfällen, Covid, Wirbelstürmen, Bränden aktiviert oder verschärft, sie ist eine grausame, entmenslichte Politik, die darauf abzielt, den Schaden und das Leid des kubanischen Volkes zu vergrößern.

b) Die Finanzblockade ist nicht nur eine direkte Maßnahme gegen Kuba, sondern auch gegen den Transfer zwischen Vereinigungen innerhalb Europas, veranlasst allein durch die Erwähnung der Worte „Kuba“, „Freundschaft mit Kuba“, „Solidarität mit Kuba“, usw.

c) Bei Beschwerden über Banken, die sich weigern, Finanztransaktionen mit Kuba durchzuführen, wird mit Schweigen der Verwaltung geantwortet, selbst wenn der Garant für die Finanztransaktionen, die spanische Bank „Banco de Espana“, angefragt wird.

d) Neben der Forderung an die Europäische Union, das Recht der europäischen Banken auf freie Finanzbeziehungen mit Kuba zu schützen, müssen wir uns bereit erklären, mit denjenigen Banken zusammenzuarbeiten, die bereit sind, die damit verbundenen Risiken einzugehen.

Wir kommen zu dem Schluss, dass die Einberufung dieses Tribunals ein weiterer Nagel im Sarg der Blockade ist, den der Kampf des kubanischen Volkes eher früher als später begraben wird.

Manolo García, Präsident des Vereins für spanisch-kubanische Freundschaft in Málaga
Brüssel. 17. November 2023



Manolo García



„Die Schweizer Banken weigern sich, Finanztransaktionen auszuführen, bei denen sie eine Beziehung zu Kuba vermuten.“

Zeugenaussage von Samuel Wanitsch, Vorsitzender der Vereinigung Schweiz-Cuba

Verehrte Richter,

ich spreche von der behinderten Solidarität in der Schweiz. Die US-Blockade zeigt ihre Auswirkungen auf die Arbeit der Solidarität mit Kuba in der Schweiz, insbesondere im Bereich der Finanztransaktionen. Die Schweizer

Banken weigern sich, Finanztransaktionen auszuführen, bei denen sie eine Beziehung zu Kuba vermuten.

Sie prüfen nicht den Anlass der Zahlungen, sondern lehnen sie ab, wenn im Namen des Empfängers oder im Auftrag der Zahlung der Begriff Kuba auftaucht. Diese illegale Praxis wirkt sich besonders nachteilig auf Organisationen aus, die den Namen Kubas in ihrem Namen tragen. Unsere „Vereinigung Schweiz-Cuba“ musste zur Kenntnis nehmen, dass die Zahlung der Mitgliedsbeiträge ihrer Mitglieder regelmäßig verweigert wird, weil ihr Name den Begriff „Kuba“ enthält.

Die Bank Cler, eine 100%ige Tochter der Basler Kantonalbank, einer Staatsbank, hat sogar das

Konto des Vereins geschlossen. Aus demselben Grund musste die medizinische Hilfsorganisation „MediCuba Schweiz“ feststellen, dass regelmäßig Zahlungen und Spenden zu ihren Gunsten nicht ausgeführt werden. Die Organisation „MediCuba Schweiz“ selbst ist manchmal nicht in der Lage, ihre Rechnungen zu bezahlen, weil die Zahlungsaufträge von den Korrespondenzbanken nicht ausgeführt werden.

Ich selbst hatte diese Erfahrung mit der Überweisung eines kleinen Geldbetrages für Kuba von meinem Privatkonto bei der Postfinance auf ein Bankkonto bei Lloyds in London gemacht. Die Transaktion wurde von der Banco Santander, einer Korrespondenzbank der Postfinance Schweiz, blockiert. Darüber hinaus war mein Privatkonto mehrere Tage lang unbenutzbar, so dass ich selbst nicht in der Lage war, mein eigenes Geld abzuheben.

Diese illegalen Praktiken betreffen manchmal sogar den Schweizer Staat selbst, der zu 100% Eigentümer der Postfinance ist, da die Postfinance monatelang die Ausführung einer Unterstützungszahlung der staatlichen Entwicklungshilfe zugunsten von „MediCuba Schweiz“ verweigerte.

Dieselbe staatliche Bank hatte bereits Jahre zuvor die Auszahlung von staatlichen Renten zugunsten von in Kuba wohnhaften Begünstigten blockiert. Diese Transaktionen betrafen Alters- oder Invalidenrenten zugunsten von in Kuba wohnhaften Schweizer Staatsangehörigen, aber auch Invalidenrenten für kubanische Staatsangehörige, die in der Schweiz gearbeitet und dort einen Unfall oder eine Berufskrankheit erlitten hatten. Die Schweiz war verpflichtet, andere Finanztransaktionskanäle einzurichten, um die Auszahlung der existenziell wichtigen Renten dieser Personen zu gewährleisten.

Schliesslich möchte ich Ihnen unser Dokument „Schweizer Banken gegen Kuba – Chronik eines amtlich beglaubigten Skandals“ vorlegen, das von „MediCuba Schweiz“ und der „Vereinigung Schweiz-Cuba“ gemeinsam erstellt wurde und das dokumentiert, wie wir bis zu den höchsten Stellen unseres Landes vorgedrungen sind und sogar einen Antrag im Parlament an den zuständigen Minister gestellt haben.

Samuel Wanitsch, Vorsitzender der Vereinigung Schweiz-Cuba.

Brüssel. 17. November 2023



Samuel Wanitsch



Zeugenaussage von Madalena Santos, für die Vereinigung demokratischer Juristen (APDJ), Portugal

Ihre Exzellenz Präsident, ehrenwerte Richter, die portugiesische Vereinigung demokratischer Juristen (APJD) legt dem Gericht ihre Zeugenaussage vor.

Die seit 1962 verhängte Blockade der Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba legt eine Reihe von Normen fest, die darauf abzielen, die normale öffentliche und private Aktivität eines Volkes, das eine glorreiche Revolution durchgeführt hat (...) einzuschränken, zu boykottieren, zu schikanieren und zu blockieren. Es zeigt der Welt, dass ein Volk auch dann nicht nachgibt, wenn es unterdrückt wird und versucht wird, es daran zu hindern, seinen Traum von einem Leben in Frieden und Entwicklung und Wohlergehen für jeden Einzelnen zu verwirklichen.

Die von den USA erlassenen nationalen Gesetze stellen eine äußerst schädliche Belastung für das kubanische Volk, für seine legitime Regierung und für legitime Organisationen und Institutionen sowie für alle Völker der Welt dar, die ihre Souveränität verteidigen und das Recht, kommerzielle, soziale, pädagogische, kulturelle und sportliche Beziehungen zu Kuba frei aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln.

Der Anwendung einseitiger Zwangsmaßnahmen durch die USA gegenüber dem kubanischen Staat, öffentlichen Unternehmen und der kubanischen Bevölkerung, insbesondere in ihrer extraterritorialen Dimension, mangelt es an internationaler Legitimität, da kein zuständiges Gremium über die Legitimität solcher Maßnahmen verfügt hat.

In dieser Dimension stellt sich die Blockade auch als ein System der Einmischung in die unabhängigen Entscheidungen eines souveränen, international anerkannten Staates dar und verstößt damit gegen die Grundsätze der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Charta der Vereinten Nationen, der Internationalen Wirtschafts-, Sozial- und Wirtschaftspakte, der kulturelle Rechte, der Standards der Weltgesundheitsorganisation und der Welthandelsorganisation/GATT.

Dieser Eingriff findet aber auch innerhalb jedes anderen Staates statt. Schauen wir uns die portugiesische Situation an, die Gegenstand unserer Aussage ist.

Artikel 7 der Verfassung der Portugiesischen Republik legt im ersten Abschnitt fest, dass Portugal in seinen internationalen Beziehungen von den Grundsätzen der nationalen Unabhängigkeit, der Achtung der Menschenrechte, der Rechte der Völker, der Gleichheit zwischen den Staaten, der friedlichen Lösung internationaler Konflikte und der Nichtregierung bestimmt wird, ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und Zusammenarbeit mit allen anderen Völkern für die Emanzipation und den Fortschritt der Menschheit. Ich betone die Zusammenarbeit mit allen anderen Völkern für die Emanzipation und den Fortschritt der Menschheit.

Und zweitens wird argumentiert: Portugal befürwortet die Abschaffung des Imperialismus, des Kolonialismus und aller anderen Formen der Aggression, Herrschaft und Ausbeutung in den Beziehungen zwischen den Völkern sowie eine allgemeine, gleichzeitige und kontrollierte Abrüstung und die Auflösung politischer und militärischer Blöcke – die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems mit dem Ziel, eine internationale Ordnung zu schaffen, in der Lage ist, Frieden und Gerechtigkeit in den Beziehungen zwischen den Völkern zu gewährleisten. Ich betone die Gewährleistung von Frieden und Gerechtigkeit in den Beziehungen zwischen den Völkern.

Für den vorliegenden Fall heißt es schließlich in Absatz drei, Portugal erkennt das Recht der Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit und auf Entwicklung sowie das Recht auf Aufstand gegen alle Formen der Unterdrückung an.

Als Portugiesen müssen wir nun feststellen, dass die Blockade Kubas, so wie sie umgesetzt wurde, objektiv und praktisch die Anwendung von Artikel 7 der Verfassung der Portugiesischen Republik verhindert.



Madalena Santos



Die internationalen Beziehungen zwischen dem portugiesischen Staat und Kuba werden somit durch das Handeln eines externen Eingreifenden – der USA – geschädigt, der sich auf illegitime und illegale Weise in diese Beziehungen einmischt, was wir in keiner Weise billigen oder dulden können und dürfen.

Und im Hinblick dieser Aussage bittet die APJD Sie, die GERECHTIGKEIT, als Habitus operativus bonus anzuwenden, um jeder Person ihr Recht zu gewähren (...), die USA dafür zu verurteilen, dass sie ausdrücklich und wiederholt die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Charta der Vereinten Nationen, neben anderen bereits zitierten Normen, verletzen und den portugiesischen Staat daran hindern, seine Rechte gemäß Artikel 7 der Verfassung der Portugiesischen Republik vollständig auszuüben. Sie hindert den portugiesischen Staat auch daran, seine Rechte gemäß Artikel 7 der Verfassung der Portugiesischen Republik in Bezug auf die Beziehungen zu anderen Staaten in der im Verfassungstext definierten und vorgeschlagenen Form voll auszuüben.

Ehrenwerter Vorsitzender Richter,
Ehrenwerte Richter,

GENUG! GENUG! GENUG! Kuba wird siegen!

Zeugenaussage von Madalena Santos, für die Vereinigung demokratischer Juristen (APDJ)
Brüssel. 17. November 2023



Cuba Libre Extra-Ausgabe zur UNO-Generalversammlung am 1. und 2. November 2023.
Download unter:
<https://www.fgbrdkuba.de/cl/cl-2023-extra.php>



Download unter:
www.fgbrdkuba.de/fg/download/blockade-flyer.pdf

★ Das Urteil

Das Internationale Tribunal über die Sanktionen der USA gegen die Republik Kuba verkündet das folgende Urteil:

Die umfangreichen politischen und wirtschaftlichen Sanktionen, die seit 1960 bis heute gegen die Republik Kuba verhängt wurden, verstoßen gegen das Völkerrecht. Dazu gehören vor allem die Artikel 2(4) und 2(7) der UN-Charta zum Schutz der Souveränität, der Selbstbestimmung und des Interventionsverbots, die Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) von 1948 und des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) von 1966 sowie die Bestimmungen der Welthandelsorganisation (WTO) zum Schutz der Handelsfreiheit und zahlreiche Grundsätze des Vertrags über die Europäische Union (EUV, Maastrichter Vertrag).



Begründetheit der Rechtssache

I.
Seit 1960 haben die USA ein immer umfassenderes Netz von Sanktionen gegen alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in Kuba aufgebaut, die sich tiefgreifend auf die Lebensbedingungen der kubanischen Bevölkerung auswirken. Aufbauend auf dem „Trading with the Enemy Act“ von 1917 erließ die US-Regierung nach der Revolution in Kuba 1959 eine Reihe weiterer Gesetze und Verordnungen. Dazu gehören der „Foreign Assistance Act“ von 1961, die „Cuban Assets Control Regulations“ von 1993, der „Cuban Democracy Act“ von 1992, der so genannte „Torricelli Act“, der „Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act“ von 1996, der so genannte „Helms-Burton Act“ und der „Trade Sanction Reform and Export Enhancement Act“ von 2000. Das Ziel all dieser Maßnahmen war es, die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Errungenschaften der Revolution von 1959 zu zerstören. Bereits 1960 formulierte Lester Mallory, Staatssekretär für Inter-Amerikanische Angelegenheiten, offen die Strategie der US-Regierung: Ziel war es, die Vitalität der kubanischen Wirtschaft zu schwächen, Hunger und Verzweiflung zu schüren und Unzufriedenheit zu säen, um einen Regimewechsel zu erleichtern. Wörtlich: „Jedes mögliche Mittel sollte unverzüglich ergriffen werden, um das Wirtschaftsleben Kubas zu schwächen [...] [indem] Kuba Geld und Lieferungen verweigert werden, um die Geld- und Reallöhne zu senken, um Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung herbeizuführen“. Diese kriminellen Prinzipien leiten die US-Sanktionspolitik gegen Kuba bis heute.

Das Gericht hat an zwei Verhandlungstagen zahlreiche Zeugen vernommen und umfangreiches Beweismaterial gesammelt. Es hat die detaillierte Anklageschrift gehört und die Argumente zur Verteidigung der angeklagten US-Regierung geprüft. Es wurde mit zahlreichen Beispielen für die tiefgreifenden Eingriffe der Sanktionen in fast alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens konfrontiert, die den Eindruck einer totalen Blockade Kubas mit immer neuen Beschränkungen vermitteln. Die einzige Erleichterung für Reisen und Geldtransfers von und nach Kuba unter Präsident Barak Obama wurde von der Regierung Donald Trump wieder aufgehoben und durch weitere Maßnahmen verstärkt. Auch der Regierungswechsel unter Präsident Biden hat keine Erleichterung gebracht.

Die Sanktionen betreffen den gesamten Wirtschafts- und Finanzsektor und zielen auf die technologische Souveränität Kubas, die für die wirtschaftliche Entwicklung und den Zugang zu technologischen Innovationen unerlässlich ist. Der internationale Zahlungsverkehr ist für Kuba gesperrt, wie die aktuelle Praxis im Rahmen dieses Tribunals zeigt. Kein Land kann sich unter diesen Bedingungen einem technologischen Modernisierungsprozess stellen.

Die Sanktionen haben dem gesamten öffentlichen Gesundheitssektor schwersten Schaden zugefügt. Das kubanische Gesundheitssystem hat weltweite Anerkennung für seine vorbildliche Versorgung der Bevölkerung, aber auch für die herausragenden Ergebnisse seiner pharmazeutischen Forschung und Industrieprozesse erlangt. Die extraterritorialen Auswirkungen der Blockade haben die Einfuhr notwendiger Komponenten für die Herstellung von Arzneimitteln sowie die internationale medizinische Zusammenarbeit stark behindert und sehr oft unmöglich gemacht. Im Zeitraum von April 2019 bis März 2020 verursachte die US-Blockade im Gesundheitssektor Verluste in Höhe von 239 Millionen 803 Tausend 690 Dollar, was fast 80 Millionen mehr sind als die Verluste, die im Zeitraum vor der COVID-19-Pandemie verzeichnet wurden.

Die Blockade hat zu einer immer stärkeren Einschränkung der Treibstoffversorgung geführt, was nicht nur alle Bemühungen um industriellen Fortschritt behindert, sondern auch die Kosten für die tägliche Versorgung der Bevölkerung in die Höhe treibt. Dies macht sich auch in der Landwirtschaft bemerkbar, für die die Sanktionen dramatische Folgen haben, sei es bei der Einfuhr von Düngemitteln und Herbiziden oder beim Betrieb des Bewässerungssystems.

Auch der international als vorbildlich anerkannte Bildungssektor bleibt von den Sanktionen nicht verschont. Sie erschweren alle Möglichkeiten der Online-Bildung, behindern den internationalen Austausch und die Ausstattung von Schulen und Universitäten mit den notwendigen Ausrüstungen und Lehrmaterialien, da es an Devisen mangelt. Die Blockade des Telekommunikations- und Informationstechnologiesektors wirkt sich negativ auf die Möglichkeiten der Kubaner aus, über eine angemessene Infrastruktur, einen besseren Zugang zum Internet und zur Computerisierung zu verfügen.

Insgesamt haben die aus Zeugenaussagen, Videos und Dokumenten zusammengetragenen Beweise den Eindruck eines konzentrierten Angriffs auf die grundlegenden Strukturen der kubanischen Gesellschaft, ihre Lebensgrundlagen und ihre Entwicklungsmöglichkeiten vermittelt, der in seiner Dauer und seinem Umfang einzigartig und beispiellos in der Geschichte ist.

II.

Diese Praxis der Sanktionen gegen die Republik Kuba verstößt in jeder Hinsicht gegen das Völkerrecht. Dies hat auch die Generalversammlung der Vereinten Nationen kürzlich in ihren Resolutionen vom 23. Juni 2021 (A/RES/75/289) und vom 3. November 2022 (A/RES/77/7) sowie am 4. November 2023 auf Antrag Kubas (A/78/L.5) anerkannt und die US-Regierung aufgefordert, ihre Gesetze aufzuheben.

1. Die Sanktionen verletzen eindeutig die Souveränität Kubas, die durch Artikel 2 Absatz 1 der UN-Charta geschützt ist, und das Interventionsverbot nach Artikel 2 Absätze 4 und 7 der UN-Charta. Am 4. November 2023 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit einer überwältigenden Mehrheit von 187 gegen 2 Stimmen bei einer Enthaltung zum 31. Mal die Staaten aufgefordert, „von der Verkündung und Anwendung von Gesetzen und Maßnahmen der in der Präambel der vorliegenden Resolution [Helms-Burton-Gesetz] genannten Art abzusehen“. Die Resolution stützt sich auf die klare Entscheidung, dass einseitige Sanktionen rechtswidrig sind, wenn ihre Auswirkungen einen bestimmten Schwellenwert überschreiten. Obwohl diese Schwelle nicht definiert ist, lassen Dauer, Umfang und Zielsetzung der Sanktionen keinen Zweifel an ihrer Rechtswidrigkeit. Die USA können sich auch nicht auf Rechtfertigungsgründe berufen. Die Sanktionen können nicht als Reaktion auf ein völkerrechtswidriges Verhalten angesehen werden. Wenn die Verstaatlichung von Immobilien im Besitz von US-Bürgern nach der Revolution gemeint ist, so stand sie im Einklang mit dem Grundsatz der Souveränität eines jeden Staates über seine natürlichen Ressourcen (UNGV Res. 1803v. 14. Dezember 1962) und war gerechtfertigt. Zudem verfolgen das Helms-Burton-Gesetz und die Sanktionen ausdrücklich völlig andere Ziele, die nicht auf Restitution oder Entschädigung, sondern auf Regimewechsel abzielen. Auch können sich die USA nicht auf den Schutz der Sicherheit ihres Staates berufen. Die USA haben Kuba zwar auf eine Liste von Staaten gesetzt, die angeblich den Terrorismus unterstützen, sind aber nie von Kuba bedroht worden.

2. Die von den USA gegen Kuba verhängten Sanktionen verletzen auch zahlreiche Menschenrechte, insbesondere die des UN-Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) von 1966. Diese Rechte sind ebenso verbindlich und verpflichtend, wie die politischen und bürgerlichen Rechte. Bereits 1997 stellte der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte fest, dass einseitige wirtschaftliche

Maßnahmen „häufig zu erheblichen Störungen bei der Verteilung von Nahrungsmitteln, Arzneimitteln und medizinischen Einrichtungen führen, die Qualität der Nahrungsmittel und die Verfügbarkeit von sauberem Trinkwasser gefährden, das Funktionieren der grundlegenden Gesundheits- und Bildungssysteme ernsthaft beeinträchtigen und das Recht auf Arbeit untergraben.“

Die Beweise haben gezeigt, dass diese schädlichen Folgen im Leben der Kubaner eingetreten sind. Dies bedeutet, dass das Recht auf Arbeit (Art. 6 ICESCR) unter gerechten und günstigen Bedingungen mit Löhnen, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen (Art. 7, 11 ICESCR), verletzt wird. Infolge der Inflation ist der Durchschnittspreis des Warenkorb für Waren und Dienstleistungen allein zwischen Januar und Oktober 2022 um fast 29 Prozent gestiegen. Von Oktober 2021 bis Oktober 2022 stieg die Inflation sogar um fast 40 %. In dieser Situation spielt nicht nur die durch die Weltmarktpreise importierte Inflation eine wichtige Rolle, sondern vor allem die mangelnde Verfügbarkeit von Devisen, die durch die verstärkten Auswirkungen der Blockade und die unerbittliche Verfolgung aller Einkommensquellen des Landes durch die US-Regierung noch verschärft wird.

Auch das Recht auf Gesundheit (Art. 12 ICESCR) wird durch die Behinderung des Imports von medizinischer Ausrüstung für Kliniken und pharmazeutischen Produkten für die Herstellung eigener Medikamente permanent verletzt.

Auch das Recht auf Bildung (Art. 13 ICESCR) und das Recht auf Wissenschaft und Kultur (Art. 15 ICESCR) sind durch den Mangel an Ausrüstungen und Lehrmaterialien und die Behinderung von wissenschaftlichen und kulturellen internationalen Kontakten stark gefährdet und beeinträchtigt.

Im Gegensatz zu allen EU-Mitgliedern haben weder die USA noch Kuba oder die EU den ICESCR ratifiziert. In der internationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft besteht jedoch Konsens darüber, dass diese Menschenrechte auf der Grundlage des Gewohnheitsrechts auch für Staaten und Staatenbündnisse verbindlich sind.

3. Die Sanktionen zielen darauf ab, den Handel Kubas mit anderen Staaten einzuschränken, die Ein- und Ausfuhr wichtiger Güter zu blockieren und Finanztransaktionen zu unterbinden. Sie widersprechen daher zahlreichen Bestimmungen des internationalen Handelsrechts, wie sie im WTO-Recht kodifiziert sind. Zum Beispiel, Art. XI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) von 1947, dem die USA beigetreten sind, verbietet die Beschränkung von Ein- und Ausfuhren. Auch das Einfrieren von Vermögenswerten und die Beschränkung von internationalen Transfers und Zahlungen sind verboten. Art. VIII Abs. 2 der „Articles of Agreement of the International Monetary Fund“ vom 22. Dezember 1945 legt ebenfalls fest, dass die Mitglieder von allen Beschränkungen des laufenden Zahlungsverkehrs und diskriminierenden Währungspraktiken absehen müssen. Art. XVI (1) GATS sieht vor, dass Mitglieder der WTO, wie die USA, natürlichen Personen Freizügigkeit in verschiedenen Dienstleistungssektoren gewähren müssen. Auch hier gibt es Ausnahmen aus Gründen wesentlicher Sicherheitsinteressen (Art. XIV bis GATS), die aber für die USA im Verhältnis zu Kuba nicht gelten. Weder die militärischen, politischen noch wirtschaftlichen Aktivitäten Kubas stellen eine Bedrohung für die USA dar. Schließlich weigern sich die USA, das im WTO-System vorgesehene Streitbeilegungssystem für Handelsstreitigkeiten in Anspruch zu nehmen, das ausdrücklich in Art. III Absatz 7 des Anhangs 2 des GATT 1994 „Vereinbarung über Regeln und Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten“, die ausdrücklich vorsieht, dass „[...] in Ermangelung einer einvernehmlichen Lösung das erste Ziel des Streitbeilegungsmechanismus in der Regel darin besteht, die Aufhebung der betreffenden Maßnahmen [in diesem Fall der Blockade] zu erreichen, wenn sich herausstellt, dass diese mit den Bestimmungen eines der erfassten Abkommen unvereinbar sind“. Die USA waren nie an einer friedlichen Lösung der strittigen Fragen interessiert, da sie Kubas Wirtschaft schwächen wollten, um die Regierung zu stürzen.

4. Die Sanktionen gegen Kuba haben weitreichende Auswirkungen auf extraterritoriale Unternehmen und Staaten, sei es im Bereich des Handels, der Finanzen, der Investitionen oder des Tourismus. In ihren wiederholten Resolutionen, in denen die Aufhebung der US-Sanktionen gefordert wird, hat die UN-Generalversammlung insbesondere das Helms-Burton-Gesetz angeführt, da es auf „extraterritoriale Auswirkungen abzielt, die die Souveränität anderer Staaten, die legitimen Interessen der ihrer Gerichtsbarkeit unterstehenden Personen und die Freiheit des Handels und der Schifffahrt beeinträchtigen“ (UN DOC A/RES/74/7). Auch die EU hat 1996 Gesetze und Verordnungen mit extraterritorialer Wirkung als völkerrechtswidrig verurteilt, da sie unter Verstoß gegen das Interventionsverbot in die Souveränität fremder Staaten eingreifen. Mit der so genannten Blocking-Resolution (Verordnung (EG) Nr. 2271/96 des Rates vom 22.11.1996) verbot sie europäischen Unternehmen sogar die Einhaltung der extraterritorialen Maßnahmen, erklärte alle ausländischen Gerichtsentscheidungen, die sich auf die Drittwirkung der Sanktionsgesetze stützten, für nichtig und beschloss einen Anspruch auf Schadensersatz und Verlustausgleich aufgrund dieser Gesetze.

Rechtliche Maßnahmen mit extraterritorialer Wirkung verletzen auch zentrale Maastricht-Prinzipien, z. B. Nr. 3 und 4: „Alle Staaten haben auch extraterritoriale Verpflichtungen, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu achten, zu schützen und zu erfüllen“ und Nr. 13: „Die Staaten müssen Handlungen und Unterlassungen unterlassen, die die reale Gefahr bergen, dass der Genuss wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte extraterritorial zunichte gemacht oder beeinträchtigt wird“. Schließlich wird in Grundsatz Nr. 22 ausdrücklich gefordert: „Die Staaten müssen davon absehen, Maßnahmen wie Embargos oder andere Wirtschaftssanktionen zu ergreifen, die dazu führen würden, dass der Genuss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zunichte gemacht oder beeinträchtigt wird [...]. Die Staaten müssen unter allen Umständen von Embargos und gleichwertigen Maßnahmen in Bezug auf Waren und Dienstleistungen absehen, die für die Erfüllung zentraler Verpflichtungen wesentlich sind“.

Nach dem im Römischen Statut von 1998 kodifizierten Völkerstrafrecht sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit solche, die allgemeine oder systematische Angriffe gegen die Zivilbevölkerung darstellen. Dazu gehören Ausrottung, Versklavung, Deportation oder erzwungene Vertreibung, Entzug der körperlichen und geistigen Freiheit, die Verfolgung einer Gruppe aus politischen, rassischen, ethnischen oder nationalen Gründen usw. Die Blockade, auch wenn sie als Embargo oder Sanktionen bezeichnet wird, untergräbt das Leben, die Freiheit, die Rechte und die Würde der Menschen und stellt ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar. Blockaden sind eine der heimtückischsten, illegalsten und illegitimsten Formen der Kriegsführung, auch wenn sie sich zur Tarnung auf internationale Verträge und Gesetze berufen.

Gemäß Art. II der Genfer Konvention von 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, Absatz c, ist „die vorsätzliche Zufügung von Lebensbedingungen, die auf die vollständige oder teilweise physische Vernichtung der Gruppe abzielen“, ein Akt des Völkermordes. Die dramatischen und enormen Auswirkungen der oben genannten Gesetze und Verordnungen, die seit mehr als 60 Jahren aufrechterhalten werden, zeigen auch, dass keine Blockade so umfassend, lang anhaltend und brutal gegen ein Volk war wie diejenige, die die Vereinigten Staaten gegen Kuba aufrechterhalten haben. Die Blockade hat direkt und indirekt zum Verlust zahlreicher Menschenleben geführt, und die Entscheidung der USA, diese Blockade so lange aufrechtzuerhalten, wie die kubanische Bevölkerung beschließt, sich nicht zu beugen, zeigt, dass die USA entschlossen sind, Maßnahmen aufrechtzuerhalten, die darauf abzielen, das kubanische Volk langfristig zumindest teilweise physisch zu vernichten. Eine solche Haltung könnte auf ein Verbrechen des Völkermordes hinauslaufen.

5. Da die zahlreichen Sanktionen und die US-Gesetze, auf denen sie beruhen, rechtswidrig sind, müssen sie aufgehoben werden. Die USA müssen für den Schaden, der dem kubanischen Staat, seinen Unternehmen und Bürgern entstanden ist, aufkommen.

Brüssel, 17 November 2023

Norman Paech (BRD),
Suzanne Adely (USA),
Ricardo Avelãs (Portugal),
Daniela Dahn (BRD),
Prof. Maurizio Dioguard (Italien)i
Simone Dioguardi (Italien),
Prof. Dr. Dimitris Kaltsonis (Griechenland)



INTERNATIONAL
TRIBUNAL AGAINST
THE BLOCKADE
OF CUBA

★ Abschluss

„Heute hat auch das Europäische Parlament, in dem wiederholt antikubanische Resolutionen verabschiedet wurden, der derzeitigen US-Regierung einen neuen Schlag versetzt.“

Schlussbeitrag von Fernando González Llort, Präsident des Instituts für Völkerfreundschaft (ICAP), auf dem Internationalen Tribunal gegen die Blockade Kubas.

Verehrte Richter, verehrte Staatsanwälte, Zeugen und Freunde, die alle anwesend sind, Sie werden mir sicher zustimmen, dass wir Zeugen eines Aktes von großem politischen Inhalt und Wert geworden sind, der einem juristischen Schema par excellence folgt. Was Mitte 2021, als die Initiative ins Leben gerufen wurde, praktisch unmöglich schien, hat sich zu einer großen Aktion von großer Bedeutung entwickelt.

Dank der gemeinsamen Bemühungen von juristischen Organisationen, mit Kuba solidarischen Organisationen, politischen und gewerkschaftlichen Gruppen, Abgeordneten des Europäischen Parlaments und Einzelpersonen, die das Unrecht erkennen, das dem kubanischen Volk seit mehr als sechs Jahrzehnten von der wichtigsten imperialistischen Macht der Geschichte angetan wird.

Erst vor zwei Wochen wurde die US-Regierung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen erneut international isoliert und erlitt damit eine neue und durchschlagende moralische Niederlage.

Heute wurde im Europäischen Parlament, in welchem wiederholt antikubanische Entschlüsse verabschiedet wurden, in denen Kuba unter anderem beschuldigt wurde, die Menschenrechte zu verletzen und die Demokratie nicht zu respektieren, der derzeitigen US-Regierung ein neuer Schlag versetzt. Diese, wie ihre Vorgänger, lässt nicht von ihrer Entschlossenheit ab, uns zu vernichten, um mit einem Federstrich das auszulöschen, was mein tapferes und rebellisches Heimatland für viele Völker der Welt repräsentiert. (...)

Der Sieg der internationalen Gesetze und Verträge, der hier errungen wurde und die Frage der Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Kuba, sind keine bilaterale Angelegenheit, sondern eine, die viele betrifft, die Dritte betrifft, einschließlich europäischer Unternehmen und Bürger.

Ich fordere Sie alle auf, neue und sehr viel wirksamere Handlungen zu ergreifen, um zu zeigen, wie die Maßnahmen, der ausgeprägte extraterritoriale Charakter der Blockade und die Verletzung der Souveränität der Länder, die Sie vertreten, gegen nationale Gesetze verstoßen. So wie es kein einziges stichhaltiges Argument gibt, das die willkürliche Aufnahme und den Verbleib Kubas auf der einseitigen Liste der „Länder, die den Terrorismus unterstützen“, rechtfertigt, wissen wir, dass nichts den Willen aller hier Anwesenden ändern wird, weiterhin mit uns gemeinsam, die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade anzuklagen. (...)

Ich danke allen Anwesenden, dem Team von Richtern, Staatsanwälten, Experten, Zeugen, den Organisationen, die dieses Tribunal einberufen haben, und der teilnehmenden Öffentlichkeit aus 21 Ländern, darunter aus Kuba, aus 12 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich, China und anderen lateinamerikanischen Ländern, darunter Venezuela, und insgesamt 263 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die all diese oben genannten Länder repräsentieren.





Fernando González: „Das von einem internationalen Gericht im Europäischen Parlament gefällte Urteil gegen die US-Blockade gegen Kuba eröffnet eine neue Etappe im Kampf gegen diese Politik.“
Foto: Prensa Latina

Ich spreche Ihnen die aufrichtige Anerkennung des kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft und unseres gesamten Volkes aus, und ich kann auch im Namen der uns begleitenden Delegation der Nationalversammlung der Volksmacht Kubas sprechen, die durch eine Gruppe von Parlamentariern unter der Leitung des Sekretärs der Nationalversammlung unseres Landes vertreten ist, die uns mit ihrer Anwesenheit beehrt und das Wort ergriffen hat.

Der Widerstand des kubanischen Volkes hat sich angesichts dieser „hartnäckigen Politik um jeden Preis“ bewährt. Zusammen mit der Unterstützung, die wir von Tausenden von Männern und Frauen wie Ihnen erhalten,

halten, die das Beste Ihres Volkes repräsentieren, ermutigt uns das, weiterzumachen.

Um diesen Kampf effektiver zu gestalten, lade ich Sie ein, das Urteil dieses Gerichts als neues Arbeitsinstrument zu nutzen. Es wird ein neues und sehr nützliches juristisches Instrument sein, um andere Zielgruppen zu sensibilisieren und unseren gemeinsamen Kampf effektiver zu gestalten, der kein anderer ist, als der von David gegen Goliath. Dies eröffnet eine neue Phase im Kampf gegen die Blockade. Dies muss mit politischen und rechtlichen Maßnahmen kombiniert werden, wobei die geeignetsten Mechanismen der Europäischen Union zugunsten unserer Wahrheit genutzt werden müssen.

Rufen wir gemeinsam und jeden Tag lauter: UNBLOCK CUBA, UNBLOCK US.

Ich danke Ihnen sehr herzlich.

Fernando González, Präsident des Instituts für Völkerfreundschaft, Brüssel, 17. November 2023



In einer gemeinsamen Pressekonferenz vertraten Fernando González und Sandra Pereira, MdEP, die Ansicht, dass die Entscheidung der Richter zwar nicht rechtsverbindlich sei, aber ein wertvolles Instrument darstelle, um den Kampf für ein Ende der Blockade fortzusetzen.
Foto: Prensa Latina



Kriegshetze to go?

Nicht mit uns!



2 Wochen testen.

Das kostenlose Probeabo endet automatisch und muss nicht abbestellt werden.

jungewelt.de/probeabo

Abotelefon: 0 30/53 63 55-84 • abo@jungewelt.de

Ja, ich will die Tageszeitung junge Welt zwei Wochen kostenlos lesen.

☐ Frau ☐ Herr

Cuba libre

☐ Ja, ich bestelle Infomaterial der jungen Welt-Genossenschaft

Vorname

Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

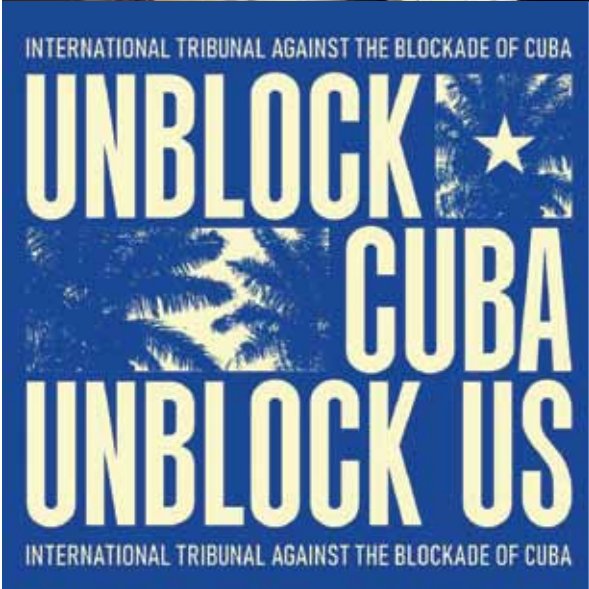
E-Mail

Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich die Verlag 8. Mai GmbH zwecks einer Leserbefragung zur Qualität der Zeitung, der Zustellung, zur Fortführung des Abonnements und zu Verlagsangeboten kontaktiert. Dieses Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen (per E-Mail: abo@jungewelt.de oder per Post: Verlag 8. Mai GmbH, Aboservice, Torstraße 6, 10119 Berlin). Der Verlag garantiert, dass die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.

Die Belieferung beginnt ab dem nächstmöglichen Montag oder ab Montag, den

Datum/Unterschrift

Das Probeabo kann nur einmal innerhalb von zwölf Monaten pro Haushalt bestellt werden. Bestellung ins europäische Ausland zu gleichen Konditionen
Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-48



unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP

SAGEN WAS IST!

Die UZ schreibt über Kuba: solidarisch. Wir berichten über den politischen, sozialen, ökonomischen Kampf Kubas um Unabhängigkeit und Sozialismus, gegen die imperialistische Blockade durch die USA und EU.

Jetzt
6 Wochen
kostenlos testen.
Oder direkt
abonnieren!

Tel.: 0201 177889-15 | abo@unsere-zeit.de
unsere-zeit.de/abo/

**!JA ZU
KUBA!**

**!NEIN ZUM
IMPERIALISMUS!**

Jetzt Mitglied werden

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba Solidarität mit Kuba

Jetzt Mitglied werden!

**4 Bücher- und CD-Prämien für neue Mitglieder
(Prämienpaket umseitig)**

Monatsbeitrag: ☐ 12,-€ (Förderbeitrag) ☐ 8,-€ (Normalbeitrag) ☐ 3,-€ (Sozialbeitrag)

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba.

Name, Vorname

Telefon

Straße, Hausnummer

email

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Ich ermächtige die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., den o.g. Beitrag vierteljährlich von meinem Konto bis auf Widerruf mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen. Der Einzug soll zu Lasten folgenden Kontos erfolgen:

IBAN

Name, Vorname (Kontoinhaber)

BIC

Datum, Unterschrift

»Es ist wahr, dass wir immer noch unter der imperialistischen Blockade stehen; es ist wahr, dass die Imperialisten versuchen, diese Blockade zu verschärfen und dass wir nicht wissen, wie lange wir dieser Situation widerstehen müssen. Und wir werden ihr widerstehen!«

Fidel Castro

28. September 1963

Prämienangebot



Hernando Calve Ospina /
Katlijn Declercq

Originalton Miami

Die USA, Kuba
und die Menschenrechte



Kurt Hartel La Clave

Das Geheimnis der
kubanischen Musik



Ernst F. Fürntratt-Kloep

Originalton Miami

Das politische Denken
Fidel Castros



BRD-Kuba Schlüssel- band

45 cm
mit Karabinerhaken

Bei Umzug:
Neue Adresse u. ggf.
Bankverbindung in
der Geschäftsstelle
mitteilen!

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Ausgähndigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht pers6nlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zuröckzusenden.